Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Postbezug 10 Pfennig mehr

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.): durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. / Geschäftsst. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A. Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

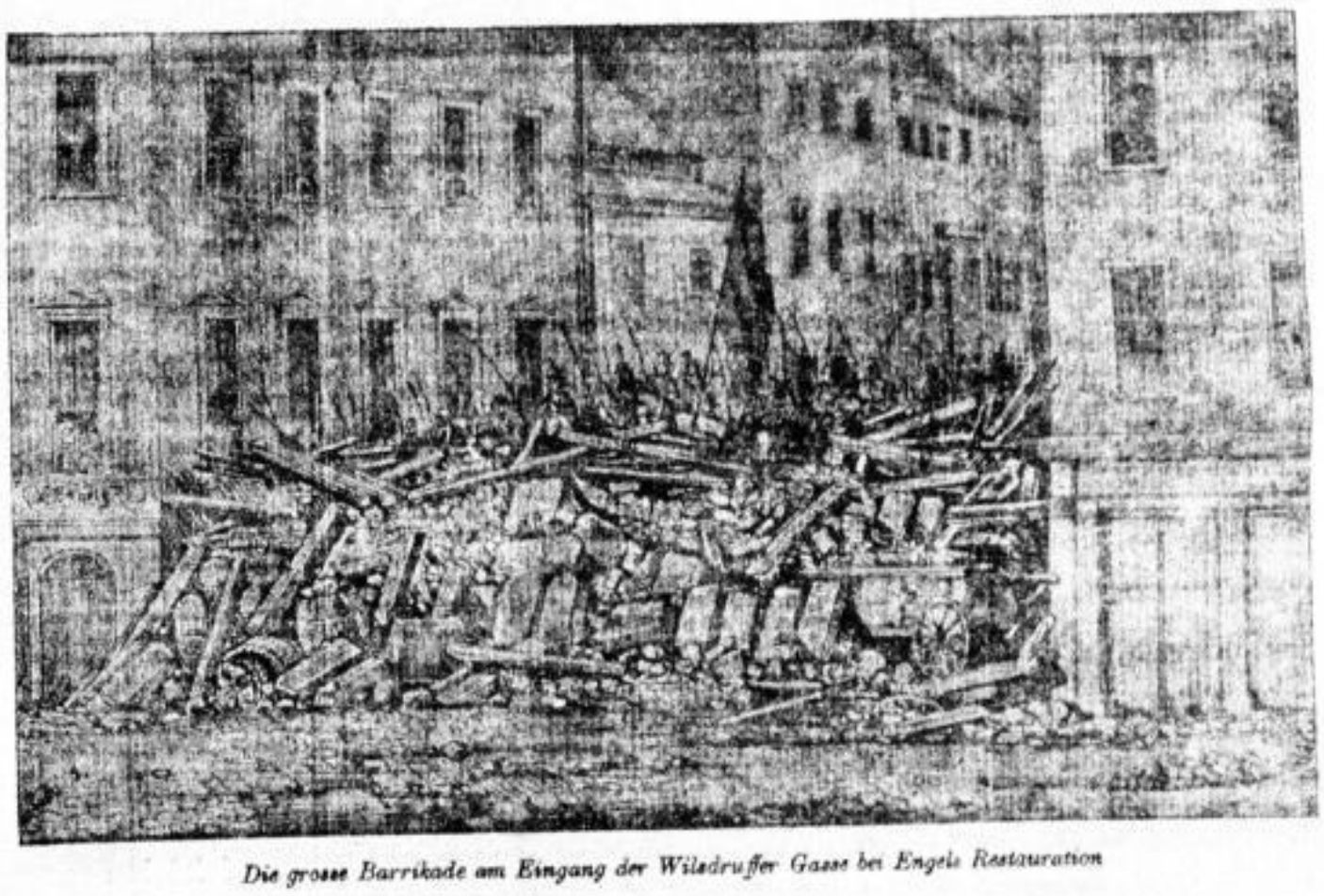
3. Jahrgang — Freitag, den 18. März 1927 — Nummer 65

Märzenstürme!

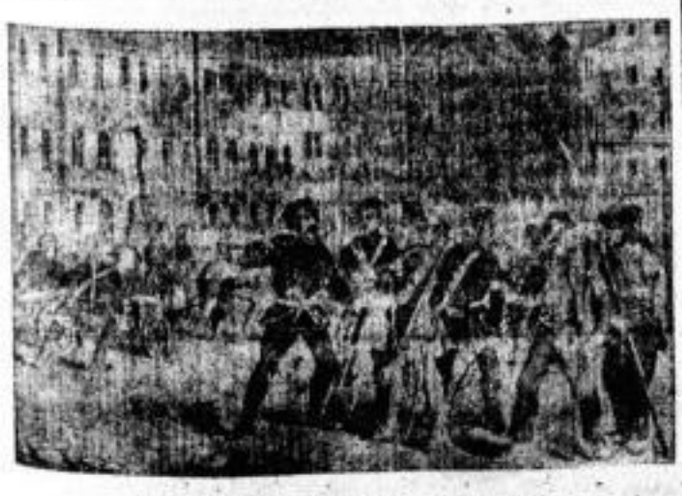
R R. **Die Rückerinnerung an die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848, das ist heute eine der Aufgaben des Proletariats geworden. Das deutsche Bürgertum, das damals gegen den Feudalismus aufstand, hat diesen Traum seiner Jugendmienenblüte längst vergessen.** Alle Erinnerungen daran werden ausgemerzt oder verwässert. Nach der Geschichtsschreibung der bürgerlichen Historiker ist der 18. März als revolutionärer Tag in Berlin ein Zufall. Weder die Truppen wollten schießen, noch die Massen eigentlich angreifen. Die Schüsse, die in Berlin den Sturm entfachten, die zur Vertreibung der Truppen aus Berlin führten, sie sind nach den bürgerlichen Darstellungen ein Zufall. In Wirklichkeit handelte es sich um einen gemeinen, hinterlistigen Ueberfall, den der damalige Prinz von Preußen, der nachmalige Kaiser Wilhelm I., befohlen hatte. Die Soldaten schossen auf die vor dem Schlosse demonstrierenden Massen. Die Massen antworteten mit dem Gegenangriff. Sie vertrieben das Militär, der Prinz packte die Koffer und reiste nach England. Auf den Barrikaden lagte die arbeitende Masse. Berlin gehörte am 18. März abends dem Proletariat.

Wir wollen hier im Rahmen dieses Artikels nicht auf die ökonomischen Ursachen der Revolution eingehen. Nur eine Frage muß beantwortet werden: Die Träger der Revolution waren die Arbeitermassen, die kleinen Handwerker, die Nutznießer die Bourgeoisie. **Weshalb?** Weil den Proletariern die ökonomischen Voraussetzungen für den Aufbau ihrer Macht noch fehlten. Nach dem Auf und Ab der Bewegung, nach dem Sieg der Gegenrevolution verbündete sich die aufsteigende Bourgeoisie mit dem Feudalismus gegen die vorwärtsdrängenden unteren Schichten. Das Werk wurde nicht zu Ende geführt. 1918 in der revolutionären Bewegung sahen wir ein gleiches Schauspiel, die sozialdemokratischen Führer verbündeten sich mit den Großkapitalisten gegen die proletarische Revolution.

Wenn heute das Bürgertum bemüht ist, die Form des revolutionären Kampfes abzuschwören, dann deshalb, weil als nächste auf den Barrikaden die Arbeiter gegen die bürgerliche Gesellschaft stehen. Deswegen Verschleierung des Kampfes von Berlin, deswegen die Politik des „Zufalls". Aber der „Zufall" brachte der Arbeiterklasse den Sieg. Die bewußte Anwendung dieser Taktik brachte dem russischen Proletariat den Sieg. Deswegen ist es bewußte antirevolutionäre Propaganda, wenn gestern die „Volkszeitung" von den „wechselnden Formen" schreibt. Ganz wagt die Dr. V. es nicht, den Kampf der Barrikaden zu verleugnen, aber auch sie will auf den „Zufall" abstellen. Daneben führt sie eine lächerliche und verlogene Hetze gegen Rußland. Zum Gedenken an die Revolution verherrlicht der Reformismus die Konterrevolution. So werden die Arbeiter den Artikel „Die Formen wechseln" bewerten.



Die grosse Barrikade am Eingang der Wilsdruffer Gasse bei Engels Restauration



Der Altmarkt während des Aufstandes

Die Revolution in Sachsen

Fast sollte man betonen, hier habe das Wort von den „gemütlichen Sachsen" eine ganz besondere Berechtigung. Während in den deutschen Landen überall die Aufstandsbewegung brodelte, mußte man in Sachsen noch über ein Jahr warten. Hier beschränkte sich die Bewegung im März 1848 fast ausschließlich auf Leipzig. Diese Metropole der aufsteigenden Bourgeoisie wurde als erste von der Bewegung mit erfaßt. Hier forderte man Pressefreiheit und Beteiligung aller Staaten am Bundestag. Also ein einheitliches Deutschland. Mehrfach schickte man Delegationen an den König, bis dieser ein neues Ministerium ernannte. Nach Leipzig schickte man Truppen, an der Grenze wurden preußische Truppen zusammengezogen, v. Carlowitz beruhigte die Leipziger und die Erregung löste sich vorübergehend in Wohlgefallen auf. Die Märzbewegung des Jahres 1848 verlief in Sachsen vollständig unblutig.

Zu ernsten Kämpfen kam es hier erst im Mai 1849 anläßlich der Auseinandersetzungen über die Anerkennung der Reichsverfassung und die Landtagswahlen. Die sächsische Regierung lehnte die Anerkennung der Reichsverfassung ab. Das veranlaßte dann doch die Demokraten, mobil zu machen. Zwar baten sie den König immer noch flehentlich, die Verfassung anzuerkennen, doch als dieser nicht mitmachte, organisierte man für den 3. Mai eine feierliche Parade der Dresdner Kommunalgarde für die Reichsverfassung. Um 12 Uhr mittags berief man dann auf 4 Uhr den Verteidigungsausschuß ein, da der ehrenwerte Wettiner das preußische Militär herbeiriet. Anläßlich der Parade wurde dann von der Zeughausbesatzung in die Massen geschossen. Das war der Auftakt zum Kampf. Barrikaden entstanden, doch wurde die Erstürmung des Zeughauses verhindert. Doch war dies das Signal zum Aufstand. Aus Ostsachsen, ja aus weiten sächsischen Orten, selbst aus Zwickau kamen Kommunalgarden nach Dresden. Im Rathaus wurde eine provisorische Regierung und ein Verteidigungsausschuß gebildet.

Die Kommunalgarden führten ihren Kampf mit Tapferkeit und Entschlossenheit. Sie schreckten nicht vor den notwendigen Maßnahmen zurück, wie die Ruinen des Opernhauses bewiesen. Im Kampfe um ihre Interessen ließ die Bourgeoisie ihre heiligen Phrasen außer acht. Nachher bezeichnete sie das freilich als eine Mordbrennertat des von Prag nach Dresden geeilten Bakunin. Natürlich, Bakunin war und ist der Bourgeoisie verhaßt, weil er die rote Fahne der Revolution entfaltete. Die marxistisch geschulte Arbeiterschaft hat sich mit dem Bakunismus schon lange auseinandergesetzt. Aber sie achtet in ihm bei aller Ablehnung seiner Theorie, den Revolutionär.

Die Gesamtführung der Aufständischen war unentschlossen, sie wagte nicht vorzugehen. So waren die Truppen der Gegenrevolution bald im Vorteil.

Am 5. Mai hatten sie das Brühlsche Palais besetzt. Die Aufständigen räumten freiwillig die Barrikaden am Moritzdenkmal und an der Schießgasse. Am 6. Mai stürmten die Truppen Hotel Stadt Rom, wo sich eine Barrikade befand. Am 7. Mai nahmen die Truppen das „Turmhaus", die Spiegelfabrik und die Sophienkirche. Der Wilsdruffer Platz wurde unhaltbar für die Revolutionäre.

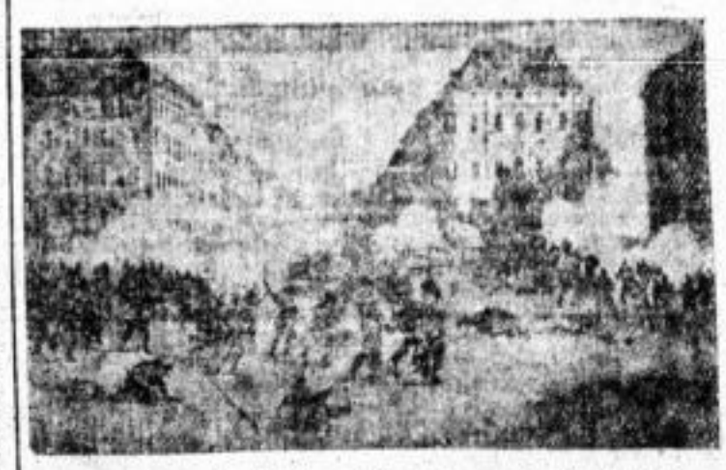
Am 9. Mai floh die provisorische Regierung nach Freiberg.

Die Truppen der Konterrevolution verrichteten dann eine wüste „Aufräumungsarbeit". Mißhandlung und Erschießung von Gefangenen waren an der Tagesordnung. Der Nachefeldzug der Konterrevolution begann.

Die Lehren, die das deutsche Proletariat aus dieser Bewegung zu ziehen hatte, sind oft und oft besprochen. Aber nochmals, gegen die Tendenz des Reformismus, der den Arbeitern erzählt, die Zeit der Barrikaden, des revolutionären Kampfes sei vorbei, nur zur Abwehr sei die Barrikade berechtigt, diese Tendenz, die objektiv die Konterrevolutionäre unterstützt, die Illusionen weckt, muß man auf das entschiedenste bekämpfen.

Wir gedenken am 18. März des siegreichen Aufstandes. Die wenigen Tage der Macht der Aufständigen sind uns die Lehre. Wir rüsten zu unserem Sieg.

Wir unterstreichen: Die bürgerliche Kaste führte ihre Revolution 1848 nicht zu Ende, weil schon die nachdrängende Klasse der Proletarier ihnen auf den Fersen folgte, weil sie es nur noch vermochte, im Bündnis mit den Feudalisten diese Klasse niederzuhalten. Im Kern war die deutsche Kapitalistenklasse, die 50 Jahre nach der französischen Bewegung mit dem Feudalismus stritt, schon zur Zeit ihrer eigenen revolutionären Bewegung konterrevolutionär, mußte konterrevolutionär sein; denn schon bedrohte die nachfolgende Schicht den Besitz und das Eigentum der Kapitalisten. Für uns gilt die gute, die revolutionäre Tradition von 1848 und 1849, die des Kampfes. Auf dieser Tradition bauen wir weiter.



Hotel zur Stadt Rom in Dresden am 7. Mai 1849

Verlängerung des Rahmenvertrages in der Berliner Metallindustrie

Bis zum 30. April — Provokatorische Erklärungen der Unternehmer — Metallarbeiter, verstärkt die Mobilisation in den Betrieben

Am Mittwoch sollten im Hause des VDMJ die Verhandlungen über die Erneuerung des Rahmenvertrages für die Berliner Metallindustrie beginnen. Gleichzeitig standen die Lohnforderungen der Metalltransportarbeiter, die in ihrer Mehrzahl im Deutschen Verkehrsbund organisiert sind, mit zur Verhandlung.

Zum Rahmenvertrag erklärten die Unternehmer provokatorisch, daß es darüber gar keine Verhandlungen gebe. Vor Zustandekommen des Arbeitszeit-Notgesetzes sei die Lage überhaupt unübersichtlich. Ein Zugeständnis in der Arbeitszeitfrage komme für den VDMJ gar nicht in Betracht. Die Unternehmer seien lediglich bereit, den Rahmenvertrag vorläufig um 8 Wochen zu verlängern und über die Lohnforderungen der Hilfsarbeiter sofort zu verhandeln.

Darauf zogen sich die Unterhändler des Metallkartells zu einer internen Beratung zurück. Es wurde beschlossen, um eine sofortige Behandlung über die Hilfsarbeiterlöhne zu ermöglichen, in eine Verlängerung des Rahmenvertrages einzuwilligen, jedoch nur um 4 Wochen.

Darauf kam schließlich eine Einigung zustande. Der Rahmenvertrag, der am 6. April ablaufen sollte, wurde bis 30. April verlängert. Die Verhandlungen über die Hilfsarbeiterlöhne sollen nunmehr in der nächsten Woche zum Abschluß kommen.

*

Die provokatorische Haltung der Berliner Metallindustriellen zeigt den Arbeitern der Metallindustrie, daß es beim Kampf um die Zurückeroberung der 46½-Stundenwoche hart auf hart geht. Wenn die Unternehmer unter Berufung auf das Arbeitszeitnotgesetz Verhandlungen über die Arbeitszeit ablehnen, so heißt das, daß sie kein Zugeständnis machen, sondern im Gegenteil Verschlechterungen durchdrücken wollen. Man braucht das neue Notgesetz nicht abzuwarten, wenn die Arbeitszeit verkürzt werden soll. Denn soviel ist heute schon klar, daß das Notgesetz keine Verkürzung der Arbeitszeit bringen wird. Aber die Unternehmer warten vor allem auf die Bestimmung des Notgesetzes, die auch während einer tariflosen Zeit die bisherige tarifliche Arbeitszeit gestattet, um für sich eine bessere Kampfposition zu haben.

Die Einwilligung in die vorläufige Verlängerung des Rahmenvertrages bedeutet ein Zurückweichen der Führer des DMV, das übereinstimmt mit dem Verhalten der DMV-Führer in den übrigen Bezirken Deutschlands, vor allem in Sachsen und Mitteldeutschland. Es wäre dem DMV möglich, die Macht der Metallarbeiter vereinter Bezirke einzusetzen, um den Achtstundentag zurückzuerobern. Aber statt dessen wird die Bewegung bewußt in Bezirke und Unterbezirke verzettelt. Die Verschiebung des Kampfes in Berlin ist ein ähnliches Manöver, wie es in anderen Bezirken von der DMV-Bürokratie durchgeführt wurde.

Wenn der Berliner Rahmenvertrag nicht, wie die Unternehmer es wollten, um acht Wochen verlängert wurde, so ist das nur dem Einfluß der Opposition zu verdanken.

Die Kampflage verbürgte im jetzigen Moment einen Erfolg sowohl im Kampf um den Achtstundentag wie im Kampf um höhere Löhne für die Hilfsarbeiter. Die Betriebe sind ausgerüstet und kampfentschlossen.

Damit das Manöver der reformistischen Führer trotz alledem den Sieg nicht verhindern kann, ist es nötig, nun erst recht zu rüsten und den Druck auf die DMV-Bürokratie zehnfach und hundertfach zu verstärken. Gerade weil wir wissen, daß das Unternehmertum heute, in vier Wochen einen besseren Stand zu haben, gerade darum müssen die Kampfvorbereitungen der Berliner Metallarbeiterschaft mit allen Kräften beschleunigt und vervollständigt werden.

Jetzt müssen die Betriebe auf den Plan treten und die **sofortige Zusammenberufung der VDMJ-Funktionäre fordern und durchsetzen. Dort müssen die weiteren Kampfmaßnahmen beschlossen werden.**

Verstärkt die Mobilisation in der Berliner Metallindustrie! Rüstet dazu und erzwingt die Aufnahme des Kampfes! Die 46-Stundenwoche muß zurückerobert werden!

Stresemanns Außenpolitik

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages berichtete Stresemann am Donnerstag, den 17. März über die Sitzung des Genfer Völkerbundsrates und die außenpolitische Lage. In den vertraulichen Verhandlungen kamen von den Deutschnationalen Professor Hoetzsch, von den Sozialdemokraten Breitscheid, vom Zentrum Kaas und von der Volkspartei von Rheinbaben zum Wort. Wie die linksbürgerliche Presse mitzuteilen in der Lage ist, haben sich die Deutschnationalen in der Sitzung durchaus mit der Haltung Stresemanns einverstanden erklärt. Dies war zu erwarten, daß sie ja längst grundsätzlich mit Stresemann einverstanden sind. Daß die Sozialdemokraten sich wiederum völlig mit Stresemann einverstanden erklärten, braucht wohl kaum betont zu werden. Die Beratungen gehen morgen weiter. Für die kommunistische Fraktion wird der Genosse Stoecker sprechen.

Ein unverschämter Angriff Husemanns gegen die englischen Bergarbeiter

Berlin, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Auf der vorgestern und gestern abgehaltenen Tagung der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale griffen die englischen Delegierten den Sekretär der Bergarbeiter-Internationale Hodges an, der während des Bergarbeiterstreiks erklärte, die Kohlensperre über England nicht verhängen zu können, daß die Bergarbeiter-Internationale keine finanzielle Hilfe leisten könne und die englischen Bergarbeiter schlechte Führer hätten. Hodges hat jetzt einen Regierungsposten angenommen, wodurch er die Bedingungen zur Anstellung unmöglich gemacht hat. Hodges griff Cook scharf an und erklärte, Cook erfülle nur Moskauer Instruktionen, Moskau verlange die Zerstörung der Internationale. Vorher hatte er die Rede Cools in Moskau an die Delegierten verteilen lassen. Eine Resolution der englischen Delegierten für den Rücktritt Hodges wurde abgelehnt, aber eine dreigliedrige Kommission gewählt, die die Haltung Hodges während des Streiks und die Frage seines neuen Postens untersuchen soll. **Husemann brachte eine Resolution ein, die den Rücktritt Cooks verlangte.** Cook erklärte, **die englischen Bergarbeiter hätten ein Recht, selbständig zu entscheiden, wen sie als Vertreter in die Bergarbeiter-Internationale haben wollten.** Der englische Delegierte Smith gab eine ähnliche Erklärung ab und sagte, er sei für die Aufnahme des russischen Bergarbeiterverbandes in die Internationale.

Husemann zog unter dem Druck der englischen Delegierten seine Resolution zurück,

erklärte aber, eine ersprießliche Arbeit in der Internationale sei unmöglich geworden, seitdem Cook in die Exekutive eingetreten sei. Es sei daher gut, wenn dieser die Exekutive verlassen würde.

Der deutsche Gewerkschaftsführer demonstrierte sich auch hier als der reaktionärste Geselle. Die deutschen Bergarbeiter müssen zu diesem unverschämten Angriff Husemanns sofort Stellung nehmen und diesen Reaktionär zum Teufel jagen.

Englisches Ausnahmegesetz gegen den Generalstreik

London, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die Baldwin-regierung hat einen Gesetzentwurf fertiggestellt, der den Generalstreik als einen Akt illegaler Verschwörung, ferner das Streikpostenstehen und Zwangsumlage innerhalb der Gewerkschaften zugunsten politischer Parteien oder Organisationen verbietet. Den Beamten und Angestellten der Gewerkschaften wird verboten, sich gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen anzuschließen, die politische Färbung haben oder sich politisch beteiligen. Der Entwurf wird in den nächsten Tagen dem Parlament zugehen.

Neuer Generalstreik in Schanghai

Verhandlungen über die Uebergabe der Stadt

London, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die englischen Blätter melden, daß auf Grund falscher Meldungen über die Einnahme von Nanking durch die Kantonarmee in Schanghai der Generalstreik proklamiert worden sei, an dem sich sofort 250 000 Arbeiter beteiligten. Das Reuterbüro meldet, daß der Führer der Tschangtruppen unterhandle mit dem Oberbefehlshaber der Kantonarmee über die Möglichkeit eines Abkommens, durch das der Kantonarmee die friedliche Besetzung der Stadt Schanghai ermöglicht werden soll.

Ausdehnung der Streikbewegung in Polen

Vor dem Generalstreik

Warschau, 18. März. (Eigene Drahtmeldung.) Das Streikkomitee in Lodz hat beschlossen, daß im Falle des Scheiterns der Verhandlungen zwischen Unternehmern und Streikenden heute der Generalstreik proklamiert werden soll. Für heute ist eine Reihe von öffentlichen Demonstrationen angesetzt. Der Textilarbeiterstreik der Lodzer Industriebezirke wächst sich zu einer Bewegung über ganz Polen aus. Die Metallarbeiter von Lodz haben sich der Bewegung angeschlossen. Die Schneider, Schuhmacher und die Arbeiter der Strumpffabriken sind ebenfalls in den Streik getreten.

Kappist v. Keudell kündigt ein Reichkonkordat an

Der Reichstag soll nach Hause geschickt werden

Berlin. Die Bürgerblock-Parteien haben, wie die Vossische Zeitung meldet, die Absicht, den Reichstag im Mai für ein halbes Jahr zu vertagen und ihn erst im November wieder zusammentreten zu lassen. In der Zwischenzeit soll die Regierung das Schulgesetz und die Konkordatsvorlage ausarbeiten und die öffentliche Meinung entsprechend bearbeiten.

Nach Verabschiedung des Etats für Ernährung und Landwirtschaft in zweiter Lesung wurde in der Donnerstagsitzung des Reichstages der Haushalt des Ministeriums des Innern beraten. Zur Begründung des Etats führte

Kappist von Keudell

aus:

Ich sehe meine Aufgabe darin, unter Vermeidung jeder Schwächung des Vaterlandes für dessen weiteren Aufstieg (für den Aufstieg der Macht der Bourgeoisie. D. V.) zu wirken. Die Verunglimpfung vergangener Zeiten diene auch der Verachtlichmachung des Reiches im Auslande. Wie der Reichskanzler in seiner Regierungserklärung versprochen, werde auch ich dafür sorgen, daß unsere Geschichte geehrt wird. Anderseits sind auch die Symbole des neuen Staates Herzensideale eines großen Teiles unseres Volkes geworden. Als nächste Aufgaben folgt daraus nicht die Verabschiedung vieler Gesetze, sondern eine Behandlung der Verfassungsfragen mit dem Ziele, daß der Mensch in den Mittelpunkt gestellt wird und nicht der Geldbeutel. (Unruhe, stürmisches Gelächter bei den Kommunisten.) Der Schrei der Elternschaft nach Erziehung der Kinder im Glauben der Väter wird immer vernehmlicher. Auf dem Gebiete unseres Schulwesens ist vieles wieder gut zu machen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß ein Weg gefunden werden kann und muß, der den verschiedenen Konfessionen das gibt, was sie Anspruch haben und im übrigen dem Staate das gibt, was des Staates ist. Ich betrachte es als die wichtigste Aufgabe, die Berufsfreudigkeit der Beamten zu erhalten und zu fördern. (Genosse Tarnler: Die Beamten wollen höhere Besoldung, keine Schmus! — Rüge des Vizepräsidenten für den Genossen Tarnler.) Das Berufsbeamtentum darf nicht angetastet werden. Ich werde mich schützend vor die Beamten stellen, wenn versucht wird, ihre Rechtsstellung zu erschüttern. (Ruhe bei den Kommunisten! Das sieht man am Beamtenvertretungsgesetz!) Ich betone ausdrücklich, daß nach wie vor die Artikel der Reichsverfassung gelten, die auch dem Beamten politische Gesinnungsfreiheit geben und Gesinnungszwang und Gesinnungsschnüffelei ausschließen. In der Mannigfaltigkeit der staatlichen Verhältnisse Deutschlands erblicke ich eine unerschöpfliche Kraftquelle. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkt, daß die Souveränität der Länder (die Machtwillkür der monarchistischen Reaktion in Bayern. D. V.) nicht angetastet werden darf.

(Beifall bei den Bürgerblockparteien.)

Abg. Sollmann (SPD) erklärt, daß der Haushalt des deutschen Kultusministers viel zu kümmerlich ausgestattet sei. Die SPD fordere von Keudell Stellungnahme zum Ablauf des Republikschutzes und ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 zu schaffen.

Abg. Dr. Mumm (Dtnl.): Der Minister des Innern muß den Willen zur Macht haben. Nur so ist die ruhige Fortentwicklung des Reichsgedankens und der Verfassung (zur Monarchie. D. V.) möglich. Der Redner befürwortet das Gesetz zum Schutze der Jugend gegen Schund und Schmutz. Wer die Sünde kenne, wisse, daß ihr mit der Waffe des Gesetzes gewehrt werden müsse.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) spricht seine Freude darüber aus, daß sich wieder Ueberzeugung durchsetzt. Der Katholizismus mit seinen hohen Gemütswerten ist eine kulturelle Notwendigkeit für Deutschland. Es sei sehr anzuerkennen, daß die Sozialdemokratie und die Vossische Zeitung die Konkordatfrage mit großem Takt behandelt haben.

Abg. Dr. Krämer (D. Vpt.): Wir leben in der Zeit der Souveränität des Volkes. Wir haben unser Schicksal selbst in die Hand genommen und schützen den Staat in seinem Bestande.

(Bravo bei der Volkspartei!)

Die Weiterberatung wird auf Freitag 1 Uhr vertagt.

*

Ein neuer Anschlag der Reaktion

Berlin, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Deutsche Volkspartei, Zentrum und Deutschnationale brachten gestern im bevölkerungspolitischen Ausschuß des Preußischen Landtages einen Antrag ein, der das Verbot der „Nacktdarstellungen" in Theaterrevues und das Verbot der Verbreitung von Schallplatten, die eine „Vergiftung der Volksseele" herbeiführen können, verlangt.

*

Unter Schmutz und Schund

Beschlagnahme im Fackelverlag

Stuttgart, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) In den Räumen der Firma Fackel, Verlagsbuchhandlung in Stuttgart, nahmen drei Kriminalbeamte eine Beschlagnahme vor. Beschlagnahmt wurden sämtliche Werke von dem Psychopath-Psychologen Steczl, eines Schülers von Freud, die Werke des Engländers Elles, die Werke von Magnus Hirschfeld, Erwin Bloch, Eduard Fuchs und sieben anderen anerkannten Autoren.

Wachsender Kapitalüberfluß

Die steigende Konjunktur bringt den deutschen Kapitalisten in der Gegenwart doppelte Verdienste. Ihre Profite steigen nicht nur durch den Kartell- und Monopolwucher, der das Preisniveau unaufhörlich nach oben treibt. Man muß vielmehr berücksichtigen, daß die deutsche Kapitalistenklasse in diese Konjunktur hineingeht mit einem gut durchrationalisierten Produktionsapparat und nachdem sie der Arbeiterklasse bedeutend verschlechterte Arbeitsbedingungen aufgezwungen hat. Diese beiden letzteren Faktoren bedeuten eine Senkung der Gestehungskosten. Diesen auf der anderen Seite gegenübersteht nicht nur eine Steigerung, sondern eher eine Erhöhung der Verkaufspreise. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die Profite des deutschen Kapitalismus mit dem Ansteigen der Konjunktur sich vervielfachen, und daß die Bourgeoisie vielfach nicht weiß, wohin mit dem fortwährend aus dem Schweiß der Arbeiter neu entstehenden Kapital soll.

Diese Entwicklung findet einen sehr deutlichen zahlenmäßigen Niederschlag in der inneren Kapitalbildung. Reichsregierungen und Kommunen, öffentliche Körperschaften und Industriegesellschaften nehmen für ihre Zwecke vom Geldmarkt Kapital auf, und je mehr dieser Geldmarkt durch die sich auf ihm ansammelnden Profite, die nicht in der Produktion verwertet werden können, füllt, desto reichlicher können diese Geldsuchenden ihre Kapitalbedürfnisse befriedigen. Die Höhe der von den inländischen Geldnehmern am deutschen Geldmarkt aufgenommenen Kapitalien gibt also einen zuverlässigen Maßstab für die Gestaltung der kapitalistischen Ueberschüsse, wenn man die aus dem Ausland eingeführten Kapitalien in Abzug bringt.

In dieser Beziehung hat nun der Februar, wie die jetzt veröffentlichten Zahlen dieses Monats zeigen, einen Rekord geschlagen. Wir geben nachstehend eine Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge auf dem Kapitalmarkt vom Anfang vorigen Jahres ab.

	Auslandsanleihen	Inlandsanleihen	Kapitalerhöhungsbeschlüsse	Kapitalherabsetzungen	Gesamte Kapitalneubildung
	in Millionen Reichsmark				
Januar	162,4	1,00	25,10	4,93	—141,2
Februar	136,4	72,00	18,16	5,07	— 56,0
März	61,5	97,50	17,06	16,49	+ 36,5
April	122,8	458,35	59,36	7,31	—389,0
Mai	148,5	98,25	43,34	24,11	— 31,0
Juni	260,5	10,80	40,60	38,26	—247,8
Juli	119,8	173,98	37,28	47,15	+ 44,3
August	89,1	128,50	45,39	43,78	+ 91,0
September	238,3	100,00	572,19	39,61	+394,2
Oktober	74,7	63,00	44,12	27,45	+ 5,9
November	198,0	73,00	92,19	29,88	— 63,2
Dezember	196,7	107,50	83,99	114,34	—139,7
1926 insgesamt	1758,7	1378,98	1075,77	398,48	295,2
1927:					
Januar	13,77	212,25	52,27	14,39	—268,9
Februar	35,3	607,50	119,31	27,00	—664,5

*) Kapitalerhöhungen und Inlandsanleihen abzüglich Kapitalherabsetzungen und Auslandsanleihen.

Wenn auch die Ergebnisse der einzelnen Monate außerordentlich stark schwanken, weil die Anleiheaufnahme naturgemäß sich unregelmäßig vollzieht und der Kapitalmarkt außerdem in starkem Maße abhängig ist von dem Zustrom ausländischer Gelder, so zeigt sich doch ganz unverkennbar in der allgemeinen Linie ein Ueberschuß der inländischen Kapitalbildung. Im Februar tritt er ganz besonders kraß in die Erscheinung durch die Auflegung der Reichsanleihe in Höhe von 500 Millionen Mark, und es zeigt sich, daß zu deren Unterbringung ausländische Geldmittel in nennenswertem Maße nicht erforderlich waren. So bietet der deutsche inländische Kapitalmarkt ein getreues Spiegelbild von der durch allgemeine Profiterhöhung gestärkten Kapitalkraft der deutschen Bourgeoisie. Er stellt gewissermaßen die Kehrseite der wachsenden proletarischen Verelendung dar, um so mehr, als die immer schärfer gesenkte Lebenshaltung der arbeitenden Massen heute die unmittelbare und wichtigste Grundlage der gesteigerten Kapitalneubildung darstellt.

Heraus zur Märzkundgebung

am Sonntag, den 20. März 1927!

Stellplätze	Abmarschzeit
Zentrum I: Hohenthalplatz	10,45
Zentrum II (Johannstadt): Dürerplatz	10,30
Zentrum II (Altstadt): Ringstraße	10,30
Striesen u. Leuben: Tolkewitzer Friedhof	9,45
Neustadt-Ost: Königsbrücker Platz	10,45
Neustadt-West: Riesaer Platz	10,30
Löbtau: Nostitz-Wallwitz-Platz	10,30

KPD, KJVD, RFB, RFMB, RH, IAH

Beilage — Arbeiterstimme — Nr. 65
Freitag, den 18. März 1927 — 3. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Das Böhlner Unglück „unaufklärbar“

Genosse Lieberasch zeigt die Schuldigen an der Böhlener Katastrophe — der Staatsanwalt konnte „nichts feststellen“. — Festgestellter Verfassungsbruch wird von der Regierung verteidigt. — Um den 1. Mai und den 9. November.

Landtagssitzung vom 17. März 1927

Beim ersten Punkt der Tagesordnung, einer Regierungsvorlage, den Geschäftsbericht der Landesbrandversicherungsanstalt betreffend, stellt

Genosse Opitz

fest, daß die Anstalt auf Profitwirtschaft aufgebaut ist, nicht aber den Interessen der Versicherten dient. Das kommt zum Ausdruck darin, daß die Anstalt sämtliche Mühlen wegen gesteigerter Feuersgefahr von der Versicherung ausgeschlossen hat. Während die wenigen großen Mühlen sich privat versichern können, sind die von dem Ausschluß betroffenen 69 mittleren und 214 kleinen Mühlen dazu nicht in der Lage. Opitz beantragt, die Mühlen wieder in die Versicherung aufzunehmen. Der Antrag wird samt der Vorlage an den Haushaltausschuß B verwiesen.

Dann kommt zur Beratung ein sozialdemokratischer Antrag: die Regierung soll Mittel bereitstellen zur Errichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen. Der Antrag fordert weiter Richtlinien der Regierung für diese Stellen. Frau Schilling (SPD) verlangt bei der Begründung des Antrages, daß die Beratungsstellen vornehmlich dem Schutze der schwangeren Frau dienen sollen.

Genosse Dr. Schmincke

nennt die Dinge beim richtigen Namen und betont, daß die Beratungsstellen den Kampf gegen die §§ 218 und 219 unterstützen müßten, wollten sie wirklich helfend eingreifen. Er fordert, daß die Beratungsstellen Auskunft geben sollen über Verhütung und Unterbrechung der Schwangerschaft. Daneben verlangt er die Beseitigung der Wohnungsnot und des sozialen Elendes, weil dadurch die Voraussetzungen für die Beratungsstellen in Fortfall kommen. (Seine Ausführungen werden mit Zustimmung selbst bürgerlicher Abgeordneter und Tribünenbesucher aufgenommen.)

Nachdem die Demokratin Frau Dr. Ulich-Beil den Antrag befürwortet hat und noch weitere Redner gesprochen haben, wird er dem Haushaltausschuß A überwiesen.

Eine volksparteiliche Anfrage wendet sich dagegen, daß die „Sächsischen Werke“ in Verbindung mit einem von ihnen errichteten Erholungsheim für ihre Angestellten und Arbeiter eine Gaststätte betreiben. Die Anfragenden sehen darin eine Schädigung privatwirtschaftlicher Interessen.

Hierauf begründet

Genosse Lieberasch

einen kommunistischen Antrag, der die fortgesetzten Unglücksfälle im Braunkohlenwerk Böhlen zur Ursache hat. Die Kommunisten fordern in ihrem Antrag die Einführung der 42-Stundenwoche und die Durchführung aller Schutzvorschriften durch sämtliche Bau- und Installationsfirmen; ferner die Einsetzung von Kontrollkommissionen aus Arbeiterkreisen.

Der Regierungsvertreter erklärt zu den Unglücksursachen, daß diese „noch nicht festgestellt werden konnten“.

Der Sozialdemokrat Ebert unterstreicht die Ausführungen des Genossen Lieberasch, während die bürgerlichen Vertreter besonderen Wert auf den Kampf gegen die Gaststätte der Sächsischen Werke legen, von der die Regierung erklärt, daß die kleinen Gastwirte dieses Gebietes nichts gegen diese Einrichtung einwenden.

Genosse Lieberasch

legt die wahren Hintergründe dieses Angriffes der Bürgerlichen. Die Privatunternehmen sind tatsächlich gegen die Einrichtung eines Erholungsheimes durch die ASW, weil ihre Arbeiter dann ähnliche Forderungen zu stellen angeregt werden. Wir wünschen keine Privatgaststätte, sondern verlangen, daß der ganze Betrieb in den Dienst der Erholung der ohnehin schwer ausgebeuteten Arbeiter der ASW gestellt werden. In scharfen Worten geißelt Genosse Lieberasch die Tatsache, daß die Regierung bis heute noch „nicht in der Lage war, die Ursachen des Unglücks in Böhlen“ festzustellen. Es ist eine Tatsache, daß tatsächlich längst die schlechte Zusammensetzung des Materials als Ursache erkannt und der Verantwortliche dafür als der Schuldige bezeichnet werden müßte. Die Regierung hat mit dem Apparat der Klassenjustiz „bis heute seit 2 Jahren nichts feststellen können“.

Jeder Bauarbeiter war in der Lage, diese Ursachen festzustellen.

Der Staatsanwalt, der mit der Untersuchung beauftragt wurde, hat nicht einmal den einzigen Ueberlebenden der Katastrophe „auffinden können“, dessen Aussagen am Tage nach dem Unglück den Unternehmer veranlaßten, diesem mit dem Zuchthause zu drohen. (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Diese Art der „Untersuchung“ kennzeichnet die Interesselosigkeit der Regierung, die als Organ der Kapitalisten nichts gegen die Vernichtung von „überzähligen“ Arbeiterleben auch auf diesem Wege hat. Wir werden den „Wahrheitsuchern“ des Herrn Bünger gern helfen beim Suchen der Schuldigen. Wir glauben aber nicht, daß diese Arbeitermörder von dieser Regierung zur Verantwortung gezogen werden. Unsere Aufgabe ist es deshalb, an Hand dieses charakteristischen Beispiels die Augen zu öffnen über das Wesen der Klassenjustiz! (Lebhaftes Bravo! bei den Komm.) Der Antrag wird einstimmig dem Ausschuß überwiesen.

Ein sächsischer Demokrat als Verteidiger des Immunitätsbruches!

Genosse Renner

begründet nunmehr einen Antrag der kommunistischen Fraktion, die sich mit dem Bruch der Immunität kommunistischer Abgeordneter durch sächsische Polizeibeamte beschäftigt. Wie erinnerlich, waren unter Bruch der Verfassung die Arbeitsräume des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Rädel und der Landtagsabgeordneten Renner und Gäbel im Landtag, in Privatwohnungen und in den Räumen der Dresdner Arbeiterstimme von Beamten des „altsozialdemokratischen“ Dresdner Polizeipräsidenten Kühn erbrochen und durchsucht worden. Genosse Renner weist darauf hin, daß dieser Verfassungsbruch von allen Parteien im Landtag von den Altsozialisten und Demokraten bis zu den Deutschnationalen gebilligt und von dem Altsozialisten Max Müller als Innenminister „begründet“ wurde. Der Reichstag hat zu diesem Vorgehen Stellung genommen und hat der sächsischen Regierung mitgeteilt, daß er die Beschwerde des Abgeordneten Rädel einstimmig als berechtigt anerkannt hat und daß auch ein „sächsisches Gewohnheitsrecht“ diese Vorgänge nicht entschuldigt. Genosse Renner fordert, daß die Regierung den Behörden die strengste Anweisung gibt, die Immunität der Abgeordneten innezuhalten.

Der neue sächsische Innenminister, der Külz-Ersatz-Demokrat Dr. Apelt, versucht, mit der Erklärung, daß „wissenschaftlich“ die Immunität eine Untersuchung bei Abgeordneten in Fällen der Verfahren gegen Dritte und bei Aufbewahrung von Material zur verfassungswidrigen Maßnahme nicht verhindern könne. Er bezeichnet deshalb die einstimmige Verurteilung des Vorgehens durch den Reichstag als ein „Mißverständnis“. Er erklärt, daß die Haussuchung bei Rädel auf Grund der Angaben der Frau Weinhold, bei deren Mann zuerst eine Haussuchung durchgeführt worden war, vorgenommen wurde. Zugleich aber fühlt sich Herr Dr. Apelt so unsicher, daß er sich bereit erklärt, die Polizeibehörden anzuweisen, daß nur nach Genehmigung des Innenministeriums eine Haussuchung bei Abgeordneten vorgenommen werden darf.

Abgeordneter Edel (SPD) weist treffend die Scheinargumente des Innenministers zurück und betont, daß die treibende Kraft des Feldzuges gegen die Kommunisten Ministerialdirektor Dr. Schulz ist.

Außer den Sozialdemokraten wagt kein Vertreter einer Partei zu diesem Skandal Stellung zu nehmen.

Genosse Renner nagelt im Schlußwort diese Tatsache fest und betont, daß diese Marionettenrolle des „altsozialistischen“ Ministers in der Hand des erzreaktionären Kapitalsvertreters Dr. Schulz charakteristisch für die Koalitionspolitik überhaupt ist. Er weist die „wissenschaftlichen Argumente“ des Ministers, mit dem man jeden Verfassungsbruch gegen oppositionelle Abgeordnete decken kann, zurück und beantragt eingehende Beratung des Antrages im Rechtsausschuß. Die Ueberweisung des Antrages an denselben wird einstimmig beschlossen.

Deutschnationale Demogogie

zeigt ein Antrag der deutschnationalen Fraktion, der sich mit den Ruhegehältern der Minister beschäftigt.

Genosse Renner weist nach, daß dieser jetzt abgeänderte, aus primitiv agitatorischen Gründen gestellte Antrag Pensionen lediglich dem Berufsbeamtentum gewähren will und zugleich nur besonders beliebten Parteigängern wie Heldt und Konsorten Ruhegehälter sichern will und obendrein Berufsbeamten, die Minister waren, die Garantie der Rückkehr in ihre Aemter im Falle ihrer Absägung als Minister garantieren soll. Gleichzeitig stellt der scheinbar „vernünftige“ Antrag auf Aufhebung der Aufwandsentschädigung der Minister einen Angriff auf die Entschädigung von Abgeordneten überhaupt dar, um den Arbeiterorganisationen infolge ihrer finanziellen Lage die Entsendung von Arbeitervertretern zu erschweren oder unmöglich zu machen. Die Vertreter des Kapitals brauchen wegen ihrer fetten Einkommen im Privatleben diese Aufwendungen nicht. Wären diese Deutschnationalen wirklich gegen Verschwendung und hohe Pensionen, so hätten sie unseren Forderungen auf

Herabsetzung der hohen Gehälter und Aufhebung der Pensionen der oberen Beamten

zustimmen sollen. Dies aber haben sie abgelehnt. Wir werden bei den weiteren Beratungen diese Demagogie enthüllen und diesen Antrag bekämpfen. Der Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Um den 1. Mai und den 9. November

Bei einem deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der Feiertage am 1. Mai und 9. November zeigt Genosse Renner die politischen Gründe dieses Vorstoßes. Die Reaktion will diese Symbole einer Zeit, wo die Arbeiter ihre Kraft zeigen, in Massenaufmärschen gegen ihren Klassenfeind restlos ausroden. Die Heuchelei der Deutschnationalen zeigt die Tatsache, daß in Sachsen die wenigsten Feiertage vorhanden sind und außerdem noch „schwarze“ Feiertage genug aufgeschoben werden können. Das aber wollen die Herren eben nicht. Wir sind der Meinung, daß der sächsischen Arbeiterschaft einige Feiertage mehr nicht schaden, nur muß man noch erzwingen, **daß diese Feiertage bezahlt werden müßten!** (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Wir wissen ja, daß auch ein Volkstrauertag in Vorbereitung ist, gegen den diese Herren nichts einzuwenden haben. Wir Kommunisten treten selbstverständlich ein für die Feier des 1. Mai, der der Tag der Sammlung für den Kampf um unsere Klassenziele ist und auch für den 9. November ein. Denn nicht der Karikatur einer Republik gilt der Angriff auf den 9. November (die den Kapitalisten die Existenz rettete), sondern der Erinnerung an eine Zeit, wo die Arbeiter in Deutschland den ersten Schritt zur Befreiung aus dem Joche politischer Unterdrückung machten, wenn sie auch durch Verrat an einer wirklichen Eroberung der Macht gehindert wurden. Wir werden diesen Antrag bekämpfen. (Lebhafter Beifall links.) Nach einer längeren Debatte bei fast völlig leeren Bänken auf bürgerlicher Seite, wird die Abstimmung über diesen Antrag auf nächsten Dienstag vertagt. Auch die Beratung der letzten Tagesordnungspunkte wird vertagt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 22. März 1927

Die Ruhelohnordnung der städtischen Arbeiter

Die Pflichtstundenzahl der Lehrer

Die letzte Sitzung des Rechtsausschusses beschäftigte sich mit einer Abänderung des Schulbedarfsgesetzes. Die Beratung über eine von der Regierung eingebrachte Abänderungsvorlage wurde bis auf die Beratung über die Pflichtstundenzahl ausgesetzt. Zu den Pflichtstunden wurde dann folgender Antrag angenommen:

„Die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Volks-Fortbildungs- (Berufs-) und Hilfsschullehrer beträgt 28 Stunden. Diese Zahl erhöht sich für Volk-, Fortbildungs- (Berufs-) und Hilfsschullehrer, die am 1. April 1927 das 40., am 1. April 1928 das 35. Lebensjahr noch nicht erfüllt haben, um Zwei. Vom 1. April 1927 an beträgt die wöchentliche Pflichtstundenzahl allgemein 28 Stunden für die genannten Gruppen.“

Für die höheren Schulen wurde folgende Regelung angenommen:

„Oberstudienräte sollen je nach der Größe des Schulen 6 bis 14 Stunden Unterricht erteilen, wissenschaftliche Lehrer 24 Stunden, Fachlehrer 28 Stunden. Diese Zahlen sollen sich wie in der obigen Regelung für wissenschaftliche und Fachlehrer erhöhen. Ab 1. April 1929 betragen die Pflichtstunden für wissenschaftliche Lehrer 24 Stunden, für Fachlehrer 28 Stunden.“

Die KPD-Fraktion verlangte, daß die Pflichtstundenzahl für Volksschullehrer 28 Stunden, für Fortbildungs- (Berufs-) und Hilfsschullehrer 26 Stunden betragen soll.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD abgelehnt.

Die Beratung über das Anleihegesetz, das der Regierung 100 000 000 RM Kredit geben sollte, wurde vertagt. Dann stand zur Beratung ein kommunistischer Antrag:

die Richtlinien des sächsischen Ministeriums über die Ruhelohnordnung der Gemeindearbeiter

dahin abzuändern, daß Beiträge von den Gemeindearbeitern nicht erhoben werden. Die Berechnungszeit für Vollbeschäftigte auf 36 Stunden pro Woche herabgesetzt wird, Ruhelohn nach 5 Jahren gewährt wird, als Arbeitsunfähigkeitsalter das 60. Lebensjahr festgesetzt wird. Die Sätze des Ruhelohnes auf 35—80 Prozent der Lehrer festgesetzt werden. Versicherungsbezüge und gelegentlicher Nebenverdienst nicht angerechnet wird. Das Sterbegeld in Höhe eines dreimonatigen Tariflohnes gezahlt wird.

Weiter verlangte der kommunistische Antrag, daß jede Bindung gegen Gemeinden, die eine günstigere Regelung vorschlagen, wie die Regierungsrichtlinien, aufgehoben wird.

Hierzu wurde noch ein Antrag der Kommunisten und Sozialdemokraten eingegeben, wenn die Verbesserungsforderungen abgelehnt werden, die Richtlinien überhaupt aufzuheben.

Der Regierungsvertreter erklärte dazu, daß ein Entwurf der Reichsregierung in Vorbereitung sei, der eine Regelung dieser Angelegenheit für das ganze Reich vorsehe.

Die Regierung ersuchte um Aussetzung der Angelegenheit.

Die Kommunisten und auch die SPD widersprachen der Aussetzung.

Abg. Bethke (ASPS) stellte den Antrag, die Beratung und Beschlußfassung über die Anträge um einen Monat zu vertagen.

Gegen die Stimmen der KPD und SPD wurde der Antrag angenommen.

Sämtliche anderen Punkte wurden wegen der vorgeschrittenen Zeit ebenfalls vertagt.

Die Manieren auf der Elektrischen

bedürfen immer der höchsten Beachtung. Zu den schlechtesten aber gehört, mit dem scheußlichen Dampf eines Hinterwäldler-Rauchkrauts seinen Mitfahrern lästig zu werden und mit solchen üblen Schwaden die Perrons zu verpesten. Gerade in der so häufig engen Zusammengedrängtheit der Passagiere ist äußerste Rücksichtnahme auf den Mitmenschen notwendig.

Die Zigarette, die dafür bürgt, daß man auf der Elektrischen und überall im dichtesten Menschengewühl seinen Nächsten nur die angenehmsten Eindrücke vermittelt, ist Greiling-Schwarz-Weiß zu 4 Pf.

Es ist eine Marke, die in ihrer Bekömmlichkeit und ihrem Geschmack dem Raucher höchste Befriedigung gewährt, die aber auch mit ihren feinen, blauen Rauchkringeln und ihrem exquisiten Aroma – eine Folge der Naturreinheit der für ihre Mischung verwendeten Tabake – bei der Umgebung die äußerste Sympathie auslöst. Wer Greiling-Schwarz-Weiß raucht, sorgt für sein Ansehen, seine Beliebtheit und seinen guten Ruf.

SLUB
Wir führen Wissen.

Kunst und Wissen

3. Jahrgang — Freitag, 18. März 1927 — Nummer 65

Im Lande, das die Ketten sprengt

Von A. Kollossow.

Aus dem Russischen von Olga Halpern.

Unter dem Himmel, der schwarz wie Tusche war, erblühten die feurigen Rosen der Raketen: purpurrot, orangegelb, violett, kündigten sie den Beginn der nächtlichen Demonstrationen und Meetings an, die zur neunjährigen Feier des roten Oktobers veranstaltet wurden. Aus den am Hafen gelegenen Bezirken kam die Arbeiterjugend in Massen. Ihnen entgegen marschiert, in Dunkel und tiefes Schweigen gehüllt, unter dem Schein lodernder Fackeln und dem Rascheln ihrer eigenen Fahnen die jugendliche Masse aus den inneren Bezirken.

Die Hauptstadt des Landes, das die Ketten des internationalen Joches und der internationalen Niederträchtigkeit sprengte, feierte den neunten Oktober.

Der strenge Platz Kantons tauchte in einem Meer von Lichtern unter, erklang von jungen Kampfesstimmen, erzitterte unter heißen Ausrufen, die wie geschmolzenes Metall glühten.

Und es war ein Augenblick, ein stiller, unvergeßlicher: auf dem Breitergerüst, wo purpurrote und grüne Fahnen im Fackelscheine wogten, ertönte eine etwas heisere, näselnde Stimme. Feierlich und abgerissen rief sie laut:

„Das Wort hat Tsinj-Dsu ... Tsinj-Dsu ist erst vor kurzem aus Moskau gekommen." — Ganz still wurde es, und in der Stille hörte man das Rascheln der seidenen Fahnen ... die Flammenzungen der Fackeln erhoben sich noch höher, und in ihrem Scheine lächelte das jugendliche Gesicht Tsinj-Dsus die Menschen an.

„Ich komme von Moskau," sagte er leise.

„Er kommt von Moskau," ertönte es unten in der Menschenmasse. — Moskau — wie eine Freudenwelle ging es über den Platz ... „Dort habe ich die Lehren Lenins gelernt," sprach der Knabe weiter.

„Er kennt Lenin," seufzten die Stimmen der jungen Hafenarbeiter.

„Lenin," klang es dort, wo die Schulkinder aufgestellt waren.

„Lenin liegt neben dem Kreml. Er liegt dort, liegt, wie wenn er leben würde, als ob er wüßte, daß seine Lehren durch die ganze Welt gedrungen sind, und auch zu uns ... Ich werde euch erzählen ..."

„Lauter!" ertönte es in der Menschenmasse.

„Man hört nichts!" Klingende Kinderstimmen wiederholten es.

Tsinj-Dsu wollte lauter sprechen, aber seine Stimme reichte schon nach den ersten Worten nicht mehr aus, und die ungeduldig, leidenschaftlich erwarteten Worte des Knaben waren schon in den ersten Reihen nicht mehr zu verstehen.

Im Scheine der lodernden Fackeln, unter dem Rascheln der seidenen Fahnen bewegten sich Tsinj-Dsus Lippen, bewegten sich seine mageren, zerbrechlichen Hände, so, als ob er mit den Händen alles dies den Massen zu verstehen geben wollte, was er nicht in Worten ausdrücken konnte.

Als er mit der Rede, die niemand gehört hatte, fertig war, und die Stimmwellen immer höher schlugen, hoben die Hafenarbeiter den Knaben hoch auf, so hoch sie nur konnten, und trugen ihn zwischen den Fahnen den Massen voran.

Und er, der kleine, zerbrechliche Chinesenknabe, Tsinj-Dsu der unlängst aus dem fernen Moskau gekommen war und die Lehren Lenins kannte, war in dieser tosenden und flammenden Nacht das lebende Wahrzeichen heutiger und künftiger Siege.

Ein blühendes Dorf in Asche zu verwandeln ist leichter für Jen-Kai-Schin, viel leichter, als für einen gewöhnlichen Sterblichen, eine Pfeife zu rauchen. Er läßt Menschenblut ebenso ungestraft fließen, als ein Fluß sein kühles Wasser.

Jen-Kai-Schin regiert in Anschoi. Viele schreckliche Legenden ferner Jahrhunderte sind im Gedächtnis der Menschen verborgen — aber diese Legenden sind nichts im Vergleich mit der jetzigen Wirklichkeit, einer Wirklichkeit, die mit ihren klaffenden Wunden ächzt und stöhnt.

Im Juli 1926 kam zum Diktator Anschois eine Deputation. Sie bestand aus Studenten, Kaufleuten und Bauern. In ehrerbietigen Worten sprachen die Delegierten von der Liebe der Bevölkerung zum mächtigen und unvergleichlichen Jen-Kai-Schin, teilten ihm ihre Bereitwilligkeit mit, sich all seinen diktatorischen Befehlen bereitwillig zu fügen, ihre Bereitwilligkeit, ihre Kinder und ihr Vermögen der Armee zur Verfügung zu stellen, baten aber gleichzeitig, die Massenhinrichtungen einzustellen, der schändlichen Mißhandlung der Frauen und der sinnlosen Abschlachtung der Kinder Einhalt zu gebieten.

Jen-Kai-Schin hörte die Delegation bis zum Schluß an; er empfing sie in Gegenwart eines englischen Offiziers. Dann sagte er ruhig und weich, fast mit demselben Tone, in dem die Delegation zu ihm gesprochen hatte:

„Es gibt Hunde, die einem schmeicheln, um sich mit ihren Zähnen fester in die Waden einzugraben. Ihr seid von solcher Rasse, ihr Alten. Eure verpesteten Körper sind hier, bei mir ... aber eure Gedanken — sind bei den Rattenregimentern. Das ist das erste, das die Augen meiner Weisheit sehen. Das zweite, das die Augen meiner Weisheit sehen, ist der Ueberfluß an Menschen. In Anschoi gibt es viel Sand und viel Menschen. Der Sand ist unschädlich, weil er den Rattenregimentern nicht entgegengehen kann. Ihr seid schädlich, weil ihr euch danach sehnt, daß die Ratten hierher kommen und weil ihr selber Ratten seid, da ihr das Brot, das für die Armee bestimmt ist, wie Ratten frest. Und das dritte, das die Augen meiner Weisheit sehen — sind die schwächlichen Körper derjenigen, die mich auf einen falschen Weg drängen und mich in Honig ersäufen wollen."

Und Jen-Kai-Schin ließ die Delegierten hinrichten.

Unerträglich schwer ist das Leben in Anschoi, weil Jen-Kai-Schin dort regiert und durch drei Niederlagen erbittert und voller Wut ist. Er glaubt noch an einen Sieg, glaubt noch daran, was der englische Offizier ihm erzählt: die Armee Jen-Kai-Schins wird, in zwei Gruppen aufgeteilt, die Front der Kantoner erschüttern, wird sie zerreißen, sie vernichten, den Weg nach Kanton freimachen.

Vor dem Abmarsch sagten die Offiziere zu den Soldaten:

„Ja, eure Hütten sind verwüstet, und euren Familien droht der Tod, aber Jen-Kai-Schin kennt keine andere Liebe als die Liebe zu seinen Soldaten. Er sagt euch: „Soldaten, eure Verluste werden tausendfach in den wiedereroberten Ländern ersetzt werden."

Die Armee Jen-Kai-Schins bewegt sich den Kantonern entgegen. Er, Jen-Kai-Schin, wird den Kampf aufnehmen und siegen. Der englische Offizier hat doch den Plan ausgearbeitet — und vor dieser Weisheit erlöschen alle anderen strategischen Talente: Die Armee wird, bevor sie sich in 2 Gruppen teilt, einen Generalangriff machen, die Frontlinie wird stufenartig aufgebaut sein, an der nördlichen Flanke, die weit vorgeschoben sein wird, wird der Offizier eine große Masse Artillerie und die besten Regimenter konzentrieren. Alle anderen Abteilungen werden in Zickzacklinie von der linken Seite zurückgehen. Die Kantoner werden ganz nahe an diese Linie herankommen. Der Kampf wird beginnen. Die gewaltige Masse der nördlichen Flanke wird die Front der Kantoner durchbrechen und mit blitzartiger Geschwindigkeit nach Süden marschieren, um die Kantoner von Süden aus anzugreifen ... Die Armee Jen-Kai-Schins eilte den Kantonern entgegen.

In der Nacht des 16. Oktober kamen zur nördlichen Flanke der Armee 120 Kantoner, die auf die Seite Jen-Kai-Schins übergelaufen waren. Die Ueberläufer wurden in Gegenwart des Offiziers verhört. Sie bestätigten, daß die Gerüchte über das Gären in der Kantoner Armee und über den Mangel an Artilleriegeschossen wahr seien. Der älteste der Ueberläufer war nicht älter als 20 Jahre, der jüngste war — 15 Jahre alt. Die Aelteren wiesen auf den Jüngsten und sagten:

„Wie die Sache in Kanton steht, kann man nach ihm beurteilen. Wenn man solche Knirpse bei uns aktenliert, so ist das ein Beweis, daß bald Schluß ist."

Die Bitte der Ueberläufer, sie der Artillerie zuzuteilen, wurde ohne Ueberlegung angenommen.

In der Nacht des 16. Oktober sprachen die Artilleristen der Armee Jen-Kai-Schin ganz leise mit den Ueberläufern aus Kanton. Die jugendlichen Ueberläufer wußten, daß sie mit den anderen nicht leise zu sprechen haben: es ist sinnlos, neben dem Pulver zu stehen und an das Feuer zu denken, wenn man in der Tasche Zündhölzer hat. — In der Nacht des 16. Oktober 1926 lenkte die Artillerie der nördlichen Flanke der Armee Jen-Kai-Schins ihre Geschosse dorthin, wo der englische Offizier dem Diktator über die Schachmeister Europas erzählte. In der Nacht des 16. Oktober sprengten 120 Ueberläufer von Kanton von innen heraus die tönerne Macht des Diktators Jen-Kai-Schins.

*

Drei Stunden, bevor die Artillerie Sun-Tschuan-Fangs nach Chan-Tschou einmarschierte, gab sie 3 Schüsse auf die Vororte ab. Die Regimenter Sjao-Tschaos (des Gouverneurs, der auf die Seite der Kantoner übergegangen war) ließen während ihres Rückzuges Bündel mit Aufrufen der Kuo-Min-Tang und der Kommunistischen Partei vor den Toren des Schlosses zurück. Im Zentrum der Stadt war es ruhig. Vor dem Schloß des Gouverneurs trugen Kinder die Maschinengewehre auf ihre Karren und schleppten Kisten und Bündel mit Maschinengewehrmunition fort. Die Gruppe der Kuo-Min-Tang in Chan-Tschou hatte beschlossen, die Waffen und die Literatur vor den anrückenden Regimentern zu verstecken. Die Kinder wurden von einer Kavallerieabteilung Sun-Tschuan-Fangs aufgehalten. Sieben fielen unter den Säbelhieben, drei wurden vor das Feldgericht gestellt und zum Tode verurteilt — durch Vierteilung.

*

Es dämmerte. Eine halbe Meile von der Ruine Tao Matschou standen die zum Tode Verurteilten. Zuerst wurden die drei jugendlichen Revolutionäre an einen Balken geschmiedet. Die Henker schliffen ihre Messer, trotzdem sie gestern scharf wie Rasiermesser waren. Der älteste der Verurteilten, Fo-Tschu-Tschin, war totenbleich; er biß sich die Lippen blutig und war halb ohnmächtig.

Der jüngste, ein 10jähriger Knabe, Tonj-Linj-Tschu, mit einem roten Schimmer auf den fahlen Wangen, sah Fo-Tschu-Tschin mit weitaufgerissenen Augen an. Für einen Augenblick begegneten sich die Blicke der dem Tod Geweihten.

„Sie werden kommen!" sagte leise Tonj-Linj-Tschu. „Sie werden kommen!"

Fo-Tschu-Tschin antwortete nichts. In seinen Augen war Verzweiflung, und durch die Flamme der Verzweiflung schimmerte ein letzter zärtlicher Abschied.

Morgenröte deckte den Himmel, die Sonne erhob sich unter dem Klirren der Messer, die geschliffen wurden.

„Sie sind gekommen!" schrie plötzlich voller Freude Tonj-Linj-Tschu auf. Er sah auf den kleinen Hügel, und in seinen Augen zitterte die Morgenröte, strahlend und unvergleichlich ... Sie sind gekommen!

Und wie als Antwort auf seinen Schrei, wie als Bestätigung ertönte vom Hügel das Knattern der Maschinengewehre.

Eine Minute später waren die Henker und die versammelte Menschenmenge verschwunden. Auf der Erde zuckten die Körper der Verwundeten. Fünf waren es. Und drei blieben am Balken festgeschmiedet. Zu ihnen eilte die freiwillige Kampfgruppe der Kuo-Min-Tang.

Die Freiwilligen befreiten zwei der Angeschmiedeten. Der dritte, Tonj-Linj-Tschu, der noch vor einigen Minuten leidenschaftlich die Ankunft der Freiwilligen erwartet hatte, war — tot. Der Kopf des Knaben war auf die Brust gefallen, der Freiwillige hob ihn ein wenig — in den verglasten Augen spiegelte sich die Morgenröte wider, und es schien dadurch ein Ausdruck von Freude und Triumph in ihnen ...

Sturm auf Schanghai

Von Johannes R. Becher.

Reis hat unser Land genug,
Fische unser Meer —
Seht: die Teeplantagen!
Prächtige Paläste schwimmen auf dem Wasser.
In Goldgewändern gehen Mandarinen und Generale,
Und die Fremden, die wir in unseren Sänften tragen,
Leben einen guten Tag.

Stacheldraht haben sie um ihr Viertel gespannt.
Zittern wohl um ihre Konzessionen.
Sitzen zusammen mit Wupeifu, dem Schlächter —
Oh, den kenn' ich.
Hat dicke gemalte Backen,
Ein geschwollener Drachen,
Und der Orden,
Den ihm der Engländer geschenkt hat,
Glänzt ihm mitten auf dem Bauch.
Sein Freund ist der Missionar, der Amerikaner,
Der versteht das Geschäft —
Mädchenhandel und Opium.
Auf lampiongeschmückten Gondeln
Tanzen sie jede Nacht zum Dudelsack ...

Habt ihr vielleicht meinen Bruder gekannt,
Den der fette Henker
Mit dem schmierigen Messer geköpft hat,
Damals bei dem großen Streik
Der Spinnereien!?
Sein Kopf hing an einem Telegraphenmast
Noch drei Tage lang
Mit offenen Augen über der Stadt — — —
Brüder,
So was vergißt sich nicht ...

Von Sunyatsen habt ihr gehört,
Dem großen Mann von Kanton,
Der voriges Jahr gestorben ist.
Auf den Schultern des Volkes wurde er zu Grabe getragen.
Die Straße war ein Tränenstrom.
So krumm lief wir noch nie der Rücken.

Siebzehnmal ist der Sturm losgesprungen
Siebzehnmal rief er: „Sturm, steh auf!"
Und legte sich wieder,
Denn der Sturm war noch kurzatmig und zu
Und die Mauer noch nicht morsch genug
Gegen die er stürmte.

Und drüben im Rußenland
Hat einer noch gewaltiger gelebt,
Der viele herrliche Taten getan hat.
Und umsonst nicht gelebt hat.
Seine Söhne habe ich gesehen.
Sie sind bei uns.
Sie haben rote Fahnen und an den Mützen Sterne

Wind, sage ich, liegt auf Schanghai.
Der englische Posten hinter dem Stacheldraht
Hat nichts zu lachen.
Es wurde uns berichtet:
Er hat welche wohnen in seinem eigenen Land,
Die er auch bewachen muß,
Damit sie nicht ausbrechen ...

Sie haben gestern Gasmasken verteilen lassen.
Scheinwerfersonnen leuchten der Nacht ...
Lockert mein Erdreich wieder der Sturm,
Der geknechtete Sturm,
Der losspringt!? ...

Wind, sage ich, liegt auf Schanghai,
Denn von Süden her kommt der Sturm — — —

Der Bericht des Petrograder Polizeichefs an die Regierung

Die „Abteilung für den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Hauptstadt" über die Ereignisse.

23. Februar 1917. Vertraulich
Nr. 5727.

Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Innern!

Heute morgen fingen die in den Fabriken erschienenen Arbeiter des Wyborger Bezirks an, die Arbeit allmählich einzustellen und die Massen auf die Straße zu ziehen, wo sie ihren Protest und ihre Unzufriedenheit über den Brotmangel offen zum Ausdruck brachten. Die Bewegung der Menge hatte in der Mehrzahl der Fälle einen so demonstrativen Charakter, daß sie durch Polizeiabteilungen zerstreut werden mußte.

Bald erreichte die Nachricht über den Streik die Unternehmungen der anderen Bezirke, deren Arbeiter sich gleichfalls den Streikenden anzuschließen begannen. Gegen abend streikten somit 23 Unternehmungen mit 78443 Personen. (Beiliegend ein Verzeichnis der stillgelegten Unternehmungen.)

Die Mehrzahl der Arbeiter, die die Fabriken verlassen hatten, befand sich während der ganzen Zeit auf den Straßen und veranstaltete bei der ersten Gelegenheit Demonstrationen und Unruhen.

Gegen 1 Uhr mittags wollte der älteste Stellvertreter des Kommissars des zweiten Wyborger Reviers, Hofrat Kargels, der den Straßenverkehr beaufsichtigte, einen Arbeiter festnehmen, als dieser einem Wagenführer den Hebel des Motors wegnahm. Der Versuch des Polizeibeamten, den Verbrecher zu verhaften, wurde von den sich in der Nähe aufhaltenden Arbeitern bemerkt, die den genannten Kommissarstellvertreter umringten, ihn mit einem harten Gegenstand am Kopfe leicht verwundeten und dem Festgenommenen zur Flucht verholfen.

Ungefähr zur gleichen Zeit strömte eine Arbeitermenge von ungefähr 1000 Personen zur Litejnibrücke mit dem Ziele, in das Zentrum der Stadt einzudringen. Beim Finnischen Bahnhof wurden die Demonstranten vom Kommissarstellvertreter Grothus mit einer kleineren Polizeiabteilung empfangen. Er versuchte die Menge zu zerstreuen, wurde jedoch von den Arbeitern umringt. Ein Arbeiter entriß ihm den Säbel und verwundete ihn leicht am Kopf.

Um 3 Uhr sammelte sich auf der Bolschaja-Bolonaja-Straße eine Arbeitermenge von ungefähr 300 Personen an, die nach der Stillegung des Straßenbahnverkehrs in der Richtung des Sawarowski-Prospektes weiterzog. Die Demonstranten wurden bald durch Polizeiabteilungen zerstreut.

Um etwa 6 Uhr abends brachen streikende Arbeitermengen in die staatliche Waffenfabrik und in die Petrograder Munitionsfabrik ein und holten die dortigen Arbeiter, die bis dahin die Ordnung nicht gestört hatten, heraus.

Um 7,30 Uhr abends verließen die Arbeiter der Petersburger Mechanischen und Gußfabrik „Vulkan" — etwa 1500 Personen — nach Einstellung der Arbeit die Fabrik und zogen über die Bolschaja-Koltowskaja-Straße. Auf der Korpusstraße hielten die Demonstranten vor dem Tor der Mechanischen Fabrik der ersten Russischen Luftschiffahrtsgesellschaft und begannen das Tor einzudrücken. Die Polizeiaufseher des vierten Reviers des Petrograder Teils versuchten, die Demonstranten zur Herstellung der Ordnung zu überreden. Als sich Polizeiaufseher Baschow davon überzeugt hatte, daß es ihm nicht gelingen werde, auf die Arbeiter friedlich einzuwirken, zog er seinen Revolver und begann mit ihm die Meuterer zu bedrohen. Die Arbeiter umringten Baschow sofort, schlugen ihm den Revolver aus der Hand und verprügelten ihn mit Stöcken. Sie drangen sodann in die Fabrik ein und holten die dort ruhig schaffenden Arbeiter heraus. Polizeiaufseher Baschow wurde in das Spital der Heiligen Maria Magdalena gebracht; es wurden bei ihm außer Blutstriemen auch ein Bruch des Unterkiefers festgestellt.

Um 3 Uhr nachmittags begannen, nach der Ankündigung der Administration der Filippow-Bäckerei, daß es kein Brot gäbe, etwa 300 noch unbefriedigte Personen das Fenster des Ladens mit Schnee- und Eisklumpen zu bewerfen, wonach sie in den Laden eindrangen und dort alles zertrümmerten.

Um 2 Uhr nachmittags beschlossen die in der Fabrik „Ajwas" im Hause Nummer 21/23/25 der Wyborger Chaussee in der Automatenabteilung versammelten Arbeiter — 3123 Personen —, den heutigen Tag als den Tag der Gleichberechtigung der Frauen zu feiern.

Ich habe die Ehre, oben dargelegtes Eurer Exzellenz zu melden.

Der Chef der Abteilung, Generalmajor
(Unterschrift)

Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage Rußlands besteht in dem Uebergang von der ersten Revolutionsetappe, die infolge ungenügenden Klassenbewußtseins und mangelhafter Organisation des Proletariats die Macht der Bourgeoisie in die Hände gespielt hat, zur zweiten Etappe, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Bauernschichten zu legen hat.

Lenin („Ueber die Aufgaben des Proletariats").

Dresden

18. März: 1925: Streik in der dänischen Eisenindustrie. — 1922: Generalstreik der Hafenarbeiter in Italien. Mahatma Gandhi, indischer Nationalrevolutionär, zu sechs Jahren Kerker verurteilt. — 1921: Friedensschluß zwischen Sowjetrußland und Polen in Riga. — 1919: Aufstand in Aegypten. Forderung der Autonomie. Wiedererscheinen der „Prawda" in Petrograd. — 1915: 3. Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie. Erste politische Demonstration gegen den Krieg vor dem Reichstag. — 1876: Ferdinand Freiligrath in Cannstatt gest. — 1871: **Proklamierung der Pariser Kommune.** — 1848: Barrikadenkämpfe in Berlin und anderen deutschen Städten.

Ein Arbeitstag im Werbelokal am Sternplatz

pm. Es ist noch früh am Tage, kaum 8 Uhr, doch schon sieht man am Sternplatz sich Menschen stauen. Sie stehen vor einem Plakat dichtgedrängt und studieren die einzelnen Bilder, die Episoden aus dem Arbeiterleben der ganzen Welt darstellen. Doch das Hauptinteresse der Arbeiter gilt dem Lokal selbst. Blutigrot leuchtet schon von weitem ein großes Schild, das mit großen weißen Buchstaben jedem kundtut, daß sich hier ein Werbelokal des Roten Frontkämpferbundes befindet. Große Plakate in den Fenstern fordern den Proletarier, vor allem die Jungarbeiter auf, sich einzureihen in die rote Klassenfront. Zeitschriften und Zeitungen, Photographien und Aufrufe zeigen jedem einzelnen leicht verständlich die Notwendigkeit seines Eintritts in die Rote Front. Im Lokal selbst ist Hochbetrieb. Die Tische sind besetzt von Arbeitern, die in reger Diskussion begriffen sind. Ueberall liegen Werbebroschüren. Zwei Kameraden, die hier Dienst haben, sind damit beschäftigt, Aufnahmezettel auszuschreiben, Aufnahmen zu vollziehen und den Wissensdurstigen in allen Fragen Rede und Antwort zu stehen. Der Vormittag vergeht bei den Arbeiten im Werbelokal schnell, die Mittagszeit bringt verstärkte Tätigkeit. Die Arbeiter der Betriebe, die in der Nähe liegen, benutzen ihre Mittagspause, um am und im Werbelokal sich zu regen Diskussionen zusammenzufinden. Gute Erfolge werden gezeitigt. Die meisten gehen, mit dem Herzen unserer Bewegung angehörend, zurück in die Betriebe. Reichsbanner- und SPD-Arbeiter kommen und holen unsere Werbebroschüre. Jeder von uns fühlt, über kurz oder lang werden sie doch zu uns kommen! Besonders rege Debatten ergaben sich, als wir eine Zeitung ausstellten, die in einem Artikel kundtat, daß die SPD sich weigert, mit uns gemeinsam den 1. Mai zu feiern. Alle waren empört und das Resultat war, daß zwei Reichsbannerleute, die sich bei der Diskussion beteiligt hatten, sich bei uns einschreiben ließen. Viele Arbeiter kommen hierher essen, aber auch diese lassen sich kaum Zeit dazu. Begierig lesen sie die von uns zur Verfügung gestellten Zeitschriften. Aber nicht nur Arbeiter kommen zu uns, Angestellte, Kaufleute, Techniker usw. weist unsere Aufnahmeliste auf. Auch sie haben eingesehen, daß nicht das Reichsbanner ihre Interessen vertritt. Den ganzen Nachmittag geht der Betrieb genau so rege wie am Vormittag. Jeder Tag bringt Neuaufnahmen. Gerade die Jungarbeiter, die am meisten von der kapitalistischen Gesellschaft ausgebeutet werden, die Lehrlinge, die als billige Arbeitskraft nur als Streikbrecher benutzt werden, denen man alle Rechte der Jugend nehmen will, ihnen setzt man Schund und Schmutz vor und verbietet aufklärende Broschüren, die das Klassenbewußtsein in ihnen wecken könnten. Diese Jungarbeiter sind es, die den Stamm einer künftigen Generation bilden sollen. Ihnen muß gesagt werden, wo sie hingehören. Unter ihnen muß aufklärend gewirkt werden, um sie von unseren Gedanken zu überzeugen, und diese Aufgabe bezweckt das Werbelokal. Doch nicht nur Jugendliche. Nein! Alle werktätigen Männer, die unter den wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben, Proletarierfrauen, die im Betrieb ausgebeutet werden, Mädchen, die als billige Arbeitskraft den Unternehmern die Taschen füllen müssen, Mütter, die nicht wollen, daß ihre Männer und Söhne wieder für kapitalistische Interessen hingeschlachtet werden, alle, alle müssen sich vereinigen in der roten Klassenfront. Hinein in den Roten Frontkämpferbund, in die Rote Jungfront, in den Roten Frauen- und Mädchenbund! Besucht das Werbelokal der 2. RJ-Abteilung am Sternplatz!

Soermus-Konzert für Erwerbslose!

Der russische Geigenkünstler Genosse Soermus hat sich den Dresdner Erwerbslosen zu einem Konzert zur Verfügung gestellt. Dasselbe findet am Sonnabend, vorm. 11 Uhr im Alhambra-Theater, Wettinerstraße, statt. Auch das Theater hat der Besitzer unter den kulantesten Bedingungen dem Ausschuß überlassen. Alle Erwerbslosen werden aufgefordert, mit ihren Angehörigen dieses Konzert zu besuchen. Als Kostenbeitrag werden 10 Pf. erhoben.

Erwerbslosenausschuß Groß-Dresden.

Die Freireligiöse Gemeinde veranstaltet heute Freitag, abends 7,30 Uhr im Saale des Volkshauses, Ritzenbergstraße, einen Lichtbildervortrag. Dr. Ohr aus Leipzig spricht über „Buddha und der indische Buddhismus". Eintritt 30 Pf.

Aus den Sammlungen für Kunst und Wissenschaft. Der wegen baulicher Instandsetzungsarbeiten zurzeit geschlossene Ausstellungssaal des Münzkabinetts muß auch weiterhin, voraussichtlich bis zum 22. d. M. für den allgemeinen Besuch geschlossen bleiben. Wissenschaftliche Auskünfte werden aber wie bisher wochentags zwischen 10—1 Uhr im Studierzimmer erteilt.

Wegen Kanal- und Straßenbau in der Alsenstraße in der Siedlung Steyrich wird die Brabschützer Straße zwischen der Meißner Landstraße und Flensburger Straße vom 26. März 1927 ab auf die Dauer der Arbeiten für den Fahrverkehr gesperrt.

Wegen Pflasterausbesserung wird die Trompeterstraße zwischen Oberseergasse und Waisenhausstraße vom 17. März 1927 ab auf die Dauer der Arbeiten für den Fahrverkehr gesperrt.

Gesperrt. Wegen Bauarbeiten wird die Scharnhorststraße zwischen Feldherrnplatz und Blumenstraße vom 16. März 1927 ab auf die Dauer von zwei Wochen für den Fahrverkehr gesperrt.

Form der Briefumschläge.

Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Seit einiger Zeit mehren sich die Fälle, daß Briefversender Briefumschläge von quadratischer oder nahezu quadratischer oder von außergewöhnlich langer und dabei sehr schmaler Form (z. B. 21,5×10 Zentimeter) benutzen. Dies führt zu erheblichen Schwierigkeiten im Postbetriebe; denn solche Briefe können vielfach nicht in die Verteilungsfächer aufgenommen werden, oder sie lassen sich mit Briefen von gewöhnlichen Ausmaßen nur sehr schwer oder überhaupt nicht zu Briefbunden zusammenpacken. Beschädigungen der das übliche Maß überschreitenden Briefe sind deshalb häufig unausbleiblich und führen zu unerquicklichen Auseinandersetzungen und Mißhelligkeiten. Bei weiterer Zunahme käme in Frage, solche Briefe von der Postbeförderung auszuschließen. Den Versendern wird daher empfohlen, nur Briefumschläge in der üblichen, mäßig länglich-rechteckigen Form zu verwenden.

Aus dem Stadtparlament

Die Dresdner Stadtverordneten erledigen erstmalig seit der Neuwahl die vorgelegte Tagesordnung. 119 Sack Mehl im Jahre 1923 in Dresden „verloren" gegangen und erst mit Hilfe des „Städtetages" wiedergefunden — ein erstklassiger Korruptionsskandal

Nach Bekanntgabe der Eingänge werden die Punkte 1—4 und 6—27 ohne Aussprache erledigt. Zu Punkt 12 war getrennte Abstimmung verlangt, wobei unsere Genossen gegen die Weiterbeibehaltung der Getränkesteuer stimmten.

Zu Punkt 28 „Antrag der kommunistischen Fraktion auf Anbringung von Bekanntmachungstafeln im Arbeitsnachweis" berichtet als Mehrheitsberichterstatter der „Sozialdemokrat" Krüger, und schlägt vor, die Schaffung oder Ablehnung der geforderten Tafeln ins Ermessen der (reaktionären) Arbeitsnachweisleitung zu legen. Gen. Schneider als Minderheitsberichterstatter geißelt scharf die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion, die mit diesem Vorschlag nur einer klaren Stellungnahme ausweichen will und außerdem mit dieser Stellungnahme praktisch den ADGB-Gewerkschaftsbureaukraten Hilfsdienste leistet. Gen. Schneider fordert, zu beschließen: daß Bekanntmachungstafeln für Erwerbslosen- und Gewerkschafts-Bekanntmachungen angebracht werden. Genosse Werner stellt mit Beweisen aus der Praxis des famosen „Verwaltungsrates des ZAR" fest, daß eine Verweisung an diese reaktionäre Institution nur Ablehnung bedeutet, daß es also deshalb viel ehrlicher sei, wenn die Sozialdemokraten offen im Plenum gegen den Antrag stimmen würden. Mit einem einzigartigen sozialdemagogischen Eiertanz versucht Krüger die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu verteidigen, wobei er sich sogar dazu versteigt, die Erwerbslosen als „teilweise dunkle Elemente" zu bezeichnen. **Von Deutschnationalen bis zur SPD wird die kommunistische Forderung abgelehnt und das Bösenberg-Krüger-Gutachten angenommen.**

Ein Antrag: Beseitigung der gesundheitsschädlichen Zinkschmelze an der Hechtstraße wird von Frau Noack (SPD) begründet und auf Antrag der KPD in Schlußberatung genommen. Der Antrag wurde gegen Deutschnationale, Wirtschaftler und Volkspartei angenommen.

Zu Punkt 30, Errichtung eines homöopathischen Krankenhauses, berichtet Hirschfeld (Dem.). Das vorgelegte Gutachten wurde unter a) ein Krankenhaus zu errichten, gegen 3 Stimmen angenommen, dahingegen Punkt b) die Frage einer biochemischen Abteilung auf ewig zu vertagen, gegen eine Minderheit (zu der auch der ADGB-Regierungsrat gehört) abgelehnt.

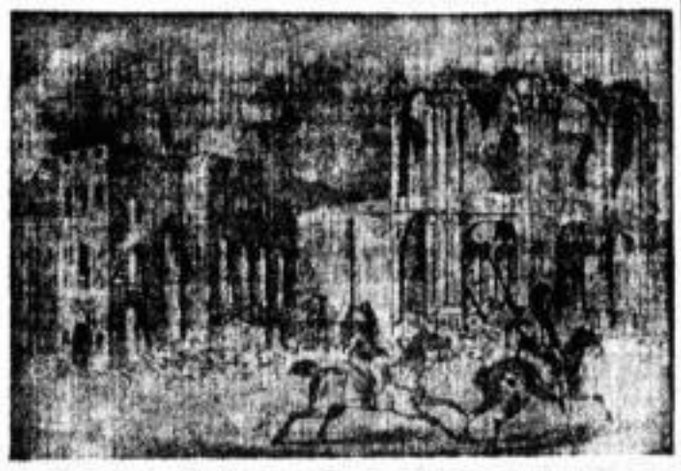
Beim Punkt 31: 1000 Mark zur Sammlung für die Hochwassergeschädigten, südslawischen „deutschstämmigen Siedler" zu bewilligen, wurde ein Korruptionsskandal 1. Klasse, datierend aus der Inflationszeit vorgetragen, zu dem wir aus Platzmangel in einem besonderen Artikel Stellung nehmen werden. Heute sei nur erwähnt, daß eine 1923 von den südslawischen Siedlern gestiftete Spende von 119 Sack Mehl, ursprünglich überhaupt nicht auffindbar war, schließlich aber deren Eingang doch zugegeben wurde. Die dabei bekannt gewordene Verteilungsart (die wiederum von einem nicht zu ermittelnden „Unterausschuß" vorgenommen wurde) übertrifft fast die Praxis der Löffler und Meißner im berühmten „Volksopfer".

Allein 45 Sack hatte der „deutsche Offiziersbund" neben vielen anderen nationalen Vereinen erhalten.

Auf Grund dieser Tatsachen beantragte die kommunistische Fraktion nochmalige Ausschußberatung, dem mit Mehrheit zugestimmt wurde.

Der zurückgestellte Punkt 5 wird abgesetzt, weil nur ein Berichterstatter anwesend war.

Als Tagesordnungsschluß (der seit der Neuwahl erstmalig erreicht wurde) begründet Gen. Neuhof den kommunistischen Antrag auf Gewährung erweiterter Freifahrten für Schwerbeschädigte. Gen. Neuhof übt dabei scharfe Kritik an dem „erstatteten Dank des Vaterlandes" das für Hochverräter vom Schlage Lüttwitz täglich 56 Mark Pension zahlt, aber für einen 100 Prozent Beschädigten auf einen ganzen Monat nur 85 Mark übrig hat. Der Antrag wird an den Verwaltungs- und Finanzausschuß verwiesen. L.



Brandruinen des alten Opernhauses

Achtung!

Verbandstagswahl der Holzarbeiter!

Am Sonnabend, den 19. März finden in Dresden die Delegiertenwahlen zum Verbandstag der Holzarbeiter statt. Die oppositionellen Kollegen beteiligen sich restlos an der Wahl und geben ihre Stimme nur dem Kollegen Bielig, da er als einziger für die Gewerkschaftseinheit und gegen die Rußlandhetze aufgetreten ist. Die anderen Kandidaten bieten der Opposition keine Gewähr für die Vertretung der Interessen der Holzarbeiter.

Geht zur Wahl! Wählt Kollegen Bielig!

Gemeinsame Maifeier in Reick

Eine am 17. März stattgefundene Sitzung der Arbeitsgemeinschaft proletarischer Kultur- und Sportvereinigungen Reick-Gruna-Seidnitz beschloß nach einem Antrag unserer Genossen einstimmig (auch mit den Stimmen der SPD-Vertreter), nachdem eine Groß-Dresdner gemeinsame Veranstaltung am 1. Mai nicht durchgeführt wird, örtlich eine solche gemeinsame Veranstaltung durchzuführen. Ueber die Ausgestaltung der Veranstaltung selbst soll in einer späteren Sitzung noch endgültig beschlossen werden.

Märzfeier

des Kommunistischen Jugendverbandes

am Dienstag, den 22. März, abends 7,30 Uhr in der

Reichskrone, Bischofsweg.

Eintritt: Erwachsene 30 Pf., Erwerbslose, Jugendliche und Kinder 10 Pf.

Dresdner Arbeiter! Ehrt eure Gefallenen durch Massenbeteiligung!

Striesen. Am Dienstag, den 15. März fand im Glasewaldhof eine Mitgliederversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung statt. Nach einem Referat des Genossen Kurfürst über die Einheitsorganisation des proletarischen Freidenkertums erfolgte die Konstituierung der Ortsgruppe. Es wurden gewählt: Gen. Heinr. Wagner zum Vorsitzenden, Gen. Emil Hartmann zum Stellvertreter, Gen. Max Löffler zum Kassierer, Genossin Helene Glaser zum Schriftführer und die Genossen Epperlein und Dürfel zu Revisoren. Die Monatsversammlungen finden bis auf weiteres jeden dritten Dienstag im Monat im Glasewaldhof statt. Die Ortsgruppe zählt gegenwärtig 120 Mitglieder. Damit ist auch in Striesen das Fundament der Freidenkerorganisation gelegt, und gilt es nun alle Kräfte zu sammeln zum Kampfe gegen die Kulturreaktion. An alle Striesener proletarischen Freidenker ergeht der Ruf, sich einzureihen in die einheitliche Kampffront und nicht als negierende Nörgler abseits stehen zu bleiben. Vom 21. bis 27. März wird eine Kirchenaustrittswoche mit Hausagitation durchgeführt. Zur erfolgreichen Durchführung der Kampagne rufen wir alle klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen auf. Am Montag, den 21. März, abends 7 Uhr ist Materialausgabe im Glasewaldhof. Seid alle zur Stelle, es gilt praktische Kulturarbeit zu leisten!

Sonntagsruhe auch für Bahnhofsfriseure

Ein Urteil des Oberlandesgerichts Dresden.

Wie jetzt bekannt wird, hat das Oberlandesgericht Dresden eine grundsätzliche Entscheidung in der Frage der Sonntagsruhe für Bahnhofsfriseure gefällt, die für die Friseure und Friseurgehilfen Dresdens von großem Interesse sein wird, da die gewerkschaftlich organisierten Gehilfen und die kleinen und mittleren selbständigen Friseure schon seit Einführung der Sonntagsruhe gegen die Sonntagsarbeit der Bahnhofsfriseure energisch, aber bisher vergeblich angekämpft haben. Jetzt ist diese Auseinandersetzung durch das Oberlandesgericht zu ungunsten der Bahnhofsfriseure entschieden worden. Die Begründung lautet:

„Der Rechtsstoff der Sonntagsruhe ist vom Reiche nicht erschöpfend geregelt worden. Es hat sich im allgemeinen auf Anordnungen zum Schutze der gewerblichen Arbeiter gegen Sonn- und Festtagsbeschäftigung beschränkt, den Unternehmern gewerblicher Betriebe hinsichtlich der eigenen Sonn- und Festtagsarbeit aber, von gewissen Ausnahmen abgesehen, im wesentlichen freie Hand gelassen. In dem Umfange, in dem es hiernach das Reich übernommen hat, die Sonn- und Festtagsruhe zu ordnen, gelten selbstverständlich allein seine Vorschriften, und für landesrechtliche Bestimmungen ist nur dann noch Raum, wenn sie gegenüber den reichsrechtlichen Vorschriften weitergehen. Weitergehende Bestimmungen solcher Art, die von den Ländern getroffen werden, sind dann allerdings als durch das Reich erlassen anzusehen und daher nur im Rahmen des Geltungsbereichs der Gewerbeordnung wirksam. Soweit dagegen das Reich die Ordnung der Sonn- und Festtagsruhe nicht an sich gezogen hat, sind nicht nur die früheren landesrechtlichen Beschränkungen der Sonn- und Festtagsarbeit bestehen geblieben, sondern die Länder auch nicht behindert, hierauf bezügliche neue Bestimmungen zu treffen. Diese gründen sich alsdann auf keine Ermächtigung durch das Reich, sind vielmehr Ausfluß des eigenen Gesetzgebungsrechts der Länder. Das trifft daher insonderheit zu für Bestimmungen, die auf die sonn- und festtägliche Betätigung der gewerblichen Unternehmer selbst Bezug haben, soweit sie nicht schon reichsrechtlichen Beschränkungen unterliegt.

Um solche Bestimmungen hat es sich auch bei Erlassung des sächsischen Sonntagsruhegesetzes gehandelt. Da die Befreiung des Gewerbebetriebs der Eisenbahnunternehmungen und demgemäß auch ihrer Hilfsbetriebe, zu denen Bahnhofsfriseurgeschäfte immerhin gehören mögen, nach § 6 der Gewerbeordnung und § 16 Absatz 5 des Reichsbahngesetzes vom 30. August 1924 nur hinsichtlich der Vorschriften der Gewerbeordnung Platz greift, das sächsische Gesetz über Sonntagsruhe sich aber gar nicht aus dieser herleitet, sondern ihr gegenüber ein selbständiges Dasein hat, ist der Angeklagte den Bestimmungen dieses Gesetzes unterworfen gewesen, gleichwie jeder andere Unternehmer eines Friseurgeschäfts auch. Er hat sich deshalb, wenn er sich daran nicht gehalten hat, einen Verstoß gegen das landesrechtliche Sonntagsruhegebot zuschulden kommen lassen, gleichviel, ob die von ihm bedienten Personen Bahnreisende gewesen sind oder nichtreisende Ortseinwohner."

Volksentscheid in Gohlis.

Nachdem das neugewählte Gemeindeparlament 5 Sitzungen abgehalten hat, wurde es am Sonntag, dem 13. März, durch Volksentscheid schon wieder zum Tode verurteilt. In Gohlis war die Situation so — daß ein großer Unwille unter der Einwohnerschaft herrschte. Ein großer Teil war zu der Ansicht gekommen, daß ihre Interessen nicht so vertreten wurden, wie sie es sich wünschten. Sie waren enttäuscht von der letzten Wahl. Es wurde ein Volksbegehren eingeleitet, wobei sich 345 Wähler einzeichneten. Bei der Abstimmung zum Volksentscheid machten 300 Wähler durch Abgabe ihrer Stimme von ihrem Rechte Gebrauch, davon stimmten: 295 mit Ja, 32 mit Nein, und 6 Stimmen waren ungültig. 290 Stimmen wären erforderlich. Mit 5 Stimmen Mehrheit ist dieser Sieg errungen. Innerhalb sechs Wochen wird nun die Neuwahl stattfinden, es gilt daher schon jetzt für jeden Genossen: „Auf zu neuer Arbeit mit neuer Kraft, schafft Aufklärung unter den Einwohnern, damit bei der kommenden Wahl das Alte, Morsche bricht.

Rundfunk

Sonnabend, den 19. März:

4,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle. Dirigent: Gustav Agunte.
6—6,15 Uhr: Funkbastelstunde.
6,15—6,30 Uhr: Walter Großmann vom Gewerkschaftsbund der Angestellten: „Aus der Praxis des Arbeitsrechts."
6,30—7 Uhr: Peter Gast: „Von Schachtourneren und Schachmeistern."
7—7,30 Uhr: Amtsgerichtsrat Dr. Schilling: „Alltägliches aus dem Mietrecht."
7,30—8 Uhr: Vortragsreihe: „Charakterologie" (Charakterkunde). 4. Vortrag. Dr. Hermann Boeßneck: „Das Wesen des Genies."
8 Uhr: Wettervoraussage, Schneebericht und Zeitangabe.
8,15—12 Uhr: Kleine Künstlerspiele.
Dazwischen 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

Arbeiter-Radio-Klub Pirna. Sonnabend, den 19. März, abends 7,30 Uhr im Volkhaus Pirna Bastelabend. Die Funkfreunde bringen ihre Apparate mit. Am ersten Sonnabend im April findet ein Lichtbildervortrag statt.

Wetterdienst für den 18. und 19. März. Zunächst noch heiter, später zeitweise starke Bewölkung, trocken. Flachland sehr mild. Schwache bis mäßige Winde aus süd- bis westlichen Richtungen. — Luftdruckverteilung: Hoher Druck Südwest und Mitteleuropas. Kern 775 Millimeter Oberbayern, über 775 Millimeter Pyrenäenhalbinsel, Südfrankreich.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostsachsenteil: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden. — Druck: „Peuvag", Druckereifiliale Dresden.

Aus Ostsachsen

Auf zur Demonstration gegen die reaktionäre Reichsregierung, gegen das geplante Reichskonkordat und für ein fortschrittliches Reichsschulgesetz!

Weltlicher Schulverein Cotzmannsdorf. Freidenker Gruppe Cotzmannsdorf. SPD und KPD Gruppe Cotzmannsdorf. Sportkartell Cotzmannsdorf und Umgebung.

Stellen 3,15 Uhr Sonntag, den 20. März, am Lindengarten in Cotzmannsdorf.

Roter-Jungfront-Kommers

Sonnabend, den 19. März, 8 Uhr im Radbeck, Gittersee: unter Mitwirkung der Schalmeienkapelle, Rezitationen u. a. Eintritt frei.

Bannewitz. Sonnabend, den 19. März, abends 8 Uhr, findet im Gasthof Bannewitz eine Werbeveranstaltung und Märzgefallenenfeier der Roten Frontkämpfer statt. Mitwirkende sind ein Sprechchor von Dresden und die Schalmeienkapelle. Der Besuch dieser Veranstaltung ist jedem zu empfehlen. Eintritt 19 Pf.

Freital! Massen heraus!

Arbeitsmänner und -frauen des Plauenschen Grundes! Auf zur Massendemonstration der Freidenker Sonntag, den 20. März, vorm. 9 Uhr ab „Steiger"-Garten, Freital-Potschappel, durch die Stadt nach dem Sportplatz in Freital-Niederhäslich.

Losung: Kampf der schwarzen Reaktion! Gegen die reaktionäre Reichsregierung!

Kein Werktätiger bleibe zu Hause! Es ist Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters, Angestellten, Beamten und vor allem der proletarischen Frauen, sich an der Demonstration zu beteiligen!

Russisches Balalaika-Orchester in Tharandt.

Den vielfach geäußerten Wünschen der arbeitenden Bevölkerung, für einen ihrem Einkommen angemessenen Eintrittspreis gute künstlerische Darbietungen geboten zu erhalten, wird durch die Ortsgruppe der Roten Hilfe entsprochen durch Abhaltung des Konzertes. Dasselbe findet Sonnabend, den 19. März, abends pünktlich 8 Uhr im Stadtbad-Hotel Tharandt statt. Eintrittspreis im Vorverkauf 0,50 M., an der Kasse 0,60 M., Ermäßigte 0,30 M. Allen Musikfreunden, sowie Förderern unserer Bewegung sei das Anlaß, um die einmalig gebotene Gelegenheit auszunützen.

Rähnitz-Hellerau. Wir machen noch einmal besonders auf die günstige Möglichkeit zum Kirchenaustritt aufmerksam, die nur noch an den beiden nächsten Sonnabenden, den 19. 3. und 26. 3., von nachm. 4—5 Uhr im Rathaus — Zimmer 3 — besteht. Nach Ablauf dieses Ausnahmezustandes kann der Kirchenaustritt nur noch während der üblichen Dienstzeit im Rathaus ab 1. 4. 1927: von vorm. 7 bis nachm. 3 Uhr, Sonnabends von vorm. 7 bis nachm. 2 Uhr — erklärt werden. Gewisse Immunen verlangen den Nachweis über Religionsbekenntnis und erfolgte Konfirmation bei der Lehrlingsannahme. Viele Arbeitgeber massen sich diese Kontrolle ebenfalls an. Geht auf diese Anfrage der Gesinnungsfreiheit die richtige Antwort und tretet in Massen aus der Kirche aus, sorgt für Bekanntgabe, Propagierung des Austrittsgedankens und rüttelt die Lauen und Indifferenten auf.

Ottendorf-Okrilla. Freitag, den 19. d. M., abends 8 Uhr werden im Saale des „Hirsch" die Schulabgänger der Volksschule in einer einfachen Feier entlassen. Jedermann ist bestens willkommen.

Radeberg. Zur Wahl der Elternräte teilt uns der Rat mit: Am 15. Mai 1926 läuft die Wahldauer der Elternräte an den Radeberger Volksschulen ab. Der Schulausschuß hat mit Zustimmung des Stadtrates beschlossen, ihre Neuwahl Sonntag, den 15. Mai 1927, abzuhalten. Der Elternrat besteht an der Knabenschule aus sieben, an der Mädchenschule aus sieben, an der Schule im Stadtteil Leppersdorf aus fünf Mitgliedern. Der Wahlausschuß besteht aus dem Unterzeichneten als Wahlkommissar, den Stadtverordneten Christ und Eine als Beisitzern. Stellvertreter des Wahlkommissars ist Bürgermeister Dr. Weise. Der Wahlausschuß hat die Schulleiter Hilbert, Meisner und Keller als Wahlvorsteher, die stellvertretenden Schulleiter Lehmann, Jumpe und Steglich als ihre Stellvertreter ernannt. Die Mitglieder der Elternräte werden in geheimer Abstimmung nach der Verhältniswahl auf Grund von Wahlvorschlägen gewählt. Die Wahlvorschläge sind spätestens bis zum 2. Mai beim Wahlkommissar einzureichen. **Zu ihrer Einreichung wird hiermit aufgefordert.** Sie dürfen nicht mehr als 15 Namen enthalten und müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Von jedem Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. In den Wahlvorschlägen sind die Bewerber in erkennbarer Reihenfolge mit Auf- und Familiennamen, Stand und Wohnort aufzuführen und so deutlich anzugeben, daß über ihre Person kein Zweifel besteht. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes, sowie ihrer Wohnung oder ihrer Geschäftsräume beifügen. Für jeden Wahlvorschlag soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und zur Rücknahme des Wahlvorschlages bevollmächtigt ist. Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als solcher. Die Mängel der Wahlvorschläge können nur bis zum 8. Mai 1927 beseitigt werden. Der Wahlausschuß entscheidet am 2. Mai über die Zulässigkeit der Wahlvorschläge. Die zugelassenen Wahlvorschläge werden spätestens fünf Tage vor dem Wahltage bekanntgemacht.

Arbeitersport

Fußballvorschau für den 20. März.

Pirna 1—Zschachwitz 1. Zschachwitz gehört gewiß mit zu unseren besten Durchschnittsmannschaften, gegen die Pirnaer jedoch werden sie schwer zu kämpfen haben, um ein günstiges Resultat erzielen zu können. Ohne Voreingenommenheit muß man den Platzbesitzern im voraus den Sieg zusprechen. (4 Uhr.)

Sörnewitz 1—DBW 1. Nach der jetzigen Form der Auswärtigen wird es ihnen wohl nicht gelingen, den Gitterseern das Nachsehen zu geben. DBW wird sich bemühen, ein möglichst zahlenmäßig klares Resultat zu erzwingen. (4 Uhr.)

Löbtau 1—Wilschdorf 1. Löbtau wird die Oberhand behalten. Die Dresdner sind wieder im Kommen, während Wilschdorf in letzter Zeit auffällig nachgelassen hat. (3,30 Uhr.)

Pieschen 1—Potschappel 1. Die Dresdner sind gegenwärtig tatsächlich nicht mehr als glatter Durchschnitt. Gegen die beständigen Freitaler werden sie wohl auch auf eigenem Platz, wenn auch nur knapp, unterliegen. (4 Uhr.)

Heidenau 1—Fortschritt 1. Heidenau wird aus dem Spiel gegen Radebeul die nötigen Lehren gezogen haben. Unterklassige Gegner kämpfen jedoch gegen „Größen" stets mit verbissener Zähigkeit und gar manches Mal gabs eine böse Ueberraschung. (3,30 Uhr.)

Radebeul 1—Riesa 1. Nach den am Vorsonntag gezeigten Leistungen wird es den Gastgebern wohl möglich sein, daß letztere Ende für sich zu behalten. Riesa wiederum möchte gar zu gern das gesunkene Ansehen durch einen glatten Sieg wieder heben. Jedenfalls ist ein interessanter Kampf zu erwarten. (3,30 Uhr.)

Coswig 1—Weißig 1. Die Austragung dieses Spiels ist noch in Frage gestellt. Beginn bei Austragung 4 Uhr.

Weitere Spiele: Kleinnaundorf 1—VfB Cunnersdorf 1 (3); Lockwitz 1—1885 1 (3); VfR 1—Friedrichstadt 1 (3); Cossebaude 1—Radeberg 2 (3,30).

Untere Mannschaften: Radebeul 2—Zschachwitz 2 (12,30); Pirna 1—Lohmen 1 (11); Cotta 3—Löbtau 3 (3); Cotta 4—Löbtau 4 (1,30); Klotzsche 1—02 2 (3,30); Potschappel 2—DBW 2 (?); Rabenau 1—Somsdorf 1 (3); DBW 3—Friedrichstadt 3 (3); Coswig 3—Cossebaude 3 (12,30); Coswig 2—Sörnewitz 2 (2); Coswig 3—Weinböhla 1 (3); Coswig 3—Neustadt 5 (10); Kaditz 1—DSV 2 (3); Pieschen 3—Potschappel 3 (2,30); Weißig 3—Dölzschen 2 (1); Weißig 4—Dölzschen 3 (11); Pohna 3—Kreischa 3 (2); Fortschritt 2—Heidenau 5 (2); Radebeul 3—Heidenau 3 (12,30); Radebeul 4—Heidenau 4 (11); Radebeul 2 gegen Zschachwitz 2 (2); Rotwerndorf 1—Glashütte 1 (4); Rotwerndorf 2—Graupa 3 (2); Mühlbach 2—Striesen 2 (1,30); 1885 2—Rötzschenbroda 2 (10,30); Lockwitz 2—Deuben 2 (12); Zschachwitz—01 3 (1,30); Neustadt 2—Helios 2 (2); Neustadt 4 gegen Laußnitz 1 (12,30); Neustadt 5—DSV 5 (11); DSV 3—Neustadt 3 (1,30); Kleinnaundorf 3—VfB 12 2 (1,30); Langenau 1—Wilmsdorf 1 (4); Langenau 2—Hühnichen 1 (2); Heidenau 2—Zehista 1 (2); Krippen 1—Königstein 1 (1); Zehista 2—Königstein 2 (4); Ottendorf 1—Dölzschen 1 (4); Ottendorf 2—Dölzschen 2 (2); Brand-Erbisdorf 1—01 2 (4); Pohna 2—Birkigt 2 (4); Brand-Erbisdorf 2—Zauckerode 2 (2); Kamenz 3—Friedrichstadt 2 (2,30); Hückeswagen 1—Bienenmühle 1 (4); Leppersdorf 2—Bienenmühle 2 (2); Dippoldiswalde 1—Dölzschen 1 (3); Dresden-Süd 1—Kreischa 1 (4); Kreischa 2—Pohna 2 (4); Cossebaude 2—Graupa 2 (?).

Altersklasse: Pirna—DSV (8,30); Eintracht—Deuben (1,30); 01—Kamenz (10); Neustadt—Heidenau (9,30).

Jugend: DSV—Friedrichstadt (9); Kleinnaundorf—DBW 15 (10); VfR 1885 (10); Cotta 1—Pieschen 1 (3); Cotta 3—Löbtau 2 (11).

Knaben: Cossebaude—Dölzschen (12); Radebeul—DSV (9); Cotta 1—Löbtau 1 (2,45); Cotta 2—Eintracht 2 (1,30).

Vereinsnachrichten:

Die **Dresdner Sportfreunde 09** teilen mit, daß der Verein jeden Abend von 7 bis 9 Uhr in Radschinkas Restaurant, Telephon 51 707, zu erreichen ist.

Bekanntmachung d. Spielausschusses, 4. Bez. Genehmigungen zum Tragen folgender Spielkleidung haben erhalten: Bischofswerda grün-schwarz, Demitz/Thumitz rot-schwarz, Medewitz blau-schwarz, Niederneukirch weiß-schwarz, Großdubrau weiß-weiß. Gen. Gocht, Leutersdorf, erhält ab 1. März Spielerlaubnis. 24. April Spielverbot, alle Turnspieler müssen in Ebersbach zum Werbelauf vertreten sein. Löbau ist die Genehmigung, weiß-weiß zu tragen, entzogen worden. Jeder laufende Verein ist verpflichtet, das Resultat nach Ende des Spieles sofort an Genossen Zentsch, Leutersdorf zu senden.

Leichtathletik-Vereinigung Groß-Dresden. Sämtliche Vereine, die zum Bezirkswaldlauf am 27. März Meldungen abgegeben haben, haben am **Sonnabend, dem 19. März, abends von 6—7 Uhr** Programme zum Vertrieb abzuholen. Verteilungsstelle: Dresdner Volkshaus, Garderobe. Verteiler: Gen. Eichler. Preis des Programms 10 Pf. Alle Vereine müssen für regen Vertrieb besorgt sein.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Sonnabend, den 19. März:

Johannstadt. Mitgliederversammlung im Sportheim, Dürerplatz, 7,30 Uhr. Bericht vom Parteitag.

Neustadt-Ost 3. Märzgefallenen-Feier bei Wieleranders, Kasernenstraße, 7,30 Uhr. Sympathisierende willkommen. Eintritt frei.

Südwest (Löbtau). Wir beteiligen uns am Sonnabend, den 19. März, nachmittags, an der Kirchenaustrittsdemonstration der Freidenker (siehe Versammlungsanzeige Freidenker), sowie abends an der Märzkundgebung im Gasthof Roßthal.

Cotta. Mitgliederversammlung im Luftbad, 7,30 Uhr.

Pieschen. Mitgliederversammlung der Straßenzellen im Bürgerhof, Bürgerstraße, 7,30 Uhr.

Straßenzelle Plauen. Funktionärsitzung bei Genossen Conrad, 7,30 Uhr.

AG Bannewitz. Märzgefallenen-Gedenkfeier, veranstaltet vom RFB Bannewitz im Gasthof Bannewitz, abends 8 Uhr. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen. Sympathisierende werden eingeladen. Reichshaltiges Programm. Eintritt frei.

Ortsgruppe Gorbitz. Märzgefallenen-Feier im Gasthof Reitzenhain. Einlaß 6,30 Uhr. Anfang 7,30 Uhr.

Heidenau. Mitgliederversammlung in der Börse, 7,30 Uhr.

Arbeitsgebiet Lausa. Abends 8 Uhr wichtige Arbeitsgebiets-Mitgliederversammlung in Hermsdorf, in der Turnhalle. RFB und RJ haben sich daran zu beteiligen. Referent vom Bezirk. Tagesordnung: Bericht vom 11. Reichsparteitag und die politische Lage in China.

Sonntag, den 20. März:

Striesen. Märzkundgebung am 20. März, 9 Uhr vormittags, Altenberger Platz. Stellen der Gruppen zur Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzgefallenen und Demonstration. Restlose Beteiligung der Genossinnen und Genossen, sowie der Mitglieder der beteiligten Organisationen wird erwartet.

Südwest. Märzkundgebung am 20. März. Stellen der Parteigenossen an ihren Parteilokalen vormittags 9,30 Uhr.

Plauen. Knäsels Restaurant, Kielmannseggstraße.

Löbtau. Unterer Teil Bürgergarten, oberer Teil Bahnhof-Bünaustraße.

Cotta. Lübecker Hof, Lübecker Straße.

Kaufbach. Scharfe Ecke, Kesselsdorfer Straße. Von geschlossener Abmarsch nach dem Roßthal-Wallwitz-Platz, treffen 10,15 Uhr.

Kranzdelegationen stellen die einzelnen Zellengruppen.

Kommunistischer Jugendverband

Sonnabend, den 19. März:

Striesen-Ost. Funktionärsitzung bei Gen. Kurt 7,30 Uhr.

Sonntag, den 20. März:

Striesen-Ost und -West. Kranzniederlegung auf dem Tolkewitzer Friedhof. Stellen mit Partei, RFB und JSV.

Arbeitsgebiet Ottendorf-Kamenz. Am Sonntag, den 20. vormittags 10 Uhr findet im Jugendheim Ottendorf eine Arbeitsgebietskonferenz statt. Die Ortsgruppen Hermsdorf, Ottendorf, Radeberg, Kamenz, Lomnitz haben je 5 Delegierte zu entsenden.

Jung-Spartakus-Bund

Ostsachsen. Alle Gruppen beteiligen sich nächsten Sonntag am Aufmarsch der Partei und Jugend zu Ehren der Gefallenen. Kein Pionier bleibt zu Hause. Jeder Pionier nimmt daran teil. Kutte und Piniertuch. — Die Pionierschule am 20. März fällt aus diesem Grunde aus. Nächste und letzte am 27. März im Parteibureau.

Dresden. Alle Gruppen stellen sich Sonntag, den 20. März, vormittags, auf den Stellplätzen der Partei zur Gedenkfeier der Märzgefallenen. Alle Pioniere nehmen daran teil!

Roter Frontkämpferbund

Sonnabend, den 19. März:

Abteilung 1. Abends 6,30 Uhr Stellen am Bürgergarten zur Märzgedenkfeier nach Roßthal.

Sonntag, den 20. März:

Groß-Dresden. Alle Abteilungen stellen auf den Stellplätzen der Partei zu den angegebenen Zeiten.

Tambourzug Groß-Dresden. 10,30 Uhr Roßthal-Wallwitz-Platz.

Schalmeienkapelle Neustadt-Ost und -West. 10,30 Uhr Kirchen-Platz.

Schalmeienkapelle Striesen. 9 Uhr Tolkewitzer Friedhof.

Schalmeienkapelle Leuben. 10,45 Uhr Hohenthalplatz.

Abteilung 1. Die Züge beteiligen sich zur Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzgefallenen wie folgt:

Zug 1 und 3: 8,30 Uhr am Frieden, Löbtau.

Zug 2: 8,30 Uhr Knäsels Restaurant, Kielmannseggstraße.

Zug 4: 8,30 Uhr Cottaer Rathaus.

Nachdem Beteiligung an der Demonstration der KPD.

Pieschen, Hellerau, Rähnitz, Wilschdorf. 9,45 Uhr Stellen Schänke Hellerau zur Märzkundgebung in Dresden.

Rote Jungfront

Sonntag, den 20. März:

Abteilung 7, 9, 10. Abends 7,30 Uhr bei Meißners Jungfront-Versammlung, alles muß erscheinen.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Sonntag, den 20. März:

Abteilung 6, Südwest. Alle Genossinnen früh 10 Uhr am Bürgergarten.

Proletarische Freidenker

Freitag, den 18. März:

Gruppe Dobritz. Abends 7,30 Uhr im Gasthof: Vortrag mit Vortrag.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. V.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Ortsgruppe Postelwitz, Bad Schandau u. Umg. Wir machen die Mitglieder auf die kommende Kirchenaustrittswoche aufmerksam. Es ist Pflicht, an Versammlungen und Flugblattpropaganda aktiv zu arbeiten. Versammlungen werden durch Handzettel bekanntgegeben. Nächste Vorbereitungsstunde Sonntag, den 20. März, 2,30 Uhr im Ringhotel Bad Schandau.

Sonnabend, den 19. März:

Gruppe Dresden-Löbtau-Plauen-Naußlitz. 4,30 Uhr findet Demonstrationsumzug als Auftakt für die Kirchenaustrittswoche statt. Stellplatz Jugendheim Löbtau, Poststraße. Rotfrontkapelle wird spielen. Alle Mitglieder und Sympathisierende werden zur Teilnahme aufgefordert.

UB Freiberg. Unterbezirkskonferenz in Brand bei Freiberg vormittags 9 Uhr. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Eine
Riesen-Ostertüte
füllen Sie
für wenig Geld
nur Qualitätsware, in den Verkaufsstellen bei
Bruno Claus
Schokoladenfabrik
Verkaufsstellen in Dresden:
Hopfgartenstraße 28 — Rampische Str. 3
Louisenstraße 38 — Leipziger Straße 63
Markgraf-Heinrich-Platz — Kurfürstenstraße 38
Oppelstraße 16
Neueröffnung: Annenstraße 52
Verkaufsstellen in Freiberg:
Obermarkt, Ecke Kaufhausgasse
Meine Billigkeit liegt im System
vom Erzeuger direkt an den Verbraucher
Deshalb der große Erfolg!

die unvergleichliche
ZIGARETTE
PASCH-EXTRA
ULEMA DRESDEN
5 Pf

Volkshaus Weißes Roß, Pirna
Sonnabend, den 19. März
Schlachtfest mit Bockbierfest
von 6 Uhr ab musikalische Unterhaltung
Sonntag, den 20. März
Feiner Ball
Es laden ergebenst ein
P. Lindemann und Frau

Der schwarze Sonntag naht!!

Die Abteilung Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung beim Arbeitsnachweis Freital und Umgegend
hat noch Lehrstellen
für folgende Berufe zu besetzen:

Schlosser	Feilenhauer
Dreher	Stuhlbauer
Hobler	Zigarrenmacher
Former	Zigarrenmacherinnen
Nadler	Zigarrensortierer

Bewerber für solche Stellen können sich melden in der
Geschäftsstelle: Freital, Lange Straße 19
Geschäftszeit 8 bis 4 Uhr, Fernruf 695

[illegible] von das Geld, bestimmungsrecht der Gemeind zu [illegible] andern [illegible]

[illegible]hain. Auf Antrag der Kommunisten hatte das [illegible]vertretenkollegium die Zuschläge zur Grund- und Ge[werbesteuer] abgelehnt. Die Vertreter der Deutschnationalen, [illegible] Kleinbauern sind, mußten zugeben, daß eine größere [illegible] der Steuerzahler nicht mehr tragbar ist und stimmten [illegible] Antrage zu. Aber es sollte anders kommen. Die Amts[hauptmann]schaft konnte es nicht dulden, daß die Gemeinde [illegible] als einzige im Bezirk keine Zuschläge zur Grund- [und Gewerbe]steuer erhebe. Deshalb wurde ein Vertreter zur [Prüfung] der Gemeindekasse nach Königshain gesandt und der[selbe stellte fest], daß die Gemeinde ein Defizit von 6000 M. hatte. [Die Amtshaupt]mannschaft nahm eine Entschließung der Amtshaupt[mannschaft] an, die Gemeinde Königshain anzuweisen, solange [Zuschläge] zu erheben, bis ein Darlehen von 4000 M., welches [die Gemeinde] zu Bauzwecken aufgenommen hat und auch als [solches] verwendet worden ist, getilgt sei. Darauf beantragten [die Kommu]nisten eine öffentliche Einwohnerversammlung, die [am Sonn]abend, dem 5. März, stattfand. Zu derselben war auf [Verlangen] ein Vertreter der Amtshauptmannschaft erschienen. [In der Ver]sammlung wurde von der Bürgerschaft den Ge[meindever]tretern einstimmig das Vertrauen zu ihrer Haltung [gegen] Grund- und Gewerbesteuerzuschuß ausgesprochen [und die Er]wartung gestellt, bei dem gefaßten Beschluß zu bleiben. [Die Kom]munisten erklärten, daß sie zu ihrem Antrag stehen wer[den, und] die Vertreter der bürgerlichen Parteien sagten dies, [aber man] merkte schon, daß ihre Worte stärker waren als ihr [Wille. Der] GV. Heidrich (Deutschn.) erklärte, daß er gar nie[mals für ei]nen Zuschlag von 150 Prozent eintreten werde.

[Am Do]nnerstag fand nun eine öffentliche Gemeindeverord[netensitzung] statt, mit der Tagesordnung: Stellungnahme zur [Verfügung] der Amtshauptmannschaft über Zuschläge zur Grund[- und Gewerbe]steuer. Zu dieser Sitzung waren sogar zwei Ver[treter der] Amtshauptmannschaft erschienen, diesmal ein Re[gierungsrat] selbst. Vor der Sitzung hatte schon eine Besprechung [stattgefunden] und man konnte bereits feststellen, daß der Umfall [der Bürger]lichen schon Tatsache war. Der Regierungsvertreter [versuchte] nun mit allen Mitteln auch unsere Vertreter um[zustimmen]. Die Genossen Schäfer und Riedel gaben unsere [Stellung]nahme zu dieser ungerechten Steuer und die Belastung [der breiten] Masse in trefflichen Worten zum Ausdruck. Sie [zeigten das] wahre Gesicht des heutigen Staates, daß derselbe [kein] Beschützer der Unterdrückten sei, sondern immer die [Besitzenden] auf jede Weise schone. Man solle sich ein Beispiel an [Rußland] nehmen, wo man die Schmarotzer und Ausbeuter zum [Teufel] gejagt habe. Sie erklärten, daß sie auch heute wieder [die Zuschläge] zur Grund- und Gewerbesteuer ablehnen. Der [Regierungs]rat konnte die Ausführungen unserer Genossen nicht [widerlegen]. Hierauf folgte eine Fraktionsbesprechung der Bür[gerlichen, u]nd nach zehn Minuten erklärten sie, daß sie einen [Zuschlag] von 150 Prozent annehmen werden für das Jahr 1926 [und für] 1927 100 Prozent. Die Erklärung gab der GV. Heidrich [ab, der]selbe, der in der Einwohnerversammlung garantierte, [einem Zu]schlag von 150 Prozent nie zuzustimmen. Also der Um[fall ist] Tatsache. Nun ihr Wähler, die ihr eure Meinung [in der] Einwohnerversammlung zur Geltung gebracht habt, was [sagt ihr] jetzt? Es wird euch vielleicht gesagt werden, ihr braucht [es nicht] zu bezahlen, aber ihr werdet es zu spüren, wenn ihr [es] bezahlen werdet. Der Zentrumsvertreter Deckwart [wollte] auch noch die Wohlfahrtseinrichtungen in der Gemeinde [nicht] wissen. Sozial- und Kriegsrentner, genau so wie im [Reich,] sieht auch das Gesicht der bürgerlichen Vertreter in der [Gemei]nde aus!

Arbeiter und Kleinbauern, wer vertritt eure Interessen im Reich und in den Gemeinden? Die Kommunisten, weil sie nur eine Lösung aus der heutigen Wirtschaftsanarchie euch bringen können, natürlich mit eurer Unterstützung. Deshalb hinein in die rote Klassenfront! Helft mit an der Befreiung des Proletariats. Kleinbauern, denkt an eure Brüder im großen Bauernkrieg, ihr habt eine revolutionäre Tradition, seht auf eure Brüder in Rußland und schließt die rote Front in Stadt und Land.

Werbet Leser der Lausitzer Bauernzeitung und der Arbeiterstimme, den einzigen Zeitungen, die eure Interessen rücksichtslos vertreten!

Arbeitersport

Arbeitersportkartell Dresden. Die Generalversammlung am 19. März findet nicht im Volkshaus, sondern im Volkswohl (Trianon), pünktlich 6 Uhr statt.

Arbeiter-Samariterkolonne Dresden, 4. Bezirk. Freitag, den 18. März: Uebungsabend in der Schule Melanchthonstraße, mit Vorführung des Aerztebestecks. — Montag, den 21. März: Vierteljahresversammlung im Kurfürst Moritz, Eisenbergstraße.

Arbeiter-Samariterkolonne e. V. Dresden. Die Kolonne Dresden veranstaltet am kommenden Sonntag in den Alhambra-Lichtspielen eine medizinische Filmvorführung. Beginn 11 Uhr, Eintritt 50 Pf. Die Bezirksführer werden ersucht, die Karten zur Filmvorführung am Sonntag, vorm. 9 Uhr, in der Geschäftsstelle abzurechnen. — Die Bezirkskassierer müssen am 28. März unbedingt abrechnen, da Quartalsschluß.

Verein für volkstümlichen Wassersport, Abt. Altstadt-Ost. Sonnabend, den 19. März, abends 7.30 Uhr: Mitgliederversammlung im Volkshaus. Der SPD-Genosse Bielig aus Dresden-N. hält einen Vortrag über seine Erlebnisse in Rußland. Es wird gewünscht, daß alle Mitglieder die Versammlung besuchen. — Sonntag fährt unsere Abteilung nach Leipzig zur Besichtigung der Bundesschule. Der Zug fährt früh 5.02 ab Hauptbahnhof, 5.15 ab Neustädter Bahnhof. Treffen eine halbe Stunde vor Abgang des Zuges. Sonntagsfahrkarte lösen, kostet 5.20 M. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Seht euch eure Hochschule an!

Fußballabteilung Cotta Sonnabend, den 19. März, abends 8.30 Uhr im Luftbad Vortrag des Genossen Schreiber: „Wie kann man das Fußballspiel sozialistisch beeinflussen?"

Turn- und Sportverein Freital-Birkigt. Fußballabteilung. Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr: Versammlung bei Eichlers. Alles erscheinen betr. Mannschaftsaufstellung.

BfB 12 Cunnersdorf macht auf den am 19. März abends 7 Uhr stattfindenden Theaterabend „Der Weg zur Hölle" aufmerksam.

Fußballabteilung Radebeul. Sonnabend, den 19. März, 7.30 Uhr in der Rosenschänke, Radebeul, Versammlung. Vortrag des Genossen Kohl. Erscheinen aller ist Pflicht!

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgr. Zschachwitz. 19./20. März: Besuch des Lichtbildervortrages der Ortsgr. Pirna. „In der Schnee- und Eiswelt des Berner Oberlandes". Ref. Gen. Escher, Zürich. Anschließend an den Vortrag: Mondscheinwanderung nach dem Königsteiner Heim, daselbst Sonntag Arbeitstag. Abf. 19. März, 6.43 Uhr. F.: Max Pietsch. — 23. März: Vortrag: Renaissance in Italien. Ref. Gen. Fritsche.

Athletik-Sportklub Heidenau. Sonntag, den 20. März, nachmittags 2.30 Uhr im Schützenhaus Heidenau: Letzter Ausscheidungs-Ringkampf um die Sachsenmeisterschaft 1927. Es starten: 1. Ringermannschaft „Fellen 21" Leipzig gegen 1. Ringermannschaft Athletik-Sportklub Heidenau.

Rößlers Salon / Neugersdorf i. Sa.

Sonnabend den 19. und Sonntag den 20. März

Gr. Saalfest

(Ein Volksfest am Rhein)

Große turnerische und sportliche Aufführungen
Herrliche Dekoration / Wundervolle Lichteffekte

In der Zwischenzeit
Oeffentlicher Tanz

Anfang Sonnabend 7 Uhr / Sonntag 5 Uhr
Eintrittspreis (inklusive Steuer) 50 Pfennig

Um gütige Unterstützung durch zahlreichen Besuch bittet das Arbeiter-Sportkartell

Central-Theater Bautzen

Ab heute Freitag
Der Welt gewaltigster Film!
Ben Hur
12 Akte nach dem berühmten Roman von **Lew Wallace**
Der Film der 150000 Mitwirkenden
Täglich zwei getrennte Vorstellungen!
Beginn Punkt 1/4 7 u. 3/4 9 Uhr
Sonntag drei getrennte Vorstellungen und zwar um 5, 7 und 9 Uhr
Karten im Vorverkauf an der Kasse des Central-Theaters während der Zeit von 11 bis 1 Uhr vorm., 3 bis 5 Uhr und ab 6 Uhr abends.
Die gelösten Karten gelten nur zu der auf der Karte aufgestempelten Vorstellung. Während der Film läuft findet kein Einlaß statt.
Jugendliche haben Zutritt!
Ehren-, Dauer- und Vorzugskarten haben keine Gültigkeit

Palast-Theater Bautzen

Freitag bis mit Montag
Der Film der 1000 Abenteuer
Die Ratte von Paris
Ein Abenteuer in 7 Akten aus der Seine-Stadt, wo es am dunkelsten ist. Paris bei Tag und Nacht.
In den Hauptrollen: R. Scholz, Ivor Novello und Mae Marsh.
Außerdem:
Fräulein Mama
6 Akte aus dem Leben eines Gutsbesitzers und dessen Töchter.
In den Hauptrollen: Helene Haller, Grete Reinwald und Margarete Kupfer.
Beginn: Wochentags 1/2 5 Uhr, Sonntags um 4 Uhr

D **Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost-Sachsen** D

DRESDEN
Milch, Molkerei-Produkte — **Drema A.G.** Dresden, Würzburger Straße 9 — Sonstige Lebensmittel 26125

DRESDEN
Reserviert

TAUBENHEIM
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Emil Gärtner 26120

Germania-Drogerie — Farben und Drogen, Kolonial- und Tabakwaren 2612[illegible]

Oswald Striegel — [illegible] und Manufakturwaren 26122

BEIERSDORF
E. W. Kretschmer Nachfl. Max Hoffmann — Kolonialwaren, Kurz- und Galanterie-, Spiel- und Zuckerwaren-Geschäft 26312

NEUSALZA-SPREMBERG
Max Erbe, Ofensetzmeister — Reparaturwerkstatt, Spezialität: Sparofen 26322

Kurt Pinkert — Pelzwaren, Hüte, Mützen, Spezialität: RFB-Mützen 26321

Wilhelm Wünscher — Gasthof grüner Baum 26320

Farben und Lacke — [illegible] Tietze 26319

NEUSALZA-SPREMBERG
Gustav Hofmann — Musikhandlg., Spez. Schalmeien 26318

Wilhelm Böhmer — Fleischerei 26317

Julius Scharf — Kolonialwaren, Tabak und Zigarren 26316

Otto Fiedler — Kolonial- und Feinkosthandlung 26315

C. A. Scheffler — Woll- und Baumwollwaren 26314

Ad. Menzels Nachf., K. Fiebiger — Größtes Lager und billigste Einkaufsquelle für Herren-, Damen- und Kinder-Manufaktur. Arbeiterbekleidung 26313

Otto Meißner — Zigarren und Tabakwaren 26296

THAMS & GARFS — Neusalza-Spremberg, Obermarkt 26295

Ober- u. Niederfriedersdorf
Kurt Schuster, Oberfriedersdorf — Fahrräder / Nähmaschinen / Reparaturen, Günstige Teilzahlung 26302

Kretscham, Oberfriedersdorf — Inh. Otto Kasler 26300

Oskar Hensel, Oberfriedersdorf — Fleischerei, Wurstwaren 26297

Hermann Lehmann — Fleischerei mit elektr. Betrieb, Niederfriedersdorf 26299

Friedrich Thiele — Kolonialwaren, Niederfriedersdorf 26298

Ernst Böhmer, Niederfriedersdorf — Brot- und Weißbäckerei 26301

OPPACH
Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturen. Günstige Teilzahlung. Oskar Förster / Oppach 26304

OPPACH
Otto Gruhle — Brot- und Feinbäckerei 26311

Richard Daberitz / Oppach — Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren 26310

Adolf Völkel / Oppach — Kolonialwaren / Zigarren / Tabake 26309

Kino Ebersbach — Oppach-Sohland, bringt laufend die neusten Arbeiter-Filme 26307

Gasthof „Heiterer Blick" — Inh.: Wilh. Seidemann / Oppach 26308

Herren-, Damen-, Kinder- u. Arbeiter-Bekleidung — Adolf Weirich / Oppach 26306

Kaufhaus Kuscht / Oppach — Die vorteilhafteste Einkaufsquelle für jedermann 26305

Reinhold Pietschmann — Feine Fleisch- und Wurstwaren 26123

[illegible]
Fleisch- und Wurstwaren Paul Frenzel — Bahnhofstraße 9 27410

[illegible] — Mützen — Herrenartikel Heinrich Drack — Kirchstraße 15 27[illegible]

[illegible], Hermannstraße 3 — [illegible]handlung — Aufschnitte 27483

Rd. Desselberger — [illegible] Dresdener Straße 1 27419

[illegible]haus Paul Giesold, Altmarkt 27[illegible]

Max Weise — [illegible] Bahnhofstraße, Ecke Markt 27468

[Bisch]ofswerdaer Käserei — Inh.: Bruno Preitzsch — Täglich frische Milch, Butter, Sahne und Käse 27467

[illegible]waren — Fischhandlung — [illegible] Bautzner Straße 1 27460

[illegible] 27420

BISCHOFSWERDA
Paul Seibel, Altmarkt 21 — [illegible]waren — Kon[fekti]onen 27459

Hermann Meier — Damen- und Herren-Friseur. Bahnhofstraße 5 27458

Sanitätshaus Richter — [illegible] Bahnhofstraße 27457

Martin Schreier, Schmiedegasse 2 — Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen, Reparatur 27456

Zigarrenhaus Reinhold Melzer — Bahnhofstraße und Kirchstraße 27428

Kohlen — Holz — B. Eisenbeiß & Sohn 27421

Walter Miethe — ff. Fleisch- u. Wurstwaren, Spez.: ff. Aufschnitte, Neustädter Str. 11 27464

Schuhhaus Elsner — Mechan. Reparaturwerkstatt 27426

Einkehrhaus Felsenkeller — Neustädter Str. 10 — Radfahrerstation — ff. Biere 27425

Gastwirtschaft — Fleischerei Erwin Ziegenbalg — Bautzner Straße 5 27461

Gasthof „Zum neuen Anbau" — Jeden Sonntag öffentl. Ball 5—7 Uhr Tanz frei. Hedwig verw. Haufe 27463

FREIBERG
Neues Lichtspielhaus — Stadtpark Freiberg, Fischerstraße 21 — Größtes Theater — 800 Plätze 26786

Arthur Neubert & Co. — Stollnhausgasse 7 — Fahrräder — Nähmaschinen — Sprechapparate — Neuzeitliche Reparaturwerkstatt 26788

Kräutergewölbe — Robert Stahr, Weingasse 1 empfiehlt Tarragona Ltr. M 1.35, Malaga Ltr. M 2.00 26787

OTTENDORF-OKRILLA
Hermann Krüger — Kolonialwaren 26783
Kreuz-Drogerie Fritz Jaekel — Drogen — Farben, Parfümerien, Spirituosen, Sämereien 26784

Hermann Knöfel — Kolonialwaren, Delikatessen und Konserven, Radeberger Straße 26785

LAUSA b. Dresden
Max Sickert — Lausa b. Dresden — Lohn-Lastkraftwagen, Spedition / Kohlen — Fernruf: Amt Hermsdorf Nr. 107 26878

KLOTZSCHE-HELLERAU
Georg Groß — Brennmaterial / Getreide und Futtermittel — Klotzsche, Hauptstr. 12, Tel. 68 26886

DEMITZ-THUMITZ (SA.)
Herrenschneiderei, Maß- und Konfektionsgeschäft Johann Krebs 27432

Gasthof zur Erholung — Gastwirtschaft und Fleischerei. Paul Beyer 27431

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, Nudelfabrikation Arthur Lange, Nr. 40 27430

Fuhrgeschäft Max Meißner 27429

CUNEWALDE
Drogerie M. Meißner, Nr. 129 — Billigste Bezugsquelle für Drogen, Photos, Farben, Kolonialwaren, Schokoladen usw. 27618

Gasthof „Blaue Kugel" — Jeden Sonntag Tanzmusik 27619

Franz Haase — Weiß- u. Feinbäckerei. Nr. 358 b 27620

Adolf Graf — Eisenwaren und Küchengeräte. — Nr. 446 27621

Schuhhaus Julius Berger — Reparaturen werden bestens ausgeführt 27622

Fleischerei Carl Hempel — empfiehlt seine preiswerten Fleisch- und Wurstwaren 27623

Kolonial- und Textilwaren Gustav Mutscher, Nr. 22 27624

Kutschke's Erben — Gasthof / Konzert- und Ballsaal / Arbeiterheim 27625

TAUBENHEIM
Richard Wagner, Taubenheim-Sohland — Fahrzeuge und Maschinen, elektrische Artikel 27617

Der hohe Nährwert von Hülsenfrüchten

und die Wichtigkeit derselben für die Gesundheit des Menschen ist vielen Verbrauchern leider noch viel zu wenig bekannt. Ein vollwertiges Nahrungsmittel muß genügende Mengen an **Eiweiß, Kohlehydraten, Fetten** und **Vitaminen** enthalten. Diesen Anforderungen entsprechen **Hülsenfrüchte** namentlich im Hinblick auf ihren **hohen Eiweißgehalt**, der sich bei

Weißen Bohnen und Erbsen auf 23%, bei Linsen auf 26% Eiweiß

stellt. Deshalb müssen Hülsenfrüchte namentlich in der Zeit, in der frische Gemüse knapp und teuer sind, **oft und reichlich verzehrt** werden. Wir empfehlen in

einwandfreier Beschaffenheit u. unter Gewähr guten Kochens

Erbsen

ungeschälte Viktoria-	Pfund	45 ₰
geschälte gelbe halbe	Pfund	45 ₰
geschälte gelbe halbe Riesen-	Pfund	50 ₰
geschälte gelbe ganze Riesen-	Pfund	55 ₰
gut verlesene grüne Erbsen	Pfund	40 ₰

Weiße ungarische
Perl-Bohnen
besonders preiswert
Pfund **18** Pf.

Linsen

beste russische

kleine	Pfund	28 ₰
mittle	Pfund	38 ₰
größte	Pfund	48 ₰

Weizenmehl

in seit Jahren bewährten ausgiebig. guten Marken

Prima Auszugmehl	Pfund 27 ₰	Weizenmehl OOO	Pfund 24 ₰	Diamantmehl	Pfund 31 ₰
Kaiser-Auszugmehl, griffig	Pfund 30 ₰	Kartoffelmehl, blendend weiss	Pfund 34 ₰	Diamantmehl	5-Pfund-Beutel 165 ₰

Schweineschmalz

bestes nordamerikanisches Purelard von allerersten Abladern, in frischer Beschaffenheit ..... Pfund **80** ₰

Kokosfett, lose	Pfund 65 ₰	Margarine lose	Pfund 64 ₰	Bestes Speiseöl	Pfund 75
Rinderfett, lose	Pfund 65 ₰	in Würfeln	Pfund von 74 ₰ an	Best. Speise-Leinöl,	Pfund 65

Kokosfett „Edezetin"

die Marke der Einkaufsgesellschaft deutscher Zweiggeschäfts-Betriebe im Lebensmittelhandel m. b. H., der wir angeschlossen sind

Jedem Konkurrenz-Erzeugnis an Güte, Reinheit und Fettgehalt ebenbürtig

70 ₰ je 1-Pfund-Tafel

Allerfeinste
Molkerei-Tafelbutter
¼-Pfd.-Stück **110** Pfennig

Eier
große, schwere, vollfrische holländische Trinkeier
Stück **13** Pfennig

Amerikanische
Vollmilch

ohne Zucker	16-oz-Dose	60 ₰
ohne Zucker	6-oz-Dose	32 ₰
gezuckerte	14-oz-Dose	80 ₰

Beste schottische **Vollheringe** Pfund **48** ₰

Beste gutkochende **Kartoffeln** 10 Pfund **65** ₰

Auf den **vollen Betrag** vorstehender Preise gewähren wir **Einkaufs-Gutscheine**, die am Jahresschluß mit

6% Rückvergütung

in bar ausbezahlt werden.

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz

A.-G., Zweigniederlassung Dresden

Die gegenwärtigen Hauptaufgaben der KPD.

Auszüge aus den Beschlüssen des XI. Parteitages der KPD. in Essen

Nachfolgend veröffentlichen wir aus den wichtigsten Beschlüssen des 11. Parteitages die Abschnitte, in denen die praktischen Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Periode behandelt werden. Der Gesamtwert der Beschlüsse erscheint in kürzester Zeit in einer Broschüre zusammengefaßt, die den breitesten Kreisen der Mitgliedschaft zugänglich gemacht werden muß.

I.

Die politischen Aufgaben der Partei

Die vom Zentralkomitee vorgelegten und vom Parteitag fast einstimmig angenommenen Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei behandeln einleitend die internationalen Fragen, vor allen Dingen die kapitalistische Stabilisierung und die imperialistische Kriegsgefahr. Anschließend folgt ein Kapitel über die Entwicklung des neuen deutschen Imperialismus, das überleitet zu dem Abschnitt, der sich mit der Offensive des Kapitals und der kapitalistischen Rationalisierung beschäftigt. Die kapitalistische Rationalisierung wird als wichtigste und allgemeine Form der kapitalistischen Offensive festgestellt.

Im nächsten Abschnitt wird die Neugruppierung der Klassenkräfte und die Regierung des Bürgerblocks behandelt. Dann folgt ein Abschnitt über die Rolle der Sozialdemokratie. Er geht aus von der Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Regierungsfrage. In diesem Abschnitt wird festgestellt, daß die SPD. der Hauptfeind der Partei ist, und daß innerhalb der SPD. die „linken" Führer der Hauptfeind sind, den die Kommunisten vernichtend schlagen müssen, um die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse vom Joch der reformistischen Beeinflussung zu befreien. Im folgenden Abschnitt wird die Radikalisierung der Arbeiterklasse, ihr Bündnis mit allen Werktätigen und in einem weiteren Abschnitt die Perspektiven der deutschen Revolution behandelt.

Der letzte Teil der Thesen befaßt sich mit den innerparteilichen Fragen und zerfällt in drei Abschnitte. 1. Die Lehre, Erfolge und Fehler der KPD.; 2. die gegenwärtigen Hauptaufgaben der Partei und 3. der Kampf um die bolschewistische Linie der Partei.

Nachfolgend veröffentlichen wir den Abschluß der Thesen, der sich mit den gegenwärtigen politischen Hauptaufgaben der Partei beschäftigt:

Die wichtigsten praktischen Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Situation sind folgende:

33. Erstens: Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Enthüllung der drohenden Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges, Ergreifung aller Maßnahmen zur Bekämpfung seines Ausbruchs und Vorbereitung der Massen zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Bloßlegung der treibenden Kräfte, des Wesens und der Ziele des imperialistischen Krieges. Tägliche Entlarvung der Kriegspolitik des neuen deutschen Imperialismus und der sozialdemokratischen Führer. Bekämpfung des Völkerbundes, der pazifistischen, paneuropäischen, aktivimperialistischen und ähnlichen Illusionen. Unermüdlicher Nachweis an konkreten Beispielen, daß der Krieg täglich ausbrechen kann" (Lenin). Kampf gegen die militärischen Rüstungen und die Kriegsvorbereitungen der Industrie. Größter Nachdruck auf die agitatorische und organisatorische Erfassung der Arbeiter in den Munitions- und Waffenbetrieben, besonders in der chemischen Industrie, sowie der Verkehrs- und Transportarbeiter. — Warnung vor den kleinbürgerlich-utopistischen Ideen der „Dienstverweigerung", des „Boykotts des Krieges", des „Friedensschlusses" durch die bürgerliche Regierung. Verfechtung der Leninschen Losungen gegen den imperialistischen Krieg (Herbeiführung der Niederlage der eigenen Regierung, revolutionärer Defaitismus, Agitation für die Massenverbrüderung der Soldaten an der Front; Teilnahme der Arbeiter an jedem reaktionären Kriege, um Waffen in die Hand zu bekommen, die Armee zu zersetzen und revolutionäre Bewegungen für den Sturz der eigenen Bourgeoisie zu organisieren).

34. Zweitens: **Stärkste Unterstützung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution.**

Schonungslose Bekämpfung der verräterischen sozialdemokratischen und ultralinken Antisowjethetze. Aufrüttelung der Massen zur Verteidigung des Staates der proletarischen Diktatur gegen die drohende imperialistische Intervention. Erläuterung der Friedenspolitik der Sowjetunion, ihres Rechts auf die revolutionäre Landesverteidigung und auf die Stärkung der proletarischen Wehrmacht. Klarstellung der Bedeutung des Verteidigungskampfes der Sowjetunion gegen eine imperialistische Intervention als des einzigen gerechten und revolutionären Krieges, des Krieges der Arbeiterklasse gegen ihre kapitalistischen Unterdrücker. Vorbereitung der Arbeiterklasse für ihre konkreten Aufgaben im Falle einer Intervention: Verhinderung aller Waffentransporte für die imperialistischen Armeen, aktiver Widerstand gegen ihren Durchmarsch durch Deutschland. Organisierung von Aktionsausschüssen, um die imperialistische Front im Rücken zu erschüttern, allseitige Unterstützung der Roten Armee. Breiteste Tätigkeit für die Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse und aller Werktätigen mit dem Land des sozialistischen Aufbaus, für die Solidarität mit der großen chinesischen Revolution und den anderen kolonialen Erhebungen gegen den bewaffneten Ueberfall der englischen und sonstigen Imperialisten. Unterstützung aller Kraftzentren der internationalen revolutionären Bewegung, aller Klassenkämpfe der Proletarier anderer Länder und aller Aktionen gegen den Imperialismus. Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen den internationalen Faschismus und den weißen Terror.

35. Drittens: **Organisierung des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals.**

Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse für diesen Kampf. Größte Aktivität der Kommunisten bei den Auseinandersetzungen über die Tagesfragen in den Betrieben und energischste Initiative im täglichen Kleinkampf gegen die praktischen Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung. Im Vordergrund: der Kampf um die Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsbedingungen und gegen Arbeitslosigkeit. Klare Herausarbeitung und Verteidigung von konkreten Teilforderungen der Arbeiterschaft. Erläuterung der prinzipiellen Kommunistischen Losungen an Hand der wirklichen Erfahrungen der Massen.

36. Viertens: **Kampf für die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft und aller Werktätigen.**

a) Für die Arbeiter in den Betrieben: Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung, Ueberstundenunwesen, Lohnherabsetzung, Akkordsystem, besonders gegen den Abbau der Akkordlöhne, Antreiberei, Verschärfung des Arbeitstempos, arbeiterfeindliche Anordnungen, Maßregelungen, Entlassungen, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen. Schärfster Kampf gegen den Raub des Streik- und Koalitionsrechtes durch Zwangsschiedssprüche und Verbindlichkeitserklärungen. Restlose Zurückeroberung des Achtstundentages in den Betrieben und der Siebenstundenschicht unter Tage. Erkämpfung der 42-Stundenwoche. Lohnerhöhungen in allen Industriezweigen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Kampf für bessere Arbeitsbedingungen (Pausen, Urlaub usw.). Gleichstellung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit den Industriearbeitern in allen arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, gegen jede Beschränkung der Freizügigkeit und des Streikrechts.

b) Für die Erwerbslosen: Gegen Erwerbslosenversicherung, Lohnklassenstaffelung, Beschränkung der Unterstützungsdauer, Pflichtarbeit, gegen jede Sonderregelung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter usw., für Wiedereinstellung in die Betriebe, restlose Aufrechterhaltung des Unterstützungssystems, Erhöhung der Unterstützungssätze, Sonderbeihilfen, Gewährung von Mietzuschüssen, Lebensmittel- und Kohlenlieferungen usw.

c) Für alle Werktätigen: Beseitigung aller Massensteuern (Lohnabzug, Umsatz-, Verkehrs-, Verbrauchs-, Hauszinssteuern), Erhöhung und progressive Staffelung der Besitzsteuern (Körperschafts-, Kapitalertrags-, Aufsichts-, Börsen-, Einkommen-, Vermögens- und Vermögenszuwachs-, Erbschaftssteuer, unter Freilassung kleiner Vermögen bis 20 000 Mark und kleiner Einkommen bis 5000 Mark). Verhinderung jeder Steuerermäßigung für die Besitzenden und aller Subventionen für das Großkapital. Verbot aller Pfändungen und Zwangsvollstreckungen, Offenlegung der Steuerlisten, restlose Aufrechterhaltung des Mieterschutzgesetzes, Verbot jeder Mieterhöhung und planmäßiger Wohnungsbau auf Kosten der Besitzenden. Beseitigung der Schutzzölle.

d) Für das arbeitende Bauerntum: Kampf gegen die Ausplünderung der kleinen und mittleren Bauernschaft durch das Finanzkapital, den Großgrundbesitz und die Steuerpolitik des bürgerlichen Staates. Enteignung des Großgrundbesitzes und Zuteilung ausreichenden Bodens an die ärmeren Bauernschichten. Wirksamen Pächterschutz, zinslose langfristige Staatskredite zur Erhaltung und Verbesserung der Klein- und Mittelbetriebe. Sofortige ausreichende Hilfe an die unwetter- und seuchengeschädigten werktätigen Bauern. Befreiung der „Ackernahrung" von allen Vermögens-, Grund-, Gewerbe-, Erbschafts- und Grunderwerbssteuern, Verhinderung jeder Pfändung und Zwangsvollstreckung von bäuerlichen Produktionsmitteln und des Zwangsverkaufs von Boden.

37. Fünftens: **Kampf gegen die Regierung des Bürgerblocks, gegen Reaktion und Monarchismus.**

Aufrüttelung der gesamten Arbeiterklasse und der Werktätigen zum gemeinsamen Kampf gegen die Regierung des Bürgerblocks, gegen alle Koalitionsregierungen, gegen die faschistische Reaktion, den Unternehmerterror in den Betrieben, den wachsenden Betriebsfaschismus, die Vorstöße der monarchistischen und faschistischen Konterrevolution. Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse gegen den bayrischen Regierungsfaschismus, der in Bayern unsere Partei tatsächlich in die Illegalität gedrängt hat und dessen Methoden durch die Bürgerblockregierung immer mehr auf das gesamte Reich ausgedehnt und übernommen werden. Stärkste Unterstützung des Kampfes der KP. in Bayern um die Legalität vor allem in der Presse und in der gesamten Agitation. Kampf gegen Reichswehr, Polizei, Wehrverbände, schwarzweißrote Organisationen, Klassenjustiz, reaktionäre Bürokratie und Kulturschmach unter den Losungen: Säuberung der Behörden von allen Monarchisten, Miliz aus dem werktätigen Volke, Vernichtung der faschistischen Verbände, Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiterklasse, entschädigungslose Fürstenenteignung, Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen.

38. Sechstens: **Schärfste Bekämpfung der Sozialdemokratischen Partei und Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeitermassen.**

Konsequenter unerbittlicher Kampf gegen die rechte und „linke" SPD. Entlarvung ihrer verräterischen Politik in allen Lebensfragen der Arbeiterklasse, ihres reaktionären Kampfes gegen die Herstellung der proletarischen Einheitsfront, ihrer Mitschuld an allen Erfolgen der kapitalistischen Bourgeoisie im Kampf gegen das Proletariat, ihrer Untätigkeit gegen die Regierung des Bürgerblocks. Durchkreuzung des Doppelspiels der „linken" Führer durch Aufrollung praktischer Tagesforderungen, vor denen sie nicht ausweichen können, Enthüllung ihrer Scheinopposition. Aktivste Förderung der revolutionären Arbeiteropposition in der SPD. mit dem Ziel der Loslösung breiter Mitgliedermassen aus der Sozialdemokratischen Partei. Direktes Herantreten an die sozialdemokratischen Arbeiter unter konsequenter Bekämpfung ihrer Illusionen und ohne Verwischen der politischen Gegensätze. Ueberzeugung der Massen von der Ehrlichkeit des kommunistischen Kampfes für die Einheitsfront, von der Bereitschaft der Kommunisten, auch in den kleinsten Brotfragen zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Entfaltung der Methoden der organisatorischen Verbindung zwischen KPD.- und SPD.-Arbeitern. Herantreten an die lokalen Organisationen der SPD. Intensivste Unterstützung der begonnenen Fraktionsbildung des revolutionären Arbeiterflügels innerhalb der SPD., Ermöglichung seiner oppositionellen Fraktionsarbeit.

39. Siebentens: **Sammlung und Festigung der gesamten Linksbewegung der deutschen Arbeiter.**

Sammlung aller revolutionären Tendenzen. Zusammenfassung aller Zwischenstufen und Uebergangsformen, die als Resultat der Radikalisierung der deutschen Arbeiterklasse entstehen, zu einer mächtigen Linksbewegung, deren Schwerpunkt in einer breiten Massenopposition in den Gewerkschaften liegt. Die volle Aufmerksamkeit ist dabei zu richten nicht nur auf die Zweckmäßigkeit der zusammenfassenden Losungen und der anzuwendenden, bisher unzulänglichen organisatorischen Methoden, sondern vor allem auf die konkrete Weiterentwicklung der Taktik des richtigen Herantretens an die sich erst allmählich radikalisierenden Arbeiter, um sie durch die kommunistische Beeinflussung vom Banne der sozialdemokratischen und bürgerlichen Traditionen zu befreien.

1. Umwandlung der Gewerkschaften in Industrieverbände,
2. Kampf für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, für Achtstundentag und Lohnerhöhung,
3. gegen jede Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik,
4. Einheitsfront der Arbeiter im Betrieb mit den Erwerbslosen,
5. internationale Gewerkschaftseinheit, Solidarität mit der Sowjetunion,
6. Kampf gegen den Imperialismus und Kriegsgefahr.

40. Achtens: **Aeußerste Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit.**

Festigung und Verbreiterung der Opposition gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der reformistischen Gewerkschaftsspitzen, gegen die Abwürgung der Wirtschaftskämpfe, gegen die Verwandlung der Freien Gewerkschaften in Hilfsorgane des Kapitals und Werkzeuge des imperialistischen Staates. Hauptforderung im Kampf gegen das Trustkapital: Reorganisation nach Industrieverbänden und Abschluß von Kampfbündnissen zwischen den großen Verbänden. Sammlung der Mitgliedschaft unter den Losungen: Einleitung breiter Abwehrkämpfe gegen die Verschlechterung der proletarischen Lebenshaltung und gegen den Raub des Koalitionsrechts, Massenstreiks, gestützt auf die englischen Erfahrungen, Zusammenfassung der Betriebsräte gegen das Trustkapital, Zurückeroberung des Achtstundentages und höhere Löhne, Unterstützung der Erwerbslosenbewegung, Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse, Aufnahme der Erwerbslosen.

Kampf für die internationale Gewerkschaftseinheit. Forderung der Einberufung eines gemeinsamen Kongresses der Amsterdamer Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale. Entlarvung und rücksichtslose Bekämpfung des Sabotagefeldzuges der Reformisten, insbesondere der deutschen Gewerkschaftsführer gegen die internationale Einheit. Organisatorischer Ausbau der Einheitsbewegung.

Bildung von Werbeausschüssen für die hundertprozentige freigewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterschaft, schärfster Widerstand gegen die Ausschlüsse oppositioneller Arbeiter.

Enge Verbindung der Gewerkschaftsarbeit mit der politischen Gesamtarbeit der Partei. Restloser Gewerkschaftseintritt aller Kommunisten.

Bessere und elastischere Durchführung der Fraktionsarbeit unter weitgehender Hinzuziehung der Sympathisierenden. Verlegung des Schwergewichts der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit auf die Großbetriebe. Eroberung des unteren gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers in den Betrieben. Aktivste Beteiligung der Kommunisten am gesamten Gewerkschaftsleben. Ausmerzung aller opportunistischen Abweichungen der Kommunisten in den Gewerkschaften. Ausbildung geschulter, kampferfahrener kommunistischer Gewerkschafter, die das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzen und zu ihrer Führung fähig sind.

41. Neuntens: **Neubelebung der Betriebsrätebewegung.**

Zusammenfassung der Betriebsräte nach Industriezweigen, Trusts und Bezirken ohne Rücksicht auf die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie. Erziehung der Betriebsräte zur Leitung des Abwehrkampfes gegen die Kapitalsoffensive, Herstellung enger, ständiger Verbindung zwischen Betriebsräten und Erwerbslosenausschüssen.

Erweiterung der Rechte der Betriebsräte durch den unversöhnlichen Klassenkampf. Erhöhte Aktivität der Kommunisten bei allen Betriebsrätewahlen.

42. Zehntens: **Führung des Kampfes der Erwerbslosen.**

Organisierung des Kampfes der Erwerbslosen für ihre Einreihung in den Klassenkampf der gesamten Arbeiterschaft, für ihren Zusammenschluß mit den Freien Gewerkschaften, für den Kampf um die Durchsetzung ihrer Forderungen. Entschlossene Abwehr aller Maßnahmen zur Verschlechterung ihrer Lage. Kampf gegen den reformistischen Verrat an den Erwerbslosen, der die Lohndrückerei und das Streikbrechertum fördert, ebenso wie gegen die anarcho-syndikalistischen, ultralinken und sonstigen gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen. Stärkere Auswertung der Parlamentsarbeit für die Sache der Erwerbslosen. Ausbau der Erwerbslosenausschüsse in Verbindung mit den Betriebsräten und Gewerkschaften. Führung aller Massenaktionen gegen die Erwerbslosigkeit.

43. Elftens: **Bündnis mit allen Werktätigen.**

Aufrechterhaltung und Ausbau der Verbindungen mit allen werktätigen Volksschichten, Unterstützung ihres Kampfes gegen das Finanzkapital, feste Sicherung der proletarischen Hegemonie innerhalb des Bündnisses mit allen Werktätigen. Energische Tätigkeit unter den Handwerkern, Gewerbetreibenden, Kleinhändlern, Sparern, Kleinrentnern, Kriegsopfern, Intellektuellen usw. Schwergewicht auf die Arbeit unter den Beamten, in den Mietervereinigungen und Aufwertungsverbänden. Bekämpfung demokratischer Illusionen und antiproletarischer Forderungen.

Größere Aktivität für das Bündnis zwischen Arbeiterschaft und Bauerntum. Bildung kommunistischer Parteizellen auf dem Dorf. Unterstützung des Reichsbundes der Kleinbauern, verstärkte Arbeit in den Landarbeiter-, Kleinbauern-, Siedler- und Pächterorganisationen. Klassenkampf gegen Junker und Großbauern. Heranziehung der ärmeren Mittelbauern, Förderung der kleinbäuerlichen Opposition im Landbund, Bauernvereinen, Bauernbünden und landwirtschaftlichen Genossenschaften, Forderung der Enteignung des Großgrundbesitzes. Aufstellung und Vertretung der konkreten Kampflosungen der Werktätigen. Propaganda für die Arbeiter- und Bauernregierung.

44. Zwölftens: **Stärkung der sympathisierenden proletarischen Massenorganisationen.**

Richtige Einschätzung der außerordentlichen Bedeutung des Roten Frontkämpferbundes als Kampfinstrument der

Arbeiterklasse, Stützpunkt der proletarischen Einheitsfront und Kräftereservoir für die Kommunistische Partei. Gesteigerte Arbeit für die Ausbreitung und die innere Festigung des RFB., der RJ. und des RFMB. Verlegung des Schwergewichts dieser Organisationen in die Betriebe, zum Kampf gegen den wachsenden Betriebsfaschismus. Entwicklung der propagandistischen Tätigkeit und der politischen Aktivität dieser Organisationen unter Einschränkung der äußerlichen mechanischen Agitation. Schärfster Kampf gegen das Reichsbanner bei systematischer Anwendung der Einheitsfrontaktik gegenüber seinen proletarischen Mitgliedern. Unterstützung der IAH. und der IAH. Unbedingte Verschärfung der Parteikontrolle über die Kommunisten in allen parteilosen Massenorganisationen und straffste Durchführung der Fraktionsarbeit.

13. Dreizehntens: **Erhöhte Tätigkeit unter der proletarischen Jugend und den proletarischen Frauen.**

Tatkräftigste Unterstützung der kommunistischen Jugendbewegung. Verteidigung der Forderungen der Jugend in den Gewerkschaften, in der Oeffentlichkeit, in den Parlamenten usw. Engste Verbindung mit der kommunistischen Jugend in der praktischen Arbeit.

Durch die Nationalisierungspolitik der deutschen Bourgeoisie wächst die Rolle der jugendlichen Arbeiterschaft innerhalb des Produktionsprozesses. Die Fordisierung und Taylorisierung der Betriebe ermöglicht den Unternehmern, mehr als bisher die billige Arbeitskraft der Jugendlichen, besonders der ungelernten Arbeiter auszunutzen, sie als Lohndrücker gegen die gesamte Arbeiterschaft zu gebrauchen. Die Rechtlosigkeit der Jungarbeiter und die Politik der reformistischen Gewerkschaftsführer, die die Interessen der Jugendlichen vollkommen außer acht lassen, erleichtern den Unternehmern die Durchführung ihrer Politik, die auf die Herabdrückung des Lebensniveaus der Gesamtarbeiterschaft und die Differenzierung der Fachausbildung zum Zwecke der Züchtung einer Betriebsaristokratie und Herabdrückung des Niveaus der breiten Arbeitermassen gerichtet ist.

Stärkere Aufmerksamkeit für die proletarische Frauenbewegung (RFMB., Frauendelegiertensystem). Unterstützung ihres wirtschaftlichen und politischen Kampfes, Vertretung ihrer Forderungen. Viel aktivere Hilfe der Gesamtpartei vom ZK. bis zur letzten Parteiorganisation als bisher für die kommunistische Arbeit unter den Frauen. Stärkere Unterordnung der gesamten Frauenarbeit unter die allgemeine politische Arbeit der Partei und stärkere Verlegung des Schwergewichts auf die Gewinnung der Industriearbeiterinnen als bisher.

II.

Die innerparteilichen Aufgaben

In der vom Parteitag angenommenen Resolution über: „Die Ergebnisse der Parteidiskussion und die innerparteilichen Aufgaben" wird zusammenfassend über die Ergebnisse der Diskussion und die innerparteilichen Aufgaben festgestellt:

Der Offene Brief der Exekutive der KJ. ermöglichte der KPD. eine neue Periode des Aufstieges. Die Durchführung des Offenen Briefes und die damit verbundene Umstellung der KPD. erleichtert es der Partei, die Radikalisierung der Arbeiterschaft im Interesse der Revolution auszunutzen. Die erdrückende Mehrheit, neun Zehntel der Partei, entschied sich in freier offener Diskussion der Mitgliedschaft für die Parteiführung und die Kommunistische Internationale.

Die Grundfragen wurden richtig gestellt und von der Partei in breitem Umfange und in noch nicht dagewesenem Maße begriffen. Dies gilt bei allen noch vorhandenen Schwächen und Fehlern, insbesondere für die Einheitsfrontfrage und für die Gewerkschaftsarbeit, sowie auch für die Probleme der Sowjetunion. Die Verbundenheit mit der Komintern und den anderen Sektionen wurde gestärkt, die Parteidemokratie und das geistige Leben der Partei erfuhren eine Erweiterung.

Die Renegaten wurden ohne Mitgliederverlust ausgeschlossen. Die noch verbleibenden Gruppen sind Splitter, deren endgültige Liquidierung nach dem 11. Parteitag erfolgen muß.

Als Ergebnis der Diskussion ergibt sich als **die wichtigste innerparteiliche Aufgabe die Sicherung und die völlige Herstellung der ideologischen und organisatorischen Einheit der Partei nach den Grundsätzen des Leninismus.** Die Vollendung dieser Aufgabe ist an zwei wichtige Voraussetzungen geknüpft: die Liquidierung der Reste der Fraktionen und jeglichen Fraktionsgeistes und die Vollendung der Konzentration der Partei durch Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte der früheren Gruppierungen oder Fraktionen im aktiven Kampf für die Linie der Partei und der Kommunistischen Internationale.

Ein gemeinsames Ziel aller ultralinken Fraktionen war die Zerstörung der Grundprinzipien des kommunistischen Parteilebens, des demokratischen Zentralismus und der Parteidemokratie. Nach dem Mißlingen ihrer Spaltungsabsichten versuchten die Fraktionsführer, den demokratischen Zentralismus durch „das Recht auf Fraktionen und Gruppierungen" zu ersetzen. Ihr Angriff gegen den demokratischen Zentralismus wurde abgeschlagen. **Zu den wichtigsten Erfahrungen des Kampfes der Partei gegen die Fraktionen gehört es, daß nur die völlige Vernichtung der Fraktionen die Voraussetzungen schafft für die volle Entfaltung des demokratischen Zentralismus.** Vier Hauptaufgaben stehen in dieser Beziehung vor der Partei:

1. **Schaffung einer festen, einheitlichen und breiten Parteiführung;**

2. **Vertiefung des Bewußtseins von der führenden Rolle der Kommunistischen Partei in den breiten Mitgliedermassen;**

3. **Entwicklung der revolutionären Parteidemokratie und Parteidisziplin auf allen Gebieten des Parteilebens;**

4. Vergrößerung des Einflusses der Betriebszellen auf die Leitung der Partei.

8. Nach dem Siege des leninistischen Standpunktes über alle kleinbürgerlich-opportunistischen Abweichungen ist jetzt die Verstärkung der Arbeit, die Zusammenfassung aller Kräfte, die Konzentration der Partei die wichtigste Voraussetzung zur Lösung der Aufgaben. **Konzentration bedeutet nicht die Zusammenfassung aller möglichen Strömungen, sondern die Herstellung der Einheit auf Grund der klaren, eindeutigen politischen Linie der Kommunistischen Internationale mit allen denjenigen, die die Beschlüsse der Partei und der KJ. durchführen und einen Kampf gegen alle Abweichungen und Fraktionstätigkeit führen.**

Die in diesem Sinne erfolgte Mitarbeit der ehemaligen Gruppe des Genossen Meyer und seine Erklärung nach der 7. Erweiterten Exekutive bedeuteten wichtige Schritte in der Konsolidierung der Partei und zur Verbreiterung der verantwortlichen Parteikaders und der Führung der Partei. Diese Konsolidierung muß gegen alle Widerstände auch in den einzelnen Bezirken durchgeführt werden. Die in der Vergangenheit entstandenen Gruppierungen, die noch in die Gegenwart hineinragenden Fraktionsreminiszenzen müssen vollständig liquidiert werden. Genossen, die noch aus Furcht vor rechten Gefahren gegen die Konzentration der Partei kämpfen, müssen zum Aufgeben ihrer Vorbehalte veranlaßt werden. Wenn sich hinter diesem Kampf eine andere politische Linie zeigen wird, die eine Brücke zu den ultralinken Abweichungen schlägt, muß dagegen der entschiedenste Kampf geführt werden. Die Genossen aber, die, wie Genosse Böttcher auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz und auf dem Bezirkstag Westsachen gegen die Erklärung des Genossen Meyer Stellung nehmen und die politischen Fehler Brandlers und Thalheimers abzuschwächen versuchen, stören die Konzentration der Partei, verlangsamen ihre Entwicklung, bringen Unruhe in die Partei und stärken alle Arten von Abweichungen. Gleichzeitig birgt eine solche Stellungnahme die Gefahr zu einer neuen rechten Gruppenbildung in sich. Der 11. Parteitag verurteilt diese Stellungnahme und fordert alle Genossen auf, auch gegen solche Strömungen den Kampf zu führen.

Der 11. Parteitag appelliert an die gesamte Mitgliedschaft, die Einheit der Partei mit allen Kräften zu verteidigen, die Reste der Fraktionsarbeit zu liquidieren und die gesamte Kraft auf die Lösung der großen revolutionären Aufgaben zu werfen. Für jeden Revolutionär ist die Partei das höchste. Für ihre Stärkung, Geschlossenheit und Einheit muß jedes Parteimitglied unermüdlich arbeiten.

Ohne Ueberwindung der Fraktionen keine einheitliche Führung der Arbeiterklasse.

Ohne feste geschlossene Partei keine Diktatur des Proletariats.

III.

Unsere nächsten Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung

Im Mittelpunkt der gesamten gegenwärtigen gewerkschaftlichen Tätigkeit steht die Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung. Das Augenmerk der wieder zum Massenkampf erwachenden Massen muß gerichtet werden auf die Wiederherstellung des Achtstundentages durch den aktiven unmittelbaren Kampf an allen Plätzen, wo eine längere Arbeitszeit als acht Stunden besteht, weitere Verkürzung der Arbeitszeit in den rationalisierten Betrieben und am laufenden Band, auf die Erhöhung der Löhne, Verminderung der Lohnspannen zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien, Bezahlung nach dem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Leistung, Verbesserung des Arbeiterschutzes, besonders für Arbeiterinnen und Jugendliche.

Die notwendige planmäßige Verbindung der Kämpfe verschiedener Industriegruppen und eine dementsprechende Verbreiterung der Bewegungen darf nicht zu einer Ablehnung und Verneinung von Teilkämpfen führen. Im Gegenteil, es muß jede Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes, auch des kleinsten, ausgenützt werden. Vielfach lassen sich große Kämpfe überhaupt nur durch Teilkämpfe auslösen. Wir sind keine Gegner von Teilkämpfen, sondern nur Gegner der Methode der isolierten und planlosen Kampfführung.

Mit größtem Ernst muß die Partei daran gehen, alle Mängel unserer Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung zu beseitigen und eine größere Systematik in unsere Gewerkschaftsarbeit zu bringen. In dieser Richtung ergeben sich folgende nächste Aufgaben:

1. Die restlose Organisierung der Kommunisten in den freien Gewerkschaften.

2. Die Aktivisierung unserer Parteigenossen für die gewerkschaftliche Kleinarbeit. Jeder Kommunist muß ein Gewerkschaftsfunktionär werden.

3. Die in den Gewerkschaften und Betrieben eroberten Positionen müssen planmäßig zur Erweiterung unseres Einflusses auf die Arbeitermassen ausgebaut werden, unsere Funktionäre müssen durch Veranstaltung von Kursen und Diskussionsabenden eine gründliche Durchbildung zur praktischen revolutionären Gewerkschaftsarbeit bekommen.

Die Gewerkschaftsfunktionäre des Jugendverbandes sind deshalb zur Teilnahme zu diesen Kursen und Diskussionsabenden heranzuziehen. Die von den Gewerkschaften veranstalteten Kurse müssen systematisch besucht werden. Den dort verbreiteten falschen Theorien ist scharf entgegenzutreten. Sie sind in der Oeffentlichkeit zu bekämpfen.

4. Die Betriebszellen müssen die Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben lebendig machen, unsere Gewerkschaftsgrundsätze unter den Arbeitern verbreiten, eine gründliche Werbeaktion für die Stärkung der Gewerkschaften in ihrem Betrieb durchführen, sich mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den besten parteilosen Gewerkschaftsmitgliedern zu Werbeausschüssen, Buchkontrollkommissionen und Einheitskomitees vereinigen, um alle Arbeiter im Betrieb in den freien Gewerkschaften zu organisieren, den Betriebsfaschismus (Werksportvereine) und gelbe Organisationsgebilde auszurotten.

Zur Durchführung einer systematischen Gewerkschaftsarbeit unter den Land- und Forstarbeitern müssen die größeren Zellen Patenschaften über Landarbeiterorte übernehmen.

5. Die Wiederbelebung der Betriebsrätebewegung, ihre Zusammenfassung im Ort, im Bezirk und im Reich, industriegruppenweise und in den Trusts und den Konzernen. Gründlichere Vorbereitung der Betriebsrätewahlen.

6. Noch bessere Erfassung der Erwerbslosen und Aktivisierung derselben. Druck auf die Gewerkschaften, die Erwerbslosen zu organisieren. Mitbeteiligung der Erwerbslosen im Kampf gegen das Ueberstundenwesen und für den Achtstundentag.

7. Verbesserung der Arbeit unserer Gewerkschaftsfraktionen. Aufbau der Bezirks- und Reichsfraktionsleitungen in allen Verbänden.

8. Konzentrierung unserer Hauptkraft auf die wichtigsten Industriezentren, besonders auf die Arbeiter in den Schlüsselindustrien (Metallindustrie, Bergbau, Verkehr, Chemische Industrie).

9. Ausbau unserer Gewerkschaftsliteratur und des gewerkschaftlichen Teiles der Parteipresse. Heranziehung der Gewerkschaftsangestellten- und Gewerkschaftsfunktionäre zur Mitarbeit an der Presse.

10. Bei der mit der Rationalisierung verbundenen Verdrängung der erwachsenen männlichen Arbeiter durch jugendliche und weibliche Arbeitskräfte ist eine systematische Werbearbeit zur Organisierung der Arbeiterinnen und Jugendlichen in den Gewerkschaften durchzuführen. Engste Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen Jugendfraktionen mit den Fraktionen der Erwachsenen. Die Jugendfraktion eines Verbandes muß zu einem Glied der Gesamtfraktion werden. Verstärkung der Arbeit unter den Frauen, Förderung der Arbeiterinnenkommissionen.

11. Genaues Studium aller Bedingungen, unter denen die Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Kämpfe mit Erfolg gegen die Unternehmer durchführen können.

12. Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsstrategie. Förderung eines festen Zusammenschlusses aller Gewerkschaften im ADGB., wodurch ermöglicht wird, daß die Kräfte der gesamten organisierten Arbeitermassen gegen die Kapitalisten planmäßig und rücksichtslos eingesetzt werden können.

13. Propaganda und Kampf für den Zusammenschluß mehrerer Verbände zu Kampfbündnissen zur Durchführung gemeinsamer Abwehr- und Angriffsbewegungen der Gewerkschaften, besonders in den Schlüsselstellungen des Proletariats (Metallindustrie, Bergbau, Verkehr, chemische Industrie und Licht- und Krafterzeugung).

14. Führung einer breiten Massenkampagne unter den Arbeitern für die Umgestaltung der Gewerkschaften auf der Basis von Industrieverbänden, nach dem Prinzip: in jedem Betrieb nur ein Verband, eine Industrie, eine Gewerkschaft.

15. Kampf um die proletarische Demokratie in den Verbänden (Verhältniswahl zu allen Körperschaften der Organisation). Heranziehung der breitesten Mitgliederschichten zur Mitarbeit und Mitbestimmung bei allen wichtigen Entscheidungen der Verbände.

16. Eintreten für Anschluß der DAV.-Zahlstellen an die Ortsausschüsse des ADGB. zwecks engerer Verbindung des Land- und Industrieproletariats.

17. Zusammenfassung der sympathisierenden, in den christlichen, Hirsch-Dunckerschen und sogenannten neutralen Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Förderung ihrer oppositionellen Tätigkeit, systematische Propaganda für die Vereinigung der christlich- und Hirsch-Dunckersch-organisierten Arbeiter mit den freien Gewerkschaften.

18. Verstärkung des Kampfes um die internationale Gewerkschaftseinheit und seine Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiterschaft (englischer Bergarbeiterkampf, Kriegsgefahr, Kolonialkämpfe), Niederringen des Widerstandes der deutschen Gewerkschaftsbürokratie, die die verbissensten Saboteure der Gewerkschaftseinheit und gegen die Bildung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale auf dem Boden des Klassenkampfes sind.

In der Erringung dieser Ziele und Erfüllung der hier gestellten Aufgaben müssen die kommunistischen Gewerkschafter die Berater und Führer der Massen werden. Sie müssen durch die Tat beweisen, daß sie nicht nur als gute Revolutionäre, sondern auch als die besten Gewerkschafter in den Gegenwartskämpfen gelten und sich so das Vertrauen der Massen erringen, um den Reformismus zu schlagen, die Gewerkschaften zu erobern und damit den Sturz des kapitalistischen Systems vorzubereiten.

Bedürftigkeitsprüfung auch bei der Arbeitslosenversicherung!

Der angebliche „Rechtsanspruch" ein großer Schwindel

Im **Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags** sollte heute der Bericht des Unterausschusses über die Beratungen der seit längerer Zeit dem Reichstag vorliegenden Anträge auf **Erhöhung der Invalidenrenten** und Herabsetzung der Altersgrenzen gegeben werden. Statt dessen wurde erklärt, daß der mit der Beratung dieser Anträge am 18. Februar beauftragte Unterausschuß bisher überhaupt zu **keinem Resultat gekommen** sei. Vor allem das Zentrum entschuldigte diesen Skandal damit, „daß die finanziellen Wirkungen noch nicht zu überblicken seien."

Genossin **Arendsee** stellte daraufhin fest, daß die Regierung und die Regierungsparteien mit dieser Ausrede lediglich ihre Sabotage verschleiern wollten. Für andere Angelegenheiten, die im Interesse der Besitzenden liegen, habe die Regierung immer Zeit übrig. So seien unter anderem die Vertreter des Landbundes, die kürzlich bei der Regierung die Ansprüche der Junker vorgebracht hätten, sofort empfangen worden.

Genossin **Arendsee** stellt den Antrag, nunmehr sofort im Vollausschuß die Fragen der Invalidenrenten zu beraten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Beratungen über die zu den Invalidenrenten gestellten Anträge sind also abermals vertagt worden.

Anschließend setzte der Ausschuß die Beratungen über das **Arbeitslosenversicherungsgesetz** fort. Angenommen wurde gegen die Stimmen der Kommunisten der § 54, nach dem Erwerbslose, die sich der **Umschulung** entziehen, auf die der Dauer der Weigerung folgenden **vier Wochen keine Unterstützung erhalten.**

Der § 55 wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen, nachdem einige Abänderungen der Regierungsvorlage durch einen Zentrumsantrag vorgenommen worden waren. In seiner jetzigen Fassung sieht der § 55 vor, daß **solchen Erwerbslosen keine Unterstützung zu gewähren ist, die noch nach eingetretener Erwerbslosigkeit infolge eigenen Besitzes oder von Nebenarbeit den Lebensunterhalt bestreiten können.** Dieser Paragraph kennzeichnet den „Rechtsanspruch" auf Unterstützung, den nach Darstellung der Sozialdemokraten das Gesetz bringen soll. In Wirklichkeit bedingen die Bestimmungen des § 55 die Anwendung der **Bedürftigkeitsprüfung**, die auf diesem Wege in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen werden soll.

Die flammende Fackel der Geschichte

Von P. Lepeschinski, Moskau, Vorsitzender des Präsidiums des ZK der IRH

Der triumphierende Feind stand vor den Toren von Paris. Die französische Bourgoisie (Fabrikanten, Gutsbesitzer, Bankiers) dachten mehr daran, den französischen Arbeitern das Gewehr abzunehmen, als an die Verteidigung ihrer prächtigen Hauptstadt gegen die Deutschen. Die Bourgeoisie legte es sich folgendermaßen zurecht: Die Deutschen sind uns nicht so schrecklich, wie unsere eigenen bewaffneten Arbeiter. Mit dem deutschen Adel und ihrem politischen Führer Bismarck werden wir irgendwie übereinkommen und die Vorteile, die uns zufallen, mit ihm teilen, dagegen müssen wir den Pöbel zur Arbeit mit uns zwingen. Falls aber dieser Arbeiterpöbel — das Pariser Volk — gegen uns dieselbe Waffe erhebt, mit der es sich gegen die Deutschen verteidigt, wenn ihm der unsinnige Gedanke einfällt, für sich selbst zu arbeiten und nicht für uns, nicht für seine Wohltäter — die Kapitalisten — dann fiele wohl der Himmel über unseren Köpfen zusammen.

Am 18. März 1871 verlangte die Regierung, mit dem schlauen, blutdurstigen Thiers an der Spitze, von der Pariser Nationalgarde, die hauptsächlich aus Arbeitern bestand, alle vorhandenen Waffen abzuliefern. Das Pariser Proletariat antwortete auf diese gemeine Forderung mit einem allgemeinen Aufstand. Die in Schrecken gesetzte Regierung Thiers beeilte sich, Paris zu verlassen, da sie nicht genügend Kraft hatte, den Aufstand zu unterdrücken. Sie flüchtete in das nahegelegene Städchen Versailles, mit seinen prächtigen königlichen Schlössern und Parks, in denen ehemals das bunte Leben Tausender Müssiggänger, die mit ihren preisgekrönten Gesetzgebern des liederlichen Lebenswandels und der Unzucht, wie ein ewiger Frühling dahinfloß.

Nicht nur die Herren Adligen der Epoche des Ludwig des XVI. liebten das ausschweifende Leben, sondern auch die nichtrassige Bourgeoisie, die mit dem Schweiß und Blut des französischen Volkes vom nichtswürdigen Napoleon dem III. ernährt worden war. Die nach Versailles geflüchteten Pariser Weißgardisten zogen mit sich eine Menge Falschspieler, Diebe, Gauner, Inhaber von Spielhäusern, Bordells, Lokotten (Prostituierte), Kuppler, Kaffeehaussängerinnen und dergleichen Abfall der Menschheit, die den unzertrennlichen Besitz der bourgeoisen Gesellschaft bildeten.

Paris, welches sich die weltbekannte Reputation der babilonischen Sünderin errungen hat, — dasselbe Paris, wo das abscheuliche Laster Tag und Nacht durch die Straßen und Stadtviertel wanderte — hörte plötzlich auf, sich selbst ähnlich zu sein. Auf den Straßen wurde es still. Mord und Diebstahl hörten auf. Die blauen Blusen, die bisher nur soviel Recht zum Leben hatten, als ihre schwieligen Hände unendliche Reichtümer ihren Herren schafften, wurden die Gründer und Leiter des gesellschaftlichen Lebens. Die am 28. März verkündete Pariser Kommune in der Person der neuen Regierung zeigte sofort ein noch nie gesehenes Bild der Organisation eines Arbeiter-Staates. Sie erklärte in den ersten Tagen ihrer Existenz: Das Volk braucht keine Armee, welche die Macht der Gutsbesitzer, Fabrikanten und Bankiers stützen. Möge die Volksmiliz, das heißt das bewaffnete Volk seine Revolutions-Eroberungen gegen die Räuber, die ihnen ans Leben gehen, selbst verteidigen. Und weiter verkündete die Kommune: Nieder mit der Polizei, die jeden Armen, der den Herren verdächtig erscheint, an den Kragen greift. Mögen die Arbeiter, auf eine kurze Frist vom Volke gewählt und einer allgemeinen Kontrolle unterworfen, selbst Ordnung schaffen. Sogar die Glieder der Arbeiterregierung bildeten keine Ausnahme von der allgemeinen Regel. Sie wurden auf Jahresfrist gewählt und ihre Aufgabe bestand darin, daß sie nicht nur Gesetze herausgaben, sondern sich auch um deren Erfüllung bemühen sollten. Die Kommune hatte zum Unterschied zu den Parlamenten der Bourgeoisie nur eine Deputiertenkammer. Der Arbeiter wurde Mitglied der Regierung, ohne sich in der neuen Rolle groß zu machen, bekam kein größeres Gehalt als sein Arbeitslohn (nicht mehr als 6000 Francs im Jahre) und arbeitete auf seinem Posten, wie es nur ein echter Proletarier versteht: ernst, gediegen und mit ganzer Seele sich der Arbeit hingebend. Demselben Gesetz der Auswahl und Absetzbarkeit unterlagen auch die Richter. Im Gegensatz zur Bourgeoisie-Regierung wandte die Kammer sofort ihre ganze Aufmerksamkeit den Armen der Stadt zu. Besonders schwer war es der Armut, aus den Mietsschulden herauszukommen, die auf ihren Schultern schwer lasteten. Die gierigen Hausbesitzer versuchten von den armen Mietern das letzte Stück Haut zu ziehen und zwangen sie, ihr armseliges Hab und Gut zu verkaufen. Die Kommune befreite die Armen auf einige Monate von der Wohnungsmiete, damit sie freier aufatmen konnten und verbot den Verkauf der im Leihhaus versetzten Sachen. Auch die Arbeitsbedingungen der Arbeiter wurden erleichtert: zum Beispiel, die Nachtarbeit der Bäcker wurde verboten. Im Kampf mit der Arbeitslosigkeit befahl die Kommune alle ohne Arbeit stehenden Fabriken zu registrieren und ein Projekt auszuarbeiten, wie sie mit Hilfe der Arbeiterkorporative in Betrieb zu setzen seien.

Die Kommune vergaß auch nicht, das Volk aus der Geistesverwirrung und der Macht der Pfaffen zu befreien. Zu allererst wurde die Kirche vom Staate getrennt. Alle Staatsausgaben für die Kirche wurden gestrichen, der Besitz der Geistlichkeit wurde als Nationaleigentum erklärt. In der Schule wurde der Religionsunterricht und das Beten verboten. Es wurde angeordnet, daß alle Heiligenbilder und dergleichen aus der Schule entfernt werden; mit einem Wort, die Schule wurde von all dem, was mit dem Glauben einzelner Persönlichkeiten zu tun hatte, befreit.

Die Pariser Kommune versuchte nicht, den angefangenen Bau des Sozialismus zu vollziehen. Sie existierte nur zwei Monate. Der Führer des deutschen Adels, Besieger der Franzosen — Bismarck — beeilte sich, der französischen Bourgeoisie einen Dienst zu erweisen und befreite 100 000 französische Soldaten aus der Gefangenschaft, die der Versailler Regierung zur Verfügung standen, um die Kommune niederzuwerfen. Die französischen Bauern vermochten nicht, das revolutionäre Paris zu unterstützen. Außerdem war der historische Augenblick für die Entwicklung und Verstärkung des ersten Arbeiter-Staates nicht günstig. Auch die Kommune selbst beging in ihrer Unerfahrenheit eine Reihe Fehler: sie ließ den Versailler alles Geld aus der Reichsbank mitnehmen, ging nicht energisch genug gegen die weiße Bande vor und führte gegen Versailles nicht den entscheidenden Schlag, als Thiers noch nicht die Militärkraft gesammelt hatte. Mit einem Wort, die Tage der Kommune waren gezählt. Im Laufe der blutigen Woche, 21. bis 28. Mai 1871, ertränkten die Versailler die Pariser Kommune im Blut der Arbeiter. Sieben Tage lang bombardierten die Mietstruppen die heldenmütigen Beschützer der Kommune mit einem ununterbrochenen Bleiregen. Die Straßen von Paris wurden mit Leichen von Arbeitern bedeckt. Und als die letzte Fahne des Proletariats sich niedergesenkt hatte, begann eine wilde, schauderhafte Metzelei der gefangenen Kommunarden durch die wildgewordene Bourgeoisie. Zehntausende niedergeschossen, viele Tausende in der Zwangsarbeit zu Tode gequält, im ganzen nicht weniger als 100 000 vernichtete Proletarierleben — das war das Ende des Versuches der tollkühnen Pariser Arbeiter, die alte Welt zu vernichten und ein Stückchen der neuen Welt zu zeigen.

Ungeachtet der Mißerfolge spielte die Pariser Kommune eine gewaltige Rolle im weiteren Gang der Geschichte. Sie leuchtete den Proletariermassen der ganzen Welt als ein glänzender Leitstern. Mit lebendem Beispiel vermochte sie zu zeigen, welche Bedeutung der Uebergang der Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände der Proletarier und Halbproletarier für die Werktätigen (das heißt die Mehrzahl der Bevölkerung) hat. Auch Lenin, den größten revolutionären Führer des Weltproletariats und der Bauernschaft begeisterte sie in dem Bestreben, durch Organisierung solcher Kommunen-Staaten die Umwälzung in der ganzen Welt durchzuführen. Sie diente als Vorbild des sozialistischen Aufbaues auch dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution 1917; das Andenken an sie bringt auch einen Lichtstrahl in die kapitalistischen Folterkammern, wo abermals Tausende Kämpfer für die Weltrevolution schmachten.

Die Versailler rächten sich zu ihrer Zeit an den Pariser Arbeitern mit Kugeln. Aber die Geschichte lachte über die Sieger: Die toten Helden der Kommune fahren fort, sich an allen „Wölfen, Schweinen und gemeinen Hunden zu rächen (nach der Charakteristik von Karl Marx) und flößen in die Herzen immer neuer und neuer Kämpfer für die Sache der Pariser Kommune die Freude der Hoffnung auf den Sieg derproletarischen Revolution ein.

Es lebe die aufgehende Sonne der Proletarischen Kommune der Welt!

Die besondere Bedeutung der Betriebsratswahlen in den Werken der Chemie

Jeder Arbeiter und Angestellte, der im Chemietrust beschäftigt ist, muß sich darüber klar sein, daß dieser Trust das stärkste kapitalistische Gebilde in Deutschland ist. Die Führer dieses Trusts besitzen auf Grund ihrer wirtschaftlichen Machtstellung einen überragenden Einfluß auf die gesamte Politik des deutschen Unternehmertums und der Reichsregierung. In ihren Händen konzentriert sich die Produktion der gesamten kriegschemischen Industrie, angefangen von den verschiedensten Arten des Sprengstoffes bis zu den schrecklichsten Giftgasen. Noch nie war die chemische Kriegsindustrie in so wenige Hände vollständig konzentriert, als dies beim deutschen Chemietrust der Fall ist.

Jeder Arbeiter und Angestellte im Chemietrust muß daher auch verstehen, daß alle Erfolge, die dem Unternehmertum hier abgerungen werden, eine ganz andere Bedeutung haben als die Erfolge, die von Arbeitern und Angestellten in nicht konzentrierten Unternehmungen erreicht werden. Jeder größere Erfolg in der Lohn- und Arbeitszeitfrage im Chemietrust wird die stärksten Auswirkungen auf die soziale Lage der Arbeiter in anderen Industriezweigen haben. Es führt zur Schwächung des Einflusses der Trustausbeuter nicht nur auf die eigene Arbeiterschaft, sondern schwächt auch ihre Stellung innerhalb des gesamten Unternehmertums. Damit sinkt aber auch ihr politischer Einfluß auf die politische Staatsgewalt. Daher werden auch alle Kämpfe der Arbeiter und Angestellten im Chemietrust einen sehr viel größeren Widerstand von seiten der Unternehmer finden, der nur durch die umfassende organisierte Kraft aller im Chemietrust beschäftigten Arbeiter überwunden werden kann.

Die Erfolge für die Arbeiterschaft können nur auf dem Boden des Klassenkampfes erreicht werden und nicht mit Hilfe einer liberalen Verständigungpolitik, wie sie seit Jahren von den Führern der freien Gewerkschaften angewandt wird. Ihre Verständigungs-Arbeitsgemeinschafts-Politik führte faktisch dazu, daß der kapitalistische Wiederaufbau und die politische Stärkung der Bourgeoisie gefördert worden ist, während das Proletariat eine Errungenschaft nach der anderen verloren hat.

Vorwärtsschreiten kann das Proletariat nur dann, wenn es sein Vertrauen solchen gewählten Vertretern schenkt, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Gelegenheit, solche Vertreter zu wählen, ist jetzt bei den Betriebsratswahlen gegeben. Entsprechend der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung, die im Chemietrust zum Ausdruck kommt, haben auch die Betriebsratswahlen in diesem Trust eine außerordentliche hohe Bedeutung. Darum müssen alle Arbeiter an diesen Wahlen den regsten Anteil nehmen und dafür sorgen, daß die Betriebsräte ausgeschaltet werden, die ein friedliches Zusammenarbeiten mit den Unternehmern im Sinne einer reformistischen Gewerkschaftspolitik anstreben. Gelingt das und das muß im Interesse der Chemiearbeiter und der gesamten deutschen Arbeiterklasse gelingen, wenn sie nicht in vollständiger wirtschaftlicher und politischer Versklavung untergehen will, dann haben die Arbeiter und Angestellten im Chemietrust einen großen Fortschritt in der Vorbereitung des organisierten Widerstandes gegen ihre Ausbeuter erzielt.

Sozialdemokratisch-altsozialistische Einheitsfront im Zimmererverband Dresden

(Arbeiterkorrespondenz.)

Auf Grund einiger Vorkommnisse, die sich in der Zahlstelle Dresden des Zimmererverbandes zugetragen haben, wurde in einer Vorstandssitzung eine Parteibuchkontrolle durchgeführt. Diese ergab die Feststellung, daß sich 10 Mitglieder der SPD, zu denen der 1. Vorsitzende und der 1. Kassierer gehören, und 3 Mitglieder der ASPS, zu denen sich der 2. Vorsitzende und der 2. Kassierer Birk, der Kolporteur des „Volksstaat" in Cossebaude zählen, im Zahlstellenvorstand befinden. Als die Vorschläge für die Zahlstellen gemacht wurden, stimmten 5 gegen die Wiederwahl der Angestellten, während 8 dafür stimmten. Es haben also 5 Sozialdemokraten einschließlich der 2 Angestellten mit den 3 ASPS-Leuten die Wiederwahl erzwungen. Ein Zeichen, daß die linken sozialdemokratischen oberen Funktionäre entgegen dem Willen der klassenbewußten Mitglieder die Einheitsfront mit den verräterischen ASPS-Leuten aufrechterhalten. Die Delegierten müssen daraus ihre Konsequenzen ziehen und in der Zahlstellenversammlung am 20. März Kommunisten in den Vorstand wählen. Oppositionelle Zimmerer! Kämpft in einheitlicher Front mit den Kommunisten gegen die Saboteure der Revolutionierung der Gewerkschaftsbewegung!

Gewerkschaftliches

Textilkonferenz für die Lausitz

findet **am Sonntag, den 28. März, vormittags 10 Uhr in Stadt Leipzig statt.**

Unterbezirk Dresden, Freital und Pirna:

Am Sonnabend, den 19. März, und Sonntag, den 20. März findet der erste Gewerkschaftsfunktionärwochenendkursus statt. Außer den Gewerkschaftsfunktionären sind von jeder Gruppe 2—3 befähigte Genossen zu delegieren. Beginn Sonnabend abends 7 Uhr im Restaurant Brandenburger Hof, Berliner Straße (Nähe Wettiner-Bahnhof).

Bezirksleitung des KJVD Ostsachsen.

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(46. Fortsetzung)

An solchen Tagen ging Jewsjej, um einer Prügelei auszuweichen, unbemerkt heim in sein einsames Zimmer und dachte dort über das Leben der Spione nach. Es waren ihrer so viele, und es wurden ihrer immer mehr, und sie alle erschienen Klimkow als Unglückliche. Es gefiel ihm, unter diesen Leuten zu weilen und ihre Reden zu hören. Wenn Sascha bei der Unterhaltung anwesend war, brauste er jedesmal auf und schimpfte:

„Ihr Mißgeburten! Ihr begreift den Sinn der Dinge nicht, könnt ihn überhaupt nicht begreifen! Mißgeburten seid ihr!"

Ihm zur Antwort lächelten die einen wie zur Entschuldigung, während die andern finster schwiegen. Zuweilen sagte jemand leise:

„Für vierzig Rubel im Monat kann man nicht viel bespitzeln ..."

„Ausrotten sollte man euch," kreischte Sascha weiter.

Klimkow sah, daß niemand Sascha liebte, und so wandte auch er sich immer mehr von ihm ab.

Viele krankten an einer beständigen Furcht vor Schlägen und vor dem Tode, und etliche, wie den Agenten Elisar Titow, brachte diese Furcht sogar ins Irrenhaus.

„Spiele ich da gestern im Klub," erzählte Peter einmal ganz erregt, „und fühle plötzlich, wie mich von hinten etwas würgt und mir ein Schauer über den Rücken läuft. Ich sehe mich um — in der Ecke steht ein hochgewachsener Mann und schaut auf mich, als wolle er mich mit seinen Blicken auf Zoll und Strich messen. Ich konnte nicht weiter spielen! Ist stand vom Tische auf und sah, wie auch der Mann in der Ecke sich bewegte. Ich eilte die Hintertreppe hinunter auf den Hof und die Straße. Weiter konnte ich nicht gehen, ganz unmöglich! Immer schien es mir, als ginge er hinter mir her. Ich rief eine Droschke an, setzte mich seitwärts hinein und sah immer nach hinten. Plötzlich erschien er von irgendwoher und schritt über die Straße, gerade vor dem Pferde — vielleicht war er es auch nicht, aber in dem Moment denkt man nicht weiter nach. O, wie ich nun aufschrie! Er blieb stehen, und ich sprang aus der Droschke und lief davon. Der Kutscher setzte mir nach — aber ich lief, lief, hol' mich der Teufel!"

„Kommt wohl vor," sagte lächelnd Grochotow. „Ich hab' mich auch mal so auf dem Hofe versteckt, aber da ward mir noch ängstlicher zumute. Zuletzt kroch ich aufs Dach und saß da bis zur Morgendämmerung hinter einem Schornstein .... Der Mensch muß sich vor dem Menschen fürchten, das ist Naturgesetz ...."

Krassawin kam einst bleich und schweißbedeckt an, seine Augen blickten starr, und während er die Hände gegen die Schläfen preßte, erzählte er mit leiser Stimme:

„Denkt euch ... sie gingen mir nach ..."

„Wer?"

„Irgend wer ... sie gingen, gingen ..."

Slolowjow versuchte, ihn zu beruhigen.

„Alle Leute müssen doch gehen, Gawriluschka ..."

„Ich hörte es an den Schritten, daß es mir galt ..."

Und über zwei Wochen bekam Jewsjej Krassawin nicht zu Gesicht. Die Spione behandelten Jewsjej nicht schlecht, und wenn sie gelegentlich über ihn lachten, so beleidigte ihn dieses Lachen nicht. Wenn er sich einmal selbst über seine Fehler ärgerte, so trösteten sie ihn.

„Wirst dich gewöhnen. Das vergeht!"

Er wußte nicht, wann eigentlich die Spione ihrem Dienst oblagen — es schien ihm, daß sie den größten Teil des Tages in Wirtshäusern zubrachten und die Auskundschaftungen den Neulingen und so bescheidenen Leuten wie ihm überließen.

Es war ihm bekannt, daß hinter allen denen, die er kannte, noch andere Spione standen: tollkühne, furchtlose Leute, die sich unter den Revolutionären selbst bewegten, und die man Provokateure, Lockspitzel nannte. Sie arbeiteten angestrengter als alle anderen, sie lenkten die ganze Arbeit. Ihrer gabs nur wenige, die Obrigkeit schätzte sie ganz besonders, die gewöhnlichen Straßenspione aber mochten sie nicht, weil sie stolz waren, und beneideten sie.

Eines Tages zeigte Grochotow Jewsjej auf der Straße solch einen Hauptzahn.

„Schauen Sie, Klimkow, rasch ..."

Auf dem Trottoir entlang ging ein breitschultriger blonder Mann von hoher Statur. Sein zurückgekämmtes Haar quoll unter dem Hute hervor und fiel auf die Schultern herab, sein Gesicht hatte große, edelgeformte Züge, und ein üppiger Schnurrbart zierte es. In dem soliden Anzug machte er ganz den Eindruck eines vornehmen, satten Herrn.

„Da sehen Sie ihn!" sagte Grochotow mit Stolz. „Ein stattlicher Bursche, was? Unsere Garde, ja—a! Zwölf Bombenwerfer hat er denunziert, hat selbst mit ihnen Bomben gemacht — sie wollten einen Minister in die Luft sprengen! Er hat sie selbst angelernt und dann angezeigt. Eine pfiffige Sache, wie?"

„Ja—a!" sagte Jewsjej und wunderte sich über die Vornehmheit dieses Menschen, der dem ruhelosen Straßenspion an seiner Seite so unähnlich war.

„So also sehen sie aus, unsere Matadore," sagte Grochotow. „Er taugt selbst zum Minister, hat die Gestalt und das Gesicht danach. Und wir? Was sind wir? Eines verhungerten Herrn armseliges Volk!"

Jewsjej seufzte — der stattliche Spion machte den Neid in ihm rege.

Bereit, allen und jedem für ein gutes Wort und einen freundlichen Blick gefällig zu sein, lief er emsig in der Stadt umher, beobachtete, fragte aus, denunzierte, und wenn er es recht gemacht hatte, dann freute er sich von Herzen und wuchs in seinen eigenen Augen. Er arbeitete fleißig bis zur Ermüdung und hatte keine Zeit, lange nachzugrübeln.

Der zurückhaltende, ernste Matlakow schien Jewsjej besser, reiner als all die Leute, die er bis dahin gesehen hatte. Er hatte stets das geheime Verlangen, ihn über etwas zu befragen, ihm irgend etwas von sich zu erzählen — so sinnend-ernst und vertrauenerweckend erschien ihm das Gesicht des jungen Spions.

Einmal fragte er ihn:

„Timofej Wassiljewitsch, wieviel Gehalt bekommen wohl so die Revolutionäre?"

Ueber Matlakows helle Augen huschte ein leichter Schatten.

„Sprich keinen solchen Unsinn, Junge," versetzte er leise, in ärgerlichem Tone. **(Fortsetzung folgt.)**

Gemeinschaft prot. Freidenker Groß-Dresden
Gruppe Löbtau

Nachruf

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse

Ernst Heidenreich

Alt-Plauen 1, verstorben ist. Die Einäscherung fand am 17. März 1927, nachmittags ½3 Uhr, im Krematorium zu Tolkewitz statt.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Theater am Wasaplatz

Bis Sonnabend, den 19. März, täglich 8 Uhr:

Der Wauwau

Eine lustige Komödie in 4 Akten von Hodges und Percybal, deutsch von Kommer

Titelrolle: Adolph Rosé

Luxus-Schuhe

vorzügliche Fabrikate
neueste Frühjahrs-Modelle

Kombinationen in
Lack / Kroko / Eidechs
Schlange / Nubuk

Große Auswahl, niedrigste Preise!

Schuh-Oestreich

Jahnstraße 5, am Wettiner-Bahnhof
Königsbrücker Str. 3b, am Albertplatz
und **Frauenstraße 2a,** Ecke Schössergasse, am Altmarkt

Damen- Herren-} Räder

erstkl. Marken, zu günstig. Preisen u. Zahl.-Bed. zu verkaufen. W. Hetzer, Stephanienstr. 46

Hamburger Kaffee-Lager

Thams & Garfs

Thams & Garfs Kaffee ist der beste

Schindlers Roßschlächterei
Pirna, Schmiedestraße
empfiehlt seine prima
Fleisch- und Wurstwaren

Bergrestaurant
PIRNA

Jeden Sonnabend und Sonntag
Großer öffentlicher Ball

Hierzu laden ergeb. ein Besi u. Frau

Carolabad
Pirna- Jeden Freitag und Sonntag
Große Ballschau

Es laden ergeb. ein P. Taggesell u. Frau

M. u. A. Zocher

Bautzen, Kornmarkt 16

Tabak- u. Schreibwarenhandlung

---

ff. Schweinefleisch	Pfd. v. 0.90 an
ff. Mastochsenfleisch	Pfd. v. 0.70 an
ff. Mastlammfleisch	Pfd. v. 1.20 an
Pa. Kalbfleisch	Pfd. v. 0.90 an
Pa. Gewiegtes	Pfd. v. 0.90 an

Jeden Freitag und Sonnabend frischen Hackepeter

Sämtliche frischen und geräucherten Wurstwaren in bekannter Güte

Fleischsteuer wird angenommen!

Paul Müller
Pirna, Barbiergasse 2

Der
Oeffentl. Arbeitsnachweis für Freital und Umgegend
Geschäftsstelle: Freital / Lange Straße 19

sucht:	empfiehlt unter anderem:
Mägde mit und ohne Melkkenntnissen	Arztgehilfin
Knechte	Kinderfräulein
Flascheneinträger	Zimmermädchen
Starkpfeifer	Serviererfräulein
	Kontorpersonal

Geschäftszeit 8—4 Uhr — Fernruf 695

---

2 Mark
kostet eine
Windjacke
chemisch zu reinigen, einschl. wasserdicht. Imprägnation bei der
Großwäscherei
Dürerstraße 44

Annahme
FELLE
gerbt, färbt
Rehefelder Straße 21

Zur
Konfirmation
empfehlen wir in großer Auswahl zu niedrigst gestellten Preisen:

Kleider in Wolle und Samt, gute Qualitäten, aparte Macharten, **Hemden, Hemdhosen, Beinkleider, Prinzeßröcke,** pa. Hemdentuch mit zarter Stickerei oder Valencienne verziert, **Schlüpfer, Hemdhosen, Prinzeßröcke** in fein gestreifter Kunstseide, prachtvolle Farben, **Oberhemden, Krawatten, Kragen, Strümpfe** und **Socken, Hosenträger, Handschuhe, Taschentücher, Kleiderstoffe,** reine Wolle, schwarz und farbig, gute Qualitäten, **Samt** und **Seide**

Ferner möchten wir unsere verehrte Kundschaft auf die **täglichen Neueingänge** unserer

Putz- und Damen- und Kinder-Konfektions-Abteilung

aufmerksam machen

Albert Langer fr. E. Rohr Nachf.

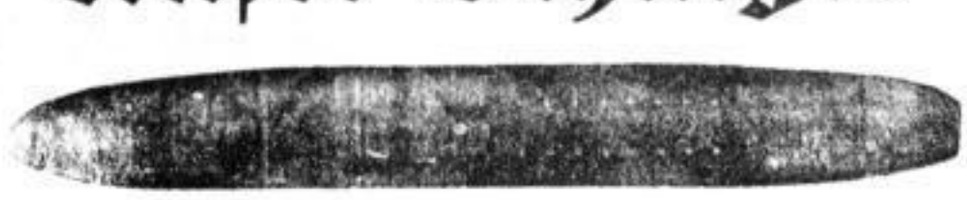
Dohnasche Straße 2 Pirna Dohnasche Straße 2

GEG

Zigarren

Nr. 6	Sumatra-Brasil, mittelkr. 9 ₰	Nr. 27	Sumatra-Havanna-St. Felix, volle Qualität 25 ₰
Nr. 8	Sumatra-Brasil, kräftig 9 ₰	Nr. 28	Brasil, würzig u. kräftig 20 ₰
Nr. 9	Sumatra-Brasil, mittelkr. 10 ₰	Nr. 29	Sumatra-St. Felix-Havanna, volle Qualität 35 ₰
Nr. 10a	Spezial-Marke, mittelkr. 8 ₰	Nr. 30	Sumatra-Havanna feine Qualität 35 ₰
Nr. 10	Sumatra-Brasil, kräftig 10 ₰	Nr. 35	Sumatra-St. Felix-Havanna, feine Qualität 25 ₰
Nr. 12	Sumatra-Brasil, mittelkr. 12 ₰	Nr. 36	Borneo-St. Felix-Havanna, voll aromatisch 25 ₰
Nr. 13	Sumatra-Brasil, kräftig 12 ₰	Nr. 37	Borneo-Brasil-Havanna kernig und voll 22 ₰
Nr. 14	Sandblatt St. Felix feines Aroma 10 ₰	Nr. 38	Borneo-St. Felix-Havanna, pikant 22 ₰
Nr. 15	Sumatra-St. Felix, kräftig 15 ₰	Nr. 42	Sumatra-St. Felix mittelkräftig 15 ₰
Nr. 18	Sumatra-Havanna sehr mild 20 ₰	Nr. 43	Dorflenlanden, mittelkräft. 10 ₰
Nr. 21	Sumatra-St. Felix-Havanna, kräftig 18 ₰	Nr. 44	Brasil, kräftig 12 ₰
Nr. 22	Sumatra-St. Felix-Havanna, aromatisch 18 ₰	Nr. 45	Sumatra-Brasil mittelkräftig 10 ₰
Nr. 23	Brasil, kräftig 15 ₰	Nr. 48	Sumatra-St. Felix-Havanna, volle Qualität 20 ₰
Nr. 24	Sumatra-St. Felix-Havanna, leichte Qualität 17 ₰		
Nr. 26	Sumatra-St. Felix-Havanna, leicht 25 ₰		
Nr. 26	Sumatra-Havanna-Mexiko, leicht. ff. Aroma 30 ₰		

Unser Schlager



Nr. 110 . . . 10 Pf.

Nr. 112 . . . 12 Pf.

Nr. 115 . . . 15 Pf.

Erhältlich in allen Verteilungsstellen des

Konsumvereins

Vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder

Faherräder
erstklass., 2 J. Garant.
Anzahl. 10 M.
Arbeitsbescheln. mitbr
Oppellstraße 19. 1.

Alle Feld-, Garten- und Blumen-
Samen
Düngemittel
Haußwald am Markt
Kolonialwaren — Saaten — Futtermittel

Von Herrschaften wenig getr. Herren- u. Damen-Garderobe sowie Schuhe.
Maßanzüge . . von 10 M. an
Maßjackette . von 5 M. an
Maßwesten . . von 0,75 M. an
Wintermäntel, von 10 M. an
nur Garderobehaus zur billigen Quelle
Am Ans II, am Postplatz

Sondernummer für die Oberlausitz

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.); durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. / Geschäftsst. u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

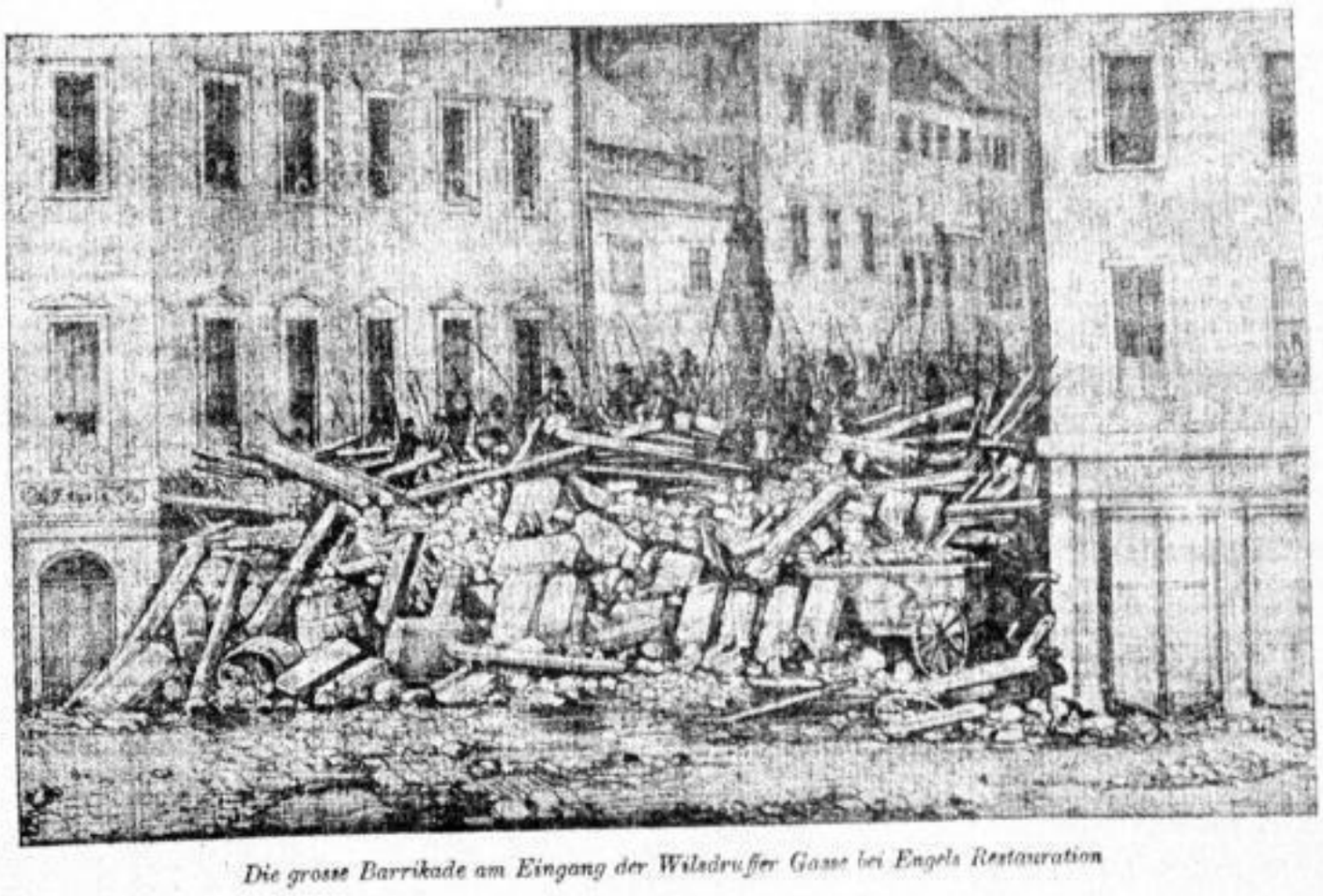
3. Jahrgang — Freitag, den 18. März 1927 — Nummer 65

Märzenstürme!

R.R. Die Rückerinnerung an die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848, das ist heute eine der Aufgaben des Proletariats geworden. Das deutsche Bürgertum, das damals gegen den Feudalismus aufstand, hat diesen Traum seiner Jugendblüte längst vergessen. Alle Erinnerungen daran werden totgemarxt oder verwässert. Nach der Geschichtsschreibung der bürgerlichen Historiker ist der 18. März als revolutionärer Tag in Berlin ein Zufall. Weder die Truppen wollen schießen, noch die Massen eigentlich angreifen. Die Schüsse, die in Berlin den Sturm entfachten, die zur Vertreibung der Truppen aus Berlin führten, sie sind nach den bürgerlichen Darstellungen ein Zufall. In Wirklichkeit handelte es sich um einen gemeinen, hinterhältigen Ueberfall, den der damalige Prinz von Preußen, der nachmalige Kaiser Wilhelm I., befohlen hatte. Die Soldaten schossen auf die vor dem Schlosse demonstrierenden Massen. Die Massen antworteten mit dem Gegenangriff. Sie vertrieben das Militär, der Prinz packte die Koffer und reiste nach England. Auf den Barrikaden stand die arbeitende Masse. Berlin gehörte am 18. März ebenso dem Proletariat.

Wir wollen hier im Rahmen dieses Artikels nicht auf die ökonomischen Ursachen der Revolution eingehen. Nur eine Frage muß beantwortet werden: Die Träger der Revolution waren die Arbeitermassen, die kleinen Handwerker, die Nutznießer die Bourgeoisie. **Weshalb?** Weil den Proletariern die ökonomischen Voraussetzungen für den Aufbau ihrer Macht noch fehlten. Nach dem Auf und Ab der Bewegung, nach dem Sieg der Gegenrevolution verbündete sich die aufsteigende Bourgeoisie mit dem Feudalismus gegen die vorwärtsdrängenden unteren Schichten. Das Werk wurde nicht zu Ende geführt. 1918 in der revolutionären Bewegung sahen wir ein gleiches Schauspiel, die sozialdemokratischen Führer verbündeten sich mit den Großkapitalisten gegen die proletarische Revolution.

Wenn heute das Bürgertum bemüht ist, die Form des revolutionären Kampfes abzuschwören, dann deshalb, weil als nächste auf den Barrikaden die Arbeiter gegen die bürgerliche Gesellschaft stehen. Deswegen Verschleierung des Kampfes von Berlin, deswegen die Politik des „Zufalls". Aber der „Zufall" brachte der Arbeiterklasse den Sieg. Die bewußte Anwendung dieser Taktik brachte dem russischen Proletariat den Sieg. Deswegen ist es bewußte antirevolutionäre Propaganda wenn gestern die „Volkszeitung" von den „wechselnden Formen" schreibt. Ganz wagt die Dr. V. es nicht, den Kampf der Barrikaden zu verleugnen, aber auch sie will auf den „Zufall" abstellen. Daneben führt sie eine lächerliche und verlogene Hetze gegen Rußland. Zum Gedenken an die Revolution verherrlicht der Reformismus die Konterrevolution. So werden die Arbeiter den Artikel „Die Formen wechseln" bewerten.



Die grosse Barrikade am Eingang der Wilsdruffer Gasse bei Engels Restauration

Der Altmarkt während des Aufstandes

Die Revolution in Sachsen

Fast sollte man betonen, hier habe das Wort von den „gemütlichen Sachsen" eine ganz besondere Berechtigung. Während in den deutschen Landen überall die Aufstandsbewegung brodelte, mußte man in Sachsen noch über ein Jahr warten. Hier beschränkte sich die Bewegung im März 1848 fast ausschließlich auf Leipzig. Diese Metropole der aufsteigenden Bourgeoisie wurde als erste von der Bewegung mit erfaßt. Hier forderte man Pressefreiheit und Beteiligung aller Staaten am Bundestag. Also ein einheitliches Deutschland. Mehrfach schickte man Delegationen an den König, bis dieser ein neues Ministerium ernannte. Nach Leipzig schickte man Truppen, an der Grenze wurden preußische Truppen zusammengezogen, v. Carlowitz beruhigte die Leipziger und die Erregung löste sich vorübergehend in Wohlgefallen auf. Die Märzbewegung des Jahres 1848 verlief in Sachsen vollständig unblutig.

Zu ernsten Kämpfen kam es hier erst im Mai 1849 anläßlich der Auseinandersetzungen über die Anerkennung der Reichsverfassung und die Landtagswahlen. Die sächsische Regierung lehnte die Anerkennung der Reichsverfassung ab. Das veranlaßte dann doch die Demokraten, mobil zu machen. Zwar baten sie den König immer noch flehentlich, die Verfassung anzuerkennen, doch als dieser nicht mitmachte, organisierte man für den 3. Mai eine feierliche Parade der Dresdner Kommunalgarde für die Reichsverfassung. Um 12 Uhr mittags berief man dann auf 4 Uhr den Verteidigungsausschuß ein, da der ehrenwerte Wettiner das preußische Militär herbeirief. Anläßlich der Parade wurde dann von der Zeughausbesatzung in die Massen geschossen. Das war der Auftakt zum Kampf. Barrikaden entstanden, doch wurde die Erstürmung des Zeughauses verhindert. Doch war dies das Signal zum Aufstand. Aus Ostsachsen, ja aus weiten sächsischen Orten, selbst aus Zwickau kamen Kommunalgarden nach Dresden. Im Rathaus wurde eine provisorische Regierung und ein Verteidigungsausschuß gebildet.

Die Kommunalgarden führten ihren Kampf mit Tapferkeit und Entschlossenheit. Sie schreckten nicht vor den notwendigen Maßnahmen zurück, wie die Ruinen des Opernhauses bewiesen. Im Kampfe um ihre Interessen ließ die Bourgeoisie ihre heiligen Phrasen außer acht. Nachher bezeichnete sie das freilich als eine Mordbrennertat des von Prag nach Dresden geeilten Bakunin. Natürlich, Bakunin war und ist der Bourgeoisie verhaßt, weil er die rote Fahne der Revolution entfaltete. Die marxistisch geschulte Arbeiterschaft hat sich mit dem Bakunismus schon lange auseinandergesetzt. Aber sie achtet in ihm, bei aller Ablehnung seiner Theorie, den Revolutionär.

Die Gesamtführung der Aufständischen war unentschlossen, sie wagte nicht vorzugehen. So waren die Truppen der Gegenrevolution bald im Vorteil.

Am 5. Mai hatten sie das Brühlsche Palais besetzt. Die Aufständigen räumten freiwillig die Barrikaden am Moritzdenkmal und an der Schießgasse. Am 6. Mai stürmten die Truppen Hotel Stadt Rom, wo sich eine Barrikade befand. Am 7. Mai nahmen die Truppen das „Turmhaus", die Spiegelfabrik und die Sophienkirche. Der Wilsdruffer Platz wurde unhaltbar für die Revolutionäre.

Am 9. Mai floh die provisorische Regierung nach Freiberg.

Die Truppen der Konterrevolution verrichteten dann eine wüste „Aufräumungsarbeit". Mißhandlung und Erschießung von Gefangenen waren an der Tagesordnung. Der Rachefeldzug der Konterrevolution begann.

Die Lehren, die das deutsche Proletariat aus dieser Bewegung zu ziehen hatte, sind oft und oft besprochen. Aber nochmals, gegen die Tendenz des Reformismus, der den Arbeitern erzählt, die Zeit der Barrikaden, des revolutionären Kampfes sei vorbei, nur zur Abwehr sei die Barrikade berechtigt, diese Tendenz, die objektiv die Konterrevolutionäre unterstützt, die Illusionen weckt, muß man auf das entschiedenste bekämpfen.

Wir gedenken am 18. März des siegreichen Aufstandes. Die wenigen Tage der Macht der Aufständigen sind uns die Lehre. Wir rüsten zu unserem Sieg.

Wir unterstreichen: Die bürgerliche Klasse führte ihre Revolution 1848 nicht zu Ende, weil schon die nachdrängende Klasse der Proletarier ihnen auf den Fersen folgte, weil sie es nur noch vermochte, im Bündnis mit den Feudalisten diese Klasse niederzuhalten. Im Kern war die deutsche Kapitalistenklasse, die 50 Jahre nach der französischen Bewegung mit dem Feudalismus stritt, schon zur Zeit ihrer eigenen revolutionären Bewegung konterrevolutionär, mußte konterrevolutionär sein; denn schon bedrohte die nachfolgende Schicht den Besitz und das Eigentum der Kapitalisten. Für uns gilt die gute, die revolutionäre Tradition von 1848 und 1849, die des Kampfes. Auf dieser Tradition bauen wir weiter.

Hotel zur Stadt Rom in Dresden am 7. Mai 1849

Verlängerung des Rahmenvertrages in der Berliner Metallindustrie

Bis zum 30. April — Provokatorische Erklärungen der Unternehmer — Metallarbeiter, verstärkt die Mobilisation in den Betrieben

Am Mittwoch sollten im Hause des VBMJ die Verhandlungen über die Erneuerung des Rahmenvertrages für die Berliner Metallindustrie beginnen. Gleichzeitig standen die Lohnforderungen der Metalltransportarbeiter, die in ihrer Mehrzahl im Deutschen Verkehrsbund organisiert sind, mit zur Verhandlung.

Zum Rahmenvertrag erklärten die Unternehmer provokatorisch, daß es darüber gar keine Verhandlungen gebe. Vor Zustandekommen des Arbeitszeit-Notgesetzes sei die Lage überhaupt unübersichtlich. Ein Zugeständnis in der Arbeitszeitfrage komme für den VBMJ gar nicht in Betracht. Die Unternehmer seien lediglich bereit, den Rahmenvertrag vorläufig um 8 Wochen zu verlängern und über die Lohnforderungen der Hilfsarbeiter sofort zu verhandeln.

Darauf zogen sich die Unterhändler des Metallkartells zu einer internen Beratung zurück. Es wurde beschlossen, um eine sofortige Behandlung über die Hilfsarbeiterlöhne zu ermöglichen, in eine Verlängerung des Rahmenvertrages einzuwilligen, jedoch nur um 4 Wochen.

Darauf kam schließlich eine Einigung zustande. Der Rahmenvertrag, der am 6. April ablaufen sollte, wurde bis 30. April verlängert. Die Verhandlungen über die Hilfsarbeiterlöhne sollen nunmehr in der nächsten Woche zum Abschluß kommen.

*

Die provokatorische Haltung der Berliner Metallindustriellen zeigt den Arbeitern der Metallindustrie, daß es beim Kampf um die Zurückeroberung der 46½-Stundenwoche hart auf hart geht. Wenn die Unternehmer unter Berufung auf das Arbeitszeitnotgesetz Verhandlungen über die Arbeitszeit ablehnen, so heißt das, daß sie kein Zugeständnis machen, sondern im Gegenteil Verschlechterungen durchdrücken wollen. Man braucht das neue Notgesetz nicht abzuwarten, wenn die Arbeitszeit verkürzt werden soll. Denn soviel ist heute schon klar, daß das Notgesetz keine Verkürzung der Arbeitszeit bringen wird. Aber die Unternehmer warten vor allem auf die Bestimmung des Notgesetzes, die auch während einer tariflosen Zeit die bisherige tarifliche Arbeitszeit gestattet, um für sich eine bessere Kampfposition zu haben.

Die Einwilligung in die vorläufige Verlängerung des Rahmenvertrages bedeutet ein Zurückweichen der Führer des DMV, das übereinstimmt mit dem Verhalten der DMV-Führer in den übrigen Bezirken Deutschlands, vor allem in Sachsen und Mitteldeutschland. Es wäre dem DMV möglich, die Macht der Metallarbeiter vereinter Bezirke einzusetzen, um den Achtstundentag zurückzuerobern. Aber statt dessen wird die Bewegung bewußt in Bezirke und Unterbezirke verzettelt. Die Verschiebung des Kampfes in Berlin ist ein ähnliches Manöver, wie es in anderen Bezirken von der DMV-Bürokratie durchgeführt wurde.

Wenn der Berliner Rahmenvertrag nicht, wie die Unternehmer es wollten, um acht Wochen verlängert wurde, so ist das nur dem Einfluß der Opposition zu verdanken.

Die Kampflage verbürgte im jetzigen Moment einen Erfolg sowohl im Kampf um den Achtstundentag wie im Kampf um höhere Löhne für die Hilfsarbeiter. Die Betriebe sind aufgerüttelt und kampfentschlossen.

Damit das Manöver der reformistischen Führer trotz alledem den Sieg nicht verhindern kann, ist es nötig, nun erst recht zu rüsten und den Druck auf die DMV-Bürokratie zehnfach und hundertfach zu verstärken. Gerade weil wir wissen, daß das Unternehmertum hofft, in vier Wochen einen besseren Stand zu haben, gerade darum müssen die Kampfvorbereitungen der Berliner Metallarbeiterschaft mit allen Kräften beschleunigt und vervollständigt werden.

Jetzt müssen die Betriebe auf den Plan treten und die **sofortige Zusammenberufung der VBMJ-Funktionäre fordern und durchsetzen. Dort müssen die weiteren Kampfmaßnahmen beschlossen werden.**

Verstärkt die Mobilisation in der Berliner Metallindustrie! Rüstet dazu und erzwingt die Aufnahme des Kampfes! Die 46-Stundenwoche muß zurückerobert werden!

Stresemanns Außenpolitik

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages berichtete Stresemann am Donnerstag, den 17. März über die Sitzung des Genfer Völkerbundsrates und die außenpolitische Lage. In den vertraulichen Verhandlungen kamen von den Deutschnationalen Professor Hoetzsch, von den Sozialdemokraten Breitscheid, vom Zentrum Kaas und von der Volkspartei von Rheinbaben zum Wort. Wie die linksbürgerliche Presse mitzuteilen in der Lage ist, haben sich die Deutschnationalen in der Sitzung durchaus mit der Haltung Stresemanns einverstanden erklärt. Dies war zu erwarten, daß sie ja längst grundsätzlich mit Stresemann einverstanden sind. Daß die Sozialdemokraten sich wiederum völlig mit Stresemann einverstanden erklärten, braucht wohl kaum betont zu werden. Die Beratungen gehen morgen weiter. Für die kommunistische Fraktion wird der Genosse Stoecker sprechen.

Ein unverschämter Angriff Husemanns gegen die englischen Bergarbeiter

Berlin, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Auf der vorgestern und gestern abgehaltenen Tagung der Exekutive der Bergarbeiter-Internationale griffen die englischen Delegierten den Sekretär der Bergarbeiter-Internationale Hodges an, der während des Bergarbeiterstreiks erklärte, die Kohlensperre über England nicht verhängen zu können, daß die Bergarbeiter-Internationale keine finanzielle Hilfe leisten könne und die englischen Bergarbeiter schlechte Führer hätten. Hodges hat jetzt einen Regierungsposten angenommen, wodurch er die Bedingungen zur Anstellung unmöglich gemacht hat. Hodges griff Cook scharf an und erklärte, Cook erfülle nur Moskauer Instruktionen, **Moskau verlange die Zerstörung der Internationale. Vorher hatte er die Rede Cooks in Moskau an die Delegierten** verteilen lassen. Eine Resolution der englischen Delegierten für den Rücktritt Hodges wurde abgelehnt, aber eine dreigliedrige Kommission gewählt, die die Haltung Hodges während des Streiks und die Frage seines neuen Postens untersuchen soll. **Husemann brachte eine Resolution ein, die den Rücktritt Cooks verlangte.** Cook erklärte, **die englischen Bergarbeiter hätten ein Recht, selbständig zu entscheiden, wen sie als Vertreter in die Bergarbeiter-Internationale haben wollten.** Der englische Delegierte Smith gab eine ähnliche Erklärung ab und sagte, er sei für die Aufnahme des russischen Bergarbeiterverbandes in die Internationale.

Husemann zog unter dem Druck der englischen Delegierten seine Resolution zurück,

erklärte aber, eine ersprießliche Arbeit in der Internationale sei unmöglich geworden, seitdem Cook in die Exekutive eingetreten sei. Es sei daher gut, wenn dieser die Exekutive verlassen würde.

Der deutsche Gewerkschaftsführer demonstrierte sich auch hier als der reaktionärste Geselle. Die deutschen Bergarbeiter müssen zu diesem unverschämten Angriff Husemanns sofort Stellung nehmen und diesen Reaktionär zum Teufel jagen.

Englisches Ausnahmegesetz gegen den Generalstreik

London, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die Baldwinregierung hat einen Gesetzentwurf fertiggestellt, der den Generalstreik als einen Akt illegaler Verschwörung, ferner das Streikpostenstehen und Zwangsumlage innerhalb der Gewerkschaften zugunsten politischer Parteien oder Organisationen verbietet. Den Beamten und Angestellten der Gewerkschaften wird verboten, sich gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen anzuschließen, die politische Färbung haben oder sich politisch beteiligen. Der Entwurf wird in den nächsten Tagen dem Parlament zugehen.

Neuer Generalstreik in Schanghai

Verhandlungen über die Uebergabe der Stadt

London, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die englischen Blätter melden, daß auf Grund falscher Meldungen über die Einnahme von Nanking durch die Kantonarmee in Schanghai der Generalstreik proklamiert worden sei, an dem sich [illegible] Arbeiter beteiligten. Das Reuterbüro meldet, daß der Führer der Tschangtruppen unterhandle mit dem Oberbefehlshaber der Kantonarmee über die Möglichkeit eines Abkommens, durch das der Kantonarmee die friedliche Besetzung der Stadt Schanghai ermöglicht werden soll.

Ausdehnung der Streikbewegung in Polen

Vor dem Generalstreik

Warschau, 18. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Streikkomitee in Lodz hat beschlossen, daß im Falle des Scheiterns der Verhandlungen zwischen Unternehmern und Streikenden heute der Generalstreik proklamiert werden soll. Für heute ist eine Reihe von öffentlichen Demonstrationen angesetzt. Der Textilarbeiterstreik der Lodzer Industriebezirke wächst sich zu einer Bewegung über ganz Polen aus. Die Metallarbeiter von Lodz haben sich der Bewegung angeschlossen. Die Schneider, Schuhmacher und die Arbeiter der Strumpffabriken sind ebenfalls in den Streik getreten.

Kappist v. Keudell kündigt ein Reichkonkordat an

Nach Verabschiedung des Etats für Ernährung und Landwirtschaft in zweiter Lesung wurde in der Donnerstagsitzung des Reichstages der Haushalt des Ministeriums des Innern beraten. Zur Begründung des Etats führte

Kappist von Keudell

aus:

Ich sehe meine Aufgabe darin, unter Vermeidung jeder Schwächung des Vaterlandes für dessen weiteren Aufstieg (für den Aufstieg der Macht der Bourgeoisie. D. V.) zu wirken. Die Verunglimpfung vergangener Zeiten dient auch der Verächtlichmachung des Reiches im Auslande. Wie der Reichskanzler in seiner Regierungserklärung versprochen, werde auch ich dafür sorgen, daß unsere Geschichte geehrt wird. Andererseits sind auch die Symbole des neuen Staates Herzensideale eines großen Teiles unseres Volkes geworden. Als nächste Aufgaben folgt daraus nicht die Verabschiedung vieler Gesetze, sondern eine Behandlung der Verfassungsfragen mit dem Ziele, daß der Mensch in den Mittelpunkt gestellt wird und nicht der Geldbeutel. (Unruhe, stürmisches Gelächter bei den Kommunisten.) Der Schrei der Elternschaft nach Erziehung der Kinder im Glauben der Väter wird immer vernehmlicher. Auf dem Gebiete unseres Schulwesens ist vieles wieder gut zu machen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß ein Weg gefunden werden kann und muß, der den verschiedenen Konfessionen das gibt, worauf sie Anspruch haben und im übrigen dem Staate das gibt, was des Staates ist. Ich betrachte es als die wichtigste Aufgabe, die Berufsfreudigkeit der Beamten zu erhalten und zu fördern. (Genosse Torgler: Die Beamten wollen höhere Besoldung, keinen Schmus! — Rüge des Vizepräsidenten für den Genossen Torgler.) Das Berufsbeamtentum darf nicht angetastet werden. Ich werde mich schützend vor die Beamten stellen, wenn versucht wird, ihre Rechtsstellung zu erschüttern. (Rufe bei den Kommunisten: Das sieht man am Beamtenvertretungsgesetz!) Ich betone ausdrücklich, daß nach wie vor die Artikel der Reichsverfassung gelten, die auch dem Beamten politische Gesinnungsfreiheit geben und Gesinnungszwang und Gesinnungsschnüffelei ausschließen. In der Mannigfaltigkeit der staatlichen Verhältnisse Deutschlands erblicke ich eine unerschöpfliche Kraftquelle. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkt, daß die Souveränität der Länder (die Machtwillkür der monarchistischen Reaktion in Bayern. D. V.) nicht angetastet werden darf.

(Beifall bei den Bürgerblockparteien.)

Abg. Sollmann (SPD) erklärt, daß der Haushalt des deutschen Kultusministers viel zu kümmerlich ausgestattet sei. Die SPD fordere von Keudell Stellungnahme zum Ablauf des Republikschutzes und ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 zu schaffen.

Abg. Dr. Mumm (Dnat.): Der Minister des Innern muß den Willen zur Macht haben. Nur so ist die ruhige Fortentwicklung des Reichsgedankens und der Verfassung (zur Monarchie. D. V.) möglich. Der Redner bespricht das Gesetz zum Schutze der Jugend gegen Schund und Schmutz. Wer die Sünde kenne, wisse, daß ihr mit der Waffe des Gesetzes gewehrt werden müsse.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) spricht seine Freude darüber aus, daß sich wieder Ueberzeugung durchsetzt. Der Katholizismus mit seinen hohen Gemütswerten ist eine kulturelle Notwendigkeit für Deutschland. Es sei sehr anzuerkennen, daß die Sozialdemokratie und die Vossische Zeitung die Konkordatsfrage mit großem Takt behandelt haben.

Abg. Dr. Krämer (D. Vpt.): Wir leben in der Zeit der Souveränität des Volkes. Wir haben unser Schicksal selbst in die Hand genommen und schützen den Staat in seinem Bestande.

(Bravo bei der Volkspartei!)

Die Weiterberatung wird auf Freitag 1 Uhr vertagt.

*

Ein neuer Anschlag der Reaktion

Berlin, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Deutsche Volkspartei, Zentrum und Deutschnationale brachten gestern im bevölkerungspolitischen Ausschuß des Preußischen Landtages einen Antrag ein, der das Verbot der „Nacktdarstellungen" in Theaterrevues und das Verbot der Verbreitung von Schallplatten, die **eine „Vergiftung der Volksseele"** herbeiführen können, verlangt.

*

Unter Schmutz und Schund

Beschlagnahme im Fackelverlag

Stuttgart, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) In den Räumen der Firma Fackel, Verlagsbuchhandlung in Stuttgart, nahmen drei Kriminalbeamte eine Beschlagnahme vor. Beschlagnahmt wurden sämtliche Werke von dem Psychoanalytiker-Psychologen Stekel, eines Schülers von Freud, die Werke des Engländers Ellis, die Werke von Magnus Hirschfeld, Erwin Bloch, Eduard Fuchs und sieben anderen anerkannten Autoren.

Der Reichstag soll nach Hause geschickt werden

Berlin. Die Bürgerblock-Parteien haben, wie die Vossische Zeitung meldet, die Absicht, den Reichstag im Mai für ein halbes Jahr zu vertagen und ihn erst im November wieder zusammentreten zu lassen. In der Zwischenzeit soll die Regierung das Schulgesetz und die Konkordatsvorlage ausarbeiten und die öffentliche Meinung entsprechend bearbeiten.

Wachsender Kapitalüberfluß

Die steigende Konjunktur bringt den deutschen Kapitalisten in der Gegenwart doppelte Verdienste. Ihre Profite steigen nicht nur durch den Kartell- und Monopolwucher, der das Preisniveau unaufhörlich nach oben treibt. Man muß vielmehr berücksichtigen, daß die deutsche Kapitalistenklasse in diese Konjunktur hineingeht mit einem gut durchrationalisierten Produktionsapparat und nachdem sie der Arbeiterklasse bedeutend verschlechterte Arbeitsbedingungen aufgezwungen hat. Diese beiden letzteren Faktoren bedeuten eine Senkung der Gestehungskosten, denen auf der anderen Seite gegenübersteht nicht nur eine Senkung, sondern eher eine Erhöhung der Verkaufspreise. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die Profite des deutschen Kapitalismus mit dem Ansteigen der Konjunktur sich vervielfachen, und daß die Bourgeoisie vielfach nicht weiß, wohin sie mit dem fortwährend aus dem Schweiß der Arbeiter neu entstehenden Kapital soll.

Diese Entwicklung findet einen sehr deutlichen zahlenmäßigen Niederschlag in der inneren Kapitalbildung. Regierungen und Kommunen, öffentliche Körperschaften und Industriegesellschaften nehmen für ihre Zwecke vom Geldmarkt Kapital auf, und je mehr dieser Geldmarkt durch die sich dort ansammelnden Profite, die nicht in der Produktion verwertet werden können, füllt, desto reichlicher können diese Geldsuchenden ihre Kapitalbedürfnisse befriedigen. Die Höhe der von den inländischen Geldnehmern am deutschen Geldmarkt aufgenommenen Kapitalien gibt also einen zuverlässigen Maßstab für die Gestaltung der kapitalistischen Ueberschüsse, wenn man die aus dem Ausland eingeführten Kapitalien in Abzug bringt.

In dieser Beziehung hat nun der Februar, wie die jetzt veröffentlichten Zahlen dieses Monats zeigen, einen Rekord geschlagen. Wir geben nachstehend eine Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge auf dem Kapitalmarkt vom Anfang vorigen Jahres ab.

	Auslandsanleihen	Inlandsanleihen	Kapitalerhöhungen, -zuschüsse	Kapitalherabsetzungen	[illegible] *)
	in Millionen Reichsmark				
Januar	162,4	1,00	25,10	4,98	—141,2
Februar	136,4	72,00	15,16	5,07	— 54,[illegible]
März	61,5	97,50	17,06	16,49	+ 30,[illegible]
April	122,8	453,35	59,36	7,81	—382,[illegible]
Mai	118,5	98,25	43,34	24,11	— 31,[illegible]
Juni	260,5	10,50	40,60	38,36	—247,[illegible]
Juli	119,8	175,98	37,28	47,15	+ 41,[illegible]
August	39,1	128,50	45,39	43,78	+ 91,0
September	238,3	100,00	572,19	39,61	+394,2
Oktober	74,7	63,00	44,12	27,45	+ 5,0
November	198,0	73,00	92,19	29,88	— 83,[illegible]
Dezember	196,7	107,50	83,99	114,34	—120,[illegible]
1926 insgesamt	1758,7	1378,58	1075,77	398,48	298,2
1927:					
Januar	13,77	212,25	52,27	14,89	+263,0
Februar	35,3	607,50	119,31	27,00	+66[illegible]

*) Kapitalerhöhungen und Inlandsanleihen abzüglich Kapitalherabsetzungen und Auslandsanleihen

Wenn auch die Ergebnisse der einzelnen Monate außerordentlich stark schwanken, weil die Anleiheaufnahme naturgemäß sich unregelmäßig vollzieht und der Kapitalmarkt außerdem in starkem Maße abhängig ist von dem Zustrom ausländischer Gelder, so zeigt sich doch ganz unverkennbar in der allgemeinen Linie ein Ueberschuß der inländischen Kapitalbildung. Im Februar tritt er ganz besonders kraß in die Erscheinung durch die Auflegung der Reichsanleihe in Höhe von 500 Millionen Mark, und es zeigt sich, daß zu deren Unterbringung ausländische Geldmittel in nennenswertem Maße nicht erforderlich waren. So bietet der deutsche inländische Kapitalmarkt ein getreues Spiegelbild von der durch allgemeine Profiterhöhung gestärkten Kapitalkraft der deutschen Bourgeoisie. Er stellt gewissermaßen die Kehrseite der wachsenden proletarischen Verelendung dar, um so mehr, als die immer schärfer gesenkte Lebenshaltung der arbeitenden Massen heute die unmittelbare und wichtigste Grundlage der gesteigerten Kapitalneubildung darstellt.

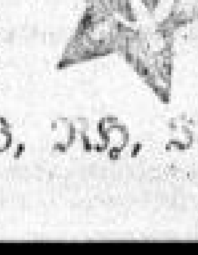
Heraus zur Märzkundgebung

am Sonntag, den 20. März 1927!

Stellplätze	Abmarschzeit
Zentrum I: Hohenthalplatz	10,45
Zentrum II (Johannstadt): Dürerplatz	10,30
Zentrum II (Altstadt): Ringstraße	10,30
Striesen u. Leuben: Tolkewitzer Friedhof	9,45

Stellplätze	Abmarschzeit
Neustadt-Ost: Königsbrücker Platz	10,45
Neustadt-West: Rie aer Platz	10,30
Löbtau: Nostitz-Wallwitz-Platz	10.30

KPD, KJVD, RFB, RFMB, RH, [illegible]



Beilage
Freitag, den 18. März 1927

Arbeiterstimme

Nr. 65
3. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Das Böhlner Unglück „unaufklärbar"

Genosse Lieberasch zeigt die Schuldigen an der Böhlener Katastrophe — der Staatsanwalt konnte „nichts feststellen". — Festgestellter Verfassungsbruch wird von der Regierung verteidigt. — Um den 1. Mai und den 9. November.

Landtagssitzung vom 17. März 1927

Beim ersten Punkt der Tagesordnung, einer Regierungsvorlage, den Geschäftsbericht der Landesbrandversicherungsanstalt betreffend, stellt

Genosse Opitz

fest, daß die Anstalt auf Profitwirtschaft aufgebaut ist, nicht auf den Interessen der Versicherten dient. Das kommt zum Ausdruck darin, daß die Anstalt sämtliche Mühlen wegen gesteigerter Feuersgefahr von der Versicherung ausgeschlossen hat. Während die wenigen großen Mühlen sich versichern können, sind die von dem Ausschluß betroffenen 69 mittleren und 214 kleinen Mühlen dazu nicht in der Lage. Opitz beantragt, die Mühlen wieder in die Versicherung aufzunehmen. Der Antrag wird samt der Vorlage an den Haushaltausschuß B verwiesen.

Dann kommt zur Beratung ein sozialdemokratischer Antrag: die Regierung soll Mittel bereitstellen zur Errichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen. Der Antrag fordert weiter Richtlinien der Regierung für diese Stellen. Frau Schilling (SPD) verlangt bei der Begründung des Antrages, daß die Beratungsstellen vornehmlich dem Schutze der schwangeren Frau dienen sollen.

Genosse Dr. Schmincke

nennt die Dinge beim richtigen Namen und betont, daß die Beratungsstellen den Kampf gegen die §§ 218 und 219 aufnehmen müßten, wollten sie wirklich helfend eingreifen. Er fordert, daß die Beratungsstellen Auskunft geben sollen über Verhütung und Unterbrechung der Schwangerschaft. Ferner verlangt er die Beseitigung der Wohnungsnot und des sozialen Elendes, weil dadurch die Voraussetzungen für die Beratungsstellen in Fortfall kommen. (Seine Ausführungen werden mit Zustimmung selbst bürgerlicher Abgeordneter und Tribünenbesucher aufgenommen.)

Nachdem die Demokratin Frau Dr. Ulich-Beil den Antrag befürwortet hat und noch weitere Redner gesprochen haben, wird er dem Haushaltausschuß A überwiesen.

Eine volksparteiliche Anfrage wendet sich dagegen, daß die Sächsischen Werke" in Verbindung mit einem von ihnen errichteten Erholungsheim für ihre Angestellten und Arbeiter eine Gaststätte betreiben. Die Anfragenden sehen darin eine Schädigung privatwirtschaftlicher Interessen.

Hierauf begründet

Genosse Lieberasch

einen kommunistischen Antrag, der die fortgesetzten Unglücksfälle im Braunkohlenwerk Böhlen zur Ursache hat. Die Kommunisten fordern in ihrem Antrag die Einführung der 12-Stundenwoche und die Durchführung aller Schutzvorschriften durch sämtliche Bau- und Installationsfirmen; ferner die Einsetzung von Kontrollkommissionen aus Arbeiterkreisen.

Der Regierungsvertreter erklärt zu den Unglücksursachen, daß diese „noch nicht festgestellt werden konnten".

Der Sozialdemokrat Ebert unterstreicht die Ausführungen des Genossen Lieberasch, während die bürgerlichen Vertreter besonderen Wert auf den Kampf gegen die Gaststätte der Sächsischen Werke legen, von der die Regierung erklärt, daß die kleinen Gastwirte dieses Gebietes nichts gegen diese Einrichtung einwenden.

Genosse Lieberasch

deckt die wahren Hintergründe dieses Angriffes der Bürgerlichen. Die Privatunternehmen sind tatsächlich gegen die Einrichtung eines Erholungsheimes durch die ASW., weil ihre Arbeiter dann ähnliche Forderungen zu stellen vorbereitet werden. Wir wünschen keine Privatgaststätte, sondern verlangen, daß der ganze Betrieb in den Dienst der Erholung der ohnehin schwer ausgebeuteten Arbeiter der ASW gestellt werden. In scharfen Worten geißelt Genosse Lieberasch die Tatsache, daß die Regierung bis heute noch „nicht in der Lage war, die Ursachen des Unglücks in Böhlen" festzustellen. Es ist eine Tatsache, daß tatsächlich längst die schlechte Zusammensetzung des Materials als Ursache erkannt und der Verantwortliche dafür als der Schuldige bezeichnet werden müßte. Die Regierung hat mit dem Apparat der Klassenjustiz „bis heute seit 2 Jahren nichts feststellen können".

Jeder Bauarbeiter war in der Lage, diese Ursachen festzustellen.

Der Staatsanwalt, der mit der Untersuchung beauftragt wurde, hat nicht einmal den einzigen Ueberlebenden der Katastrophe „auffinden können", dessen Aussagen am Tage nach dem Unglück den Unternehmer veranlaßten, diesem mit dem Zuchthause zu drohen. (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Diese Art der „Untersuchung" kennzeichnet die Interesselosigkeit der Regierung, die als Organ der Kapitalisten nichts gegen die Vernichtung von „überzähligen" Arbeiterleben auch auf diesem Wege hat. Wir werden den „Wahrheitsuchern" des Herrn Bünger gern helfen beim Suchen der Schuldigen. Wir glauben aber nicht, daß diese Arbeitermörder von dieser Regierung zur Verantwortung gezogen werden. Unsere Aufgabe ist es deshalb, an Hand dieses charakteristischen Beispiels die Augen zu öffnen über das Wesen der Klassenjustiz! (Lebhaftes Bravo! bei den Komm.) Der Antrag wird einstimmig dem Ausschuß überwiesen.

Ein sächsischer Demokrat als Verteidiger des Immunitätsbruches!

Genosse Renner

begründet nunmehr einen Antrag der kommunistischen Fraktion, die sich mit dem Bruch der Immunität kommunistischer Abgeordneter durch sächsische Polizeibeamte beschäftigt. Wie erinnerlich, waren unter Bruch der Verfassung die Arbeitsräume des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Rädel und der Landtagsabgeordneten Renner und Gäbel im Landtag, in Privatwohnungen und in den Räumen der Dresdner Arbeiterstimme von Beamten des „altsozialdemokratischen" Dresdner Polizeipräsidenten Kühn erbrochen und durchsucht worden. Genosse Renner weist darauf hin, daß dieser Verfassungsbruch von allen Parteien im Landtag von den Altsozialisten und Demokraten bis zu den Deutschnationalen gebilligt und von dem Altsozialisten Max Müller als Innenminister „begründet" wurde. Der Reichstag hat zu diesem Vorgehen Stellung genommen und hat der sächsischen Regierung mitgeteilt, daß er die Beschwerde des Abgeordneten Rädel einstimmig als berechtigt anerkannt hat und daß auch ein „sächsisches Gewohnheitsrecht" diese Vorgänge nicht entschuldigt. Genosse Renner fordert, daß die Regierung den Behörden die strengste Anweisung gibt, die Immunität der Abgeordneten innezuhalten.

Der neue sächsische Innenminister, der Kühl-Ersatz-Demokrat Dr. Apelt, versucht, mit der Erklärung, daß „wissenschaftlich" die Immunität eine Untersuchung bei Abgeordneten in Fällen der Verfahren gegen Dritte und bei Aufbewahrung von Material zur verfassungswidrigen Maßnahme nicht verhindern könne. Er bezeichnet deshalb die einstimmige Verurteilung des Vorgehens durch den Reichstag als ein „Mißverständnis". Er erklärt, daß die Haussuchung bei Rädel auf Grund der Angaben der Frau Weinhold, bei deren Mann zuerst eine Haussuchung durchgeführt worden war, vorgenommen wurde. Zugleich aber fühlt sich Herr Dr. Apelt so unsicher, daß er sich bereit erklärt, die Polizeibehörden anzuweisen, daß nur nach Genehmigung des Innenministeriums eine Haussuchung bei Abgeordneten vorgenommen werden darf.

Abgeordneter Edel (SPD) weist treffend die Scheinargumente des Innenministers zurück und betont, daß die treibende Kraft des Feldzuges gegen die Kommunisten Ministerialdirektor Dr. Schulz ist.

Außer den Sozialdemokraten wagt kein Vertreter einer Partei zu diesem Skandal Stellung zu nehmen.

Genosse Renner nagelt im Schlußwort diese Tatsache fest und betont, daß diese Marionettenrolle des „altsozialistischen" Ministers in der Hand des erzreaktionären Kapitalsvertreters Dr. Schulz charakteristisch für die Koalitionspolitik überhaupt ist. Er weist die „wissenschaftlichen Argumente" des Ministers, mit dem man jeden Verfassungsbruch gegen oppositionelle Abgeordnete decken kann, zurück und beantragt eingehende Beratung des Antrages im Rechtsausschuß. Die Ueberweisung des Antrages an denselben wird einstimmig beschlossen.

Deutschnationale Demagogie

zeigt ein Antrag der deutschnationalen Fraktion, der sich mit den Ruhegehältern der Minister beschäftigt.

Genosse Renner weist nach, daß dieser kein abgeänderte, aus primitiv agitatorischen Gründen gestellte Antrag Pensionen lediglich dem Berufsbeamtentum gewähren will und zugleich nur besonders beliebten Parteigängern wie Heldt und Konsorten Ruhegehälter sichern will und obendrein Berufsbeamten, die Minister waren, die Garantie der Rückkehr in ihre Aemter im Falle ihrer Abdankung als Minister garantieren soll. Gleichzeitig stellt der schimpfbar „vernünftige" Antrag auf Aufhebung der Aufwandsentschädigung der Minister einen Angriff auf die Entschädigung von Abgeordneten überhaupt dar, um den Arbeiterorganisationen infolge ihrer finanziellen Lage die Entsendung von Arbeitervertretern zu erschweren oder unmöglich zu machen. Die Vertreter des Kapitals brauchen wegen ihrer fetten Einkommen im Reichstag diese Vergütungen nicht. Wären diese Deutschnationalen wirklich gegen Verschwendung und hohe Pensionen, so hätten sie unseren Forderungen auf

Herabsetzung der hohen Gehälter und Aufhebung der Pensionen der oberen Beamten

zustimmen sollen. Dies aber haben sie abgelehnt. Wir werden bei den weiteren Beratungen diese Demagogie enthüllen und diesen Antrag bekämpfen. Der Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Um den 1. Mai und den 9. November

Bei einem deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der Feiertage am 1. Mai und 9. November zeigt Genosse Renner die politischen Gründe dieses Vorstoßes. Die Reaktion will diese Symbole einer Zeit, wo die Arbeiter ihre Kraft zeigen, in Massenaufmärschen gegen ihren Klassenfeind restlos ausroden. Die Heuchelei der Deutschnationalen zeigt die Tatsache, daß in Sachsen die wenigsten Feiertage vorhanden sind und außerdem noch „schwarze" Feiertage genug aufgehoben werden können. Das aber wollen die Herren eben nicht. Wir sind der Meinung, daß der sächsischen Arbeiterschaft einige Feiertage mehr nicht schaden, nur muß man noch erzwingen, daß diese Feiertage bezahlt werden müßten! (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Wir wissen ja, daß auch ein Volkstrauertag in Vorbereitung ist, gegen den diese Herren nichts einzuwenden haben. Wir Kommunisten treten selbstverständlich ein für die Feier des 1. Mai, der der Tag der Sammlung für den Kampf um unsere Klassenziele ist und auch für den 9. November ein. Denn nicht der Karikatur einer Republik gilt der Angriff auf den 9. November (die den Kapitalisten die Existenz rettete), sondern der Erinnerung an eine Zeit, wo die Arbeiter in Deutschland den ersten Schritt zur Befreiung aus dem Joche politischer Unterdrückung machten, wenn sie auch durch Verrat an einer wirklichen Eroberung der Macht gehindert wurden. Wir werden diesen Antrag bekämpfen. (Lebhafter Beifall links.) Nach einer längeren Debatte bei fast völlig leeren Bänken auf bürgerlicher Seite, wird die Abstimmung über diesen Antrag auf nächsten Dienstag vertagt. Auch die Beratung der letzten Tagesordnungspunkte wird vertagt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 22. März 1927

Die Ruhelohnordnung der städtischen Arbeiter

Die Pflichtstundenzahl der Lehrer

Die letzte Sitzung des Rechtsausschusses beschäftigte sich mit einer Abänderung des Schuldebarlegesetzes. Die Beratung über eine von der Regierung eingebrachte Abänderungsvorlage wurde bis auf die Beratung über die Pflichtstundenzahl ausgesetzt. Zu den Pflichtstunden wurde dann folgender Antrag angenommen:

„Die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Volks-Fortbildungs- (Berufs-) und Hilfsschullehrer beträgt 28 Stunden. Diese Zahl erhöht sich für Volks-, Fortbildungs- (Berufs-) und Hilfsschullehrer, die am 1. April 1927 das 40., am 1. April 1928 das 35. Lebensjahr noch nicht erfüllt haben, um Zwei. Vom 1. April 1927 an beträgt die wöchentliche Pflichtstundenzahl allgemein 29 Stunden für die genannten Gruppen."

Für die höheren Schulen wurde folgende Regelung angenommen:

„Oberstudienräte sollen je nach der Größe der Schulen 6 bis 14 Stunden Unterricht erteilen, wissenschaftliche Lehrer 24 Stunden, Fachlehrer 28 Stunden. Diese Zahlen sollen sich wie in der ablaufenden Regelung für wissenschaftliche und Fachlehrer erhöhen. Ab 1. April 1929 betragen die Pflichtstunden für wissenschaftliche Lehrer 24 Stunden, für Fachlehrer 28 Stunden."

Die KPD-Fraktion verlangte, daß die Pflichtstundenzahl für Volksschullehrer 28 Stunden, für Fortbildungs- (Berufs-) und Hilfsschullehrer 26 Stunden betragen soll.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD abgelehnt.

Die Beratung über das Anleihegesetz, das der Regierung 100 000 000 RM Kredit geben sollte, wurde vertagt. Dann stand zur Beratung ein kommunistischer Antrag:

die Richtlinien des sächsischen Ministeriums über die Ruhelohnordnung der Gemeindearbeiter

dahin abzuändern, daß Beiträge von den Gemeindearbeitern nicht erhoben werden. Die Berechnungszeit für Vollbeschäftigte auf 36 Stunden pro Woche herabgesetzt wird, Ruhelohn nach 5 Jahren gewährt wird, als Arbeitsunfähigkeitsalter das 60. Lebensjahr festgelegt wird. Die Sätze des Ruhelohnes auf 25–60 Prozent der Löhner festgesetzt werden. Versicherungsbeihilfe und gelegentlicher Nebenverdienst nicht angerechnet wird. Das Sterbegeld in Höhe eines dreimonatigen Tariflohnes gezahlt wird.

Weiter verlangte der kommunistische Antrag, daß jede Bindung gegen Gemeinden, die eine günstigere Regelung vorschlagen, wie die Regierungsrichtlinien, aufgehoben wird.

Hierzu wurde noch ein Antrag der Kommunisten und Sozialdemokraten eingegeben, wenn die Verbesserungsforderungen abgelehnt werden, die Richtlinien überhaupt aufzuheben.

Der Regierungsvertreter erklärte dazu, daß ein Entwurf der Reichsregierung in Vorbereitung sei, der eine Regelung dieser Angelegenheit für das ganze Reich vorsehe.

Die Regierung ersuchte um Aussetzung der Angelegenheit.

Die Kommunisten und auch die SPD widersprachen der Aussetzung.

Abg. Weidte (ASPD) stellte den Antrag, die Beratung und Beschlußfassung über die Anträge um einen Monat zu vertagen.

Gegen die Stimmen der KPD und SPD wurde der Antrag angenommen.

Sämtliche anderen Punkte wurden wegen der vorgeschrittenen Zeit ebenfalls vertagt.

Kunst und Wissen

3. Jahrgang — Freitag, 18. März 1927 — Nummer 62

Im Lande, das die Ketten sprengt

Von Al. Kolossow.

Aus dem Russischen von Olga Halpern.

Unter dem Himmel, der schwarz wie Tusche war, erblühten die feurigen Rosen der Raketen: purpurrot, orangegelb, violett, kündigten sie den Beginn der nächtlichen Demonstrationen und Meetings an, die zur neunjährigen Feier des roten Oktobers veranstaltet wurden. Aus den am Hafen gelegenen Bezirken kam die Arbeiterjugend in Massen. Ihnen entgegen marschiert, in Dunkel und tiefes Schweigen gehüllt, unter dem Schein lodernder Fackeln und dem Rascheln ihrer eigenen Fahnen die jugendliche Masse aus den inneren Bezirken.

Die Hauptstadt des Landes, das die Ketten des internationalen Joches und der internationalen Niederträchtigkeit sprengte, feierte den neunten Oktober.

Der riesige Platz Kantons tauchte in einem Meer von Lichtern unter, erklang von jungen Kampfesstimmen, erzitterte unter heißen Ausrufen, die wie geschmolzenes Metall glühten.

Und es war ein Augenblick, ein stiller, unvergeßlicher: auf dem Brettergerüst, wo purpurrote und grüne Fahnen im Fackelscheine wogten, ertönte eine etwas heisere, näselnde Stimme. Feierlich und abgerissen rief sie laut:

„Das Wort hat Tsinj-Dsu ... Tsinj-Dsu ist erst vor kurzem aus Moskau gekommen." — Ganz still wurde es, und in der Stille hörte man das Rascheln der seidenen Fahnen ... die Flammenzungen der Fackeln erhoben sich noch höher, und in ihrem Scheine lächelte das jugendliche Gesicht Tsinj-Dsus die Menschen an.

„Ich komme von Moskau," sagte er leise.

„Er kommt von Moskau," ertönte es unten in der Menschenmasse. — Moskau — wie eine Freudenwelle ging es über den Platz ... „Dort habe ich die Lehren Lenins gelernt," sprach der Knabe weiter.

„Er kennt Lenin," seufzten die Stimmen der jungen Hafenarbeiter.

„Lenin," klang es dort, wo die Schulkinder aufgestellt waren.

„Lenin liegt neben dem Kreml. Er liegt dort, liegt, wie wenn er leben würde, als ob er wüßte, daß seine Lehren durch die ganze Welt gedrungen sind, und auch zu uns ... Ich werde euch erzählen ..."

„Lauter!" ertönte es in der Menschenmasse.

„Man hört nichts!" Klingende Kinderstimmen wiederholten es.

Tsinj-Dsu wollte lauter sprechen, aber seine Stimme reichte schon nach den ersten Worten nicht mehr aus, und die ungeduldig, leidenschaftlich erwarteten Worte des Knaben waren schon in den ersten Reihen nicht mehr zu verstehen.

Im Scheine der lodernden Fackeln, unter dem Rascheln der seidenen Fahnen bewegten sich Tsinj-Dsus Lippen, bewegten sich seine mageren, zerbrechlichen Hände, so, als ob er mit den Händen alles dies den Massen zu verstehen geben wollte, was er nicht in Worten ausdrücken konnte.

Als er mit der Rede, die niemand gehört hatte, fertig war, und die Stimmwellen immer höher schlugen, hoben die Hafenarbeiter den Knaben hoch auf, so hoch sie nur konnten, und trugen ihn zwischen den Fahnen den Massen voran.

Und er, der kleine, zerbrechliche Chinesenknabe Tsinj-Dsu der unlängst aus dem fernen Moskau gekommen war und die Lehren Lenins kannte, war in dieser tosenden und flammenden Nacht das lebende Wahrzeichen heutiger und künftiger Siege.

•

Ein blühendes Dorf in Asche zu verwandeln ist leichter für Jen-Kai-Schin, viel leichter, als für einen gewöhnlichen Sterblichen, eine Pfeife zu rauchen. Er läßt Menschenblut ebenso ungestraft fließen, als ein Fluß sein kühles Wasser.

Jen-Kai-Schin regiert in Anschoi. Viele schreckliche Legenden ferner Jahrhunderte sind im Gedächtnis der Menschen verborgen — aber diese Legenden sind nichts im Vergleich mit der jetzigen Wirklichkeit, einer Wirklichkeit, die mit ihren klaffenden Wunden ächzt und stöhnt.

Im Juli 1926 kam zum Diktator Anschois eine Deputation. Sie bestand aus Studenten, Kaufleuten und Bauern. In ehrerbietigen Worten sprachen die Delegierten von der Liebe der Bevölkerung zum mächtigen und unvergleichlichen Jen-Kai-Schin, teilten ihm ihre Bereitwilligkeit mit, sich all seinen diktatorischen Befehlen bereitwillig zu fügen, ihre Bereitwilligkeit, ihre Kinder und ihr Vermögen der Armee zur Verfügung zu stellen, baten aber gleichzeitig, die Massenhinrichtungen einzustellen, der schändlichen Mißhandlung der Frauen und der sinnlosen Abschlachtung der Kinder Einhalt zu gebieten.

Jen-Kai-Schin hörte die Delegation bis zum Schluß an; er empfing sie in Gegenwart eines englischen Offiziers. Dann sagte er ruhig und weich, fast mit demselben Tone, in dem die Delegation zu ihm gesprochen hatte:

„Es gibt Hunde, die einem schmeicheln, um sich mit ihren Zähnen fester in die Waden einzugraben. Ihr seid von solcher Rasse, ihr Alten. Eure verpesteten Körper sind hier, bei mir ... aber eure Gedanken — sind bei den Rattenregimentern. Das ist das erste, das die Augen meiner Weisheit sehen. Das zweite, das die Augen meiner Weisheit sehen, ist der Ueberfluß an Menschen. In Anschoi gibt es viel Sand und viel Menschen. Der Sand ist unschädlich, weil er den Rattenregimentern nicht entgegengehen kann. Ihr seid schädlich, weil ihr euch danach sehnt, daß die Ratten hierher kommen und weil ihr selber Ratten seid, da ihr das Brot, das für die Armee bestimmt ist, wie Ratten frißt. Und das dritte, das die Augen meiner Weisheit sehen — sind die schwächlichen Körper derjenigen, die mich auf einen falschen Weg drängen und mich in Honig ersäufen wollen."

Und Jen-Kai-Schin ließ die Delegierten hinrichten.

Unerträglich schwer ist das Leben in Anschoi, weil Jen-Kai-Schin dort regiert und durch drei Niederlagen erbittert und voller Wut ist. Er glaubt noch an einen Sieg, glaubt noch daran, was der englische Offizier ihm erzählt: die Armee Jen-Kai-Schins wird, in zwei Gruppen aufgeteilt, die Front der Kantoner erschüttern, wird sie zerreißen, sie vernichten, den Weg nach Kanton freimachen.

Vor dem Abmarsch sagten die Offiziere zu den Soldaten:

„Ja, eure Hütten sind verwüstet, und euren Familien droht der Tod, aber Jen-Kai-Schin kennt keine andere Liebe als die Liebe zu seinen Soldaten. Er sagt euch: „Soldaten, eure Verluste werden tausendfach in den wiedereroberten Ländern ersetzt werden."

Die Armee Jen-Kai-Schins bewegt sich den Kantonern entgegen. Er, Jen-Kai-Schin, wird den Kampf aufnehmen und siegen. Der englische Offizier hat doch den Plan ausgearbeitet — und vor dieser Weisheit erlöschen alle anderen strategischen Talente: Die Armee wird, bevor sie sich in 2 Gruppen teilt, einen Generalangriff machen, die Frontlinie wird stufenartig aufgebaut sein, an der nördlichen Flanke, die weit vorgeschoben sein wird, wird der Offizier eine große Masse Artillerie und die besten Regimenter konzentrieren. Alle anderen Abteilungen werden in Zickzacklinie von der linken Seite zurückgehen. Die Kantoner werden ganz nahe an diese Linie herankommen. Der Kampf wird beginnen. Die gewaltige Masse der nördlichen Flanke wird die Front der Kantoner durchbrechen und mit blitzartiger Geschwindigkeit nach Süden marschieren, um die Kantoner von Süden aus anzugreifen ... Die Armee Jen-Kai-Schins eilte den Kantonern entgegen.

In der Nacht des 16. Oktober kamen zur nördlichen Flanke der Armee 120 Kantoner, die auf die Seite Jen-Kai-Schins übergelaufen waren. Die Ueberläufer wurden in Gegenwart des Offiziers verhört. Sie bestätigten, daß die Gerüchte über das Gären in der Kantoner Armee und über den Mangel an Artilleriegeschossen wahr seien. Der älteste der Ueberläufer war nicht älter als 20 Jahre, der jüngste war — 15 Jahre alt. Die Aelteren wiesen auf den Jüngsten und sagten:

„Wie die Sache in Kanton steht, kann man nach ihm beurteilen. Wenn man solche Knirpse bei uns assentiert, so ist das ein Beweis, daß bald Schluß ist."

Die Bitte der Ueberläufer, sie der Artillerie zuzuteilen, wurde ohne Ueberlegung angenommen.

In der Nacht des 16. Oktober sprachen die Artilleristen der Armee Jen-Kai-Schin ganz leise mit den Ueberläufern aus Kanton. Die jugendlichen Ueberläufer wußten, daß sie mit den anderen nicht leise zu sprechen haben: es ist sinnlos, neben dem Pulver zu stehen und an das Feuer zu denken, wenn man in der Tasche Zündhölzer hat. — In der Nacht des 16. Oktober 1926 lenkte die Artillerie der nördlichen Flanke der Armee Jen-Kai-Schins ihre Geschosse dorthin, wo der englische Offizier dem Diktator über die Schachmeister Europas erzählte. In der Nacht des 16. Oktober sprengten 120 Ueberläufer von Kanton von innen heraus die tönerne Macht des Diktators Jen-Kai-Schins.

•

Drei Stunden, bevor die Artillerie Sun-Tschuan-Fangs nach Chan-Tschou einmarschierte, gab sie 3 Schüsse auf die Vororte ab. Die Regimenter Sjao-Tschaos (des Gouverneurs, der auf die Seite der Kantoner übergegangen war) ließen während ihres Rückzuges Bündel mit Aufrufen der Kuo-Min-Tang und der Kommunistischen Partei vor den Toren des Schlosses zurück. Im Zentrum der Stadt war es ruhig. Vor dem Schloß des Gouverneurs trugen Kinder die Maschinengewehre auf ihre Karren und schleppten Kisten und Bündel mit Maschinengewehrmunition fort. Die Gruppe der Kuo-Min-Tang in Chan-Tschou hatte beschlossen, die Waffen und die Literatur vor den anrückenden Regimentern zu verstecken. Die Kinder wurden von einer Kavallerieabteilung Sun-Tschuan-Fangs aufgehalten. Sieben fielen unter den Säbelhieben, drei wurden vor das Feldgericht gestellt und zum Tode verurteilt — durch Vierteilung.

•

Es dämmerte. Eine halbe Meile von der Ruine Tas Matschoschu standen die zum Tode Verurteilten. Zuerst wurden die drei jugendlichen Revolutionäre an einen Balken geschmiedet. Die Henker schliffen ihre Messer, trotzdem sie ohnehin scharf wie Rasiermesser waren. Der älteste der Verurteilten, Fo-Tschu-Tschin, war totenbleich; er biß sich die Lippen blutig und war halb ohnmächtig.

Der jüngere, ein 15jähriger Knabe, Tonj-Linj-Tschu, mit einem roten Schimmer auf den fahlen Wangen, sah Fo-Tschu-Tschin mit weitaufgerissenen Augen an. Für einen Augenblick begegneten sich die Blicke der dem Tod Geweihten.

„Sie werden kommen!" sagte leise Tonj-Linj-Tschu. „Sie werden kommen!"

Fo-Tschu-Tschin antwortete nichts. In seinen Augen war Verzweiflung, und durch die Flamme der Verzweiflung schimmerte ein letzter zärtlicher Abschied.

Morgenröte deckte den Himmel, die Sonne erhob sich unter dem Klirren der Messer, die geschliffen wurden.

„Sie sind gekommen!" schrie plötzlich voller Freude Tonj-Linj-Tschu auf. Er sah auf den kleinen Hügel, und in seinen Augen zitterte die Morgenröte, strahlend und unvergleichlich. Sie sind gekommen!

Und wie als Antwort auf seinen Schrei, wie als Bestätigung ertönte vom Hügel das Knattern der Maschinengewehre.

Eine Minute später waren die Henker und die versammelte Menschenmenge verschwunden. Auf der Erde zuckten die Körper der Verwundeten. Fünf waren es. Und drei blieben am Pfahl festgeschmiedet. Zu ihnen eilte die freiwillige Kampfgruppe der Kuo-Min-Tang.

Die Freiwilligen befreiten zwei der Angeschmiedeten. Der dritte, Tonj-Linj-Tschu, der noch vor einigen Minuten leidenschaftlich die Ankunft der Freiwilligen erwartet hatte, war — tot. Der Kopf des Knaben war auf die Brust gefallen. Der Freiwillige hob ihn ein wenig — in den verglasten Augen spiegelte sich die Morgenröte wider, und es schien dadurch ein Ausdruck von Freude und Triumph in ihnen ...

Sturm auf Schanghai

Von Johannes R. Becher.

Reis hat unser Land genug,
Fische unser Meer —
Seht: die Teeplantagen!
Prächtige Paläste schwimmen auf dem Wasser.
In Goldgewändern gehen Mandarinen und Generale,
Und die Fremden, die wir in unseren Sänften tragen,
Leben einen guten Tag.

Stacheldraht haben sie um ihr Viertel gespannt.
Zittern wohl um ihre Konzessionen.
Sitzen zusammen mit Wupeifu, dem Schlächter —
Oh, den kenn' ich.
Hat dicke gemalte Backen,
Ein geschwollener Drachen,
Und der Orden,
Den ihm der Engländer geschenkt hat,
Glänzt ihm mitten auf dem Bauch.
Sein Freund ist der Missionar, der Amerikaner,
Der versteht das Geschäft —
Mädchenhandel und Opium.
Auf lampiongeschmückten Gondeln
Tanzen sie jede Nacht zum Dudelsack ...

Habt ihr vielleicht meinen Bruder gekannt,
Den der fette Henker
Mit dem schmierigen Messer geköpft hat,
Damals bei dem großen Streik
Der Spinnereien!?
Sein Kopf hing an einem Telegraphenmast
Noch drei Tage lang
Mit offenen Augen über der Stadt — — —
Brüder,
So was vergißt sich nicht ...

Von Sunyatsen habt ihr gehört,
Dem großen Mann von Kanton,
Der voriges Jahr gestorben ist.
Auf den Schultern des Volkes wurde er zu Grabe getragen.
Die Straße war ein Tränenstrom.
So krumm lief mir noch nie der Rücken.

Siebzehnmal ist der Sturm losgesprungen
Siebzehnmal rief er: „Sturm, steh auf!"
Und legte sich wieder,
Denn der Sturm war noch kurzatmig und jung
Und die Mauer noch nicht morsch genug,
Gegen die er stürmte.

Und drüben im Russenland
Hat einer noch gewaltiger gelebt,
Der viele herrliche Taten getan hat,
Und umsonst nicht gelebt hat.
Seine Söhne habe ich gesehen.
Sie sind bei uns.
Sie haben rote Fahnen und an den Mützen Sterne

Wind, sage ich, liegt auf Schanghai.
Der englische Posten hinter dem Stacheldraht
Hat nichts zu lachen.
Es wurde uns berichtet:
Er hat welche wohnen in seinem eigenen Land,
Die er auch bewachen muß,
Damit sie nicht ausbrechen ...

Sie haben gestern Gasmasken verteilen lassen.
Scheinwerfersonnen leuchten der Nacht ...
Lockert mein Erdreich wieder der Sturm,
Der geknechtete Sturm,
Der losspringt!? ...

Wind, sage ich, liegt auf Schanghai,
Denn von Süden her kommt der Sturm — — —

Der Bericht des Petrograder Polizeichefs an die Regierung

Die „Abteilung für den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Hauptstadt" über die Ereignisse.

23. Februar 1917. Vertraulich.
Nr. 5727.

Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Innern!

Heute morgen fingen die in den Fabriken erschienenen Arbeiter des Wyborger Bezirks an, die Arbeit allmählich einzustellen und die Massen auf die Straße zu ziehen, wo sie ihren Protest und ihre Unzufriedenheit über den Brotmangel offen zum Ausdruck brachten. Die Bewegung der Menge hatte in der Mehrzahl der Fälle einen so demonstrativen Charakter, daß sie **durch Polizeiabteilungen zerstreut werden mußte.**

Bald erreichte die Nachricht über den Streik die Unternehmungen der anderen Bezirke, deren Arbeiter sich gleichfalls den Streikenden anzuschließen begannen. Gegen abend streikten [illegible] mit 23 Unternehmungen mit 78443 Personen. **(Beiliegend ein Verzeichnis der stillgelegten Unternehmungen.)**

Die Mehrzahl der Arbeiter, die die Fabriken verlassen hatten, befand sich während der ganzen Zeit auf den Straßen und veranstaltete bei der ersten Gelegenheit Demonstrationen und Unruhen.

Gegen 1 Uhr mittags wollte der älteste Stellvertreter des Kommissars des zweiten Wyborger Reviers, Hofrat Kargel, der den Straßenverkehr beaufsichtigte, einen Arbeiter festnehmen, als dieser einem Wagenführer den Hebel des Wagens wegnahm. Der Versuch des Polizeibeamten, den Verbrecher zu verhaften, wurde von den sich in der Nähe aufhaltenden Arbeitern bemerkt, die den genannten Kommissarstellvertreter umringten, ihn mit einem harten Gegenstand am Kopfe leicht verwundeten und dem Festgenommenen zur Flucht verhalfen.

Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage Rußlands besteht **in dem Uebergang von der ersten Revolutionsetappe, die infolge ungenügenden Klassenbewußtseins und mangelhafter Organisation des Proletariats die Macht der Bourgeoisie in die Hände gespielt hat, zur zweiten Etappe, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Bauernschichten zu legen hat.**

Lenin („Ueber die Aufgaben des Proletariats")

Ungefähr zur gleichen Zeit strömte eine Arbeitermenge von ungefähr 1000 Personen zur Litejnibrücke mit dem Ziele, in das Zentrum der Stadt einzudringen. Beim Finischen Bahnhof wurden die Demonstranten vom Kommissarstellvertreter Grodsky mit einer kleineren Polizeiabteilung empfangen. Er versuchte die Menge zu zerstreuen, wurde jedoch von den Arbeitern umringt. Ein Arbeiter entriß ihm den Säbel und verwundete ihn leicht am Kopf.

Um 3 Uhr sammelte sich auf der Bolschaja-Bolotnaja-Straße eine Arbeitermenge von ungefähr 300 Personen an, die nach der Stillegung des Straßenbahnverkehrs in der Richtung des Suworowski-Prospektes weiterzog. Die Demonstranten wurden bald durch Polizeiabteilungen zerstreut.

Um etwa 6 Uhr abends brachen streikende Arbeitermengen in die staatliche Waffenfabrik und in die Petrograder Munitionsfabrik ein und holten die dortigen Arbeiter, die bis dahin die Ordnung nicht gestört hatten, heraus.

Um 7,30 Uhr abends verließen die Arbeiter der Petersburger Mechanischen und Gußfabrik „Vulkan" — etwa 1500 Personen — nach Einstellung der Arbeit die Fabrik und zogen über die Bolschaja-Koltowskaja-Straße. Auf der Korpusstraße hielten die Demonstranten vor dem Tor der Mechanischen Fabrik der ersten Russischen Luftschiffahrtsgesellschaft und begannen das Tor einzudrücken. Die Polizeiaufseher des vierten Reviers der Petrograder Teils versuchten, die Demonstranten zur Herstellung der Ordnung zu überreden. Als sich Polizeiaufseher Baschow davon überzeugt hatte, daß es ihm nicht gelingen werde, auf die Arbeiter friedlich einzuwirken, zog er seinen Revolver und begann mit ihm die Meuterer zu bedrohen. Die Arbeiter umringten Baschow sofort, schlugen ihm den Revolver aus der Hand und verprügelten ihn mit Stöcken. Sie drangen sodann in die Fabrik ein und holten die dort ruhig schaffenden Arbeiter heraus. Polizeiaufseher Baschow wurde in das Spital der Heiligen Maria Magdalena gebracht; es wurden bei ihm außer Blutstriemen auch ein Bruch des Unterkiefers festgestellt.

Um 3 Uhr nachmittags begannen, nach der Ankündigung der Administration der Filippow-Bäckerei, daß es kein Brot gäbe, etwa 300 noch unbefriedigte Personen das Fenster des Ladens mit Schnee- und Eisklumpen zu bewerfen, worauf sie in den Laden eindrangen und dort alles zertrümmerten.

Um 2 Uhr nachmittags beschlossen die in der Fabrik „Ajwas" im Hause Nummer 21/23/25 der Wyborger Chaussee in der Automatenabteilung versammelten Arbeiter — 3123 Personen —, den heutigen Tag als den Tag der Gleichberechtigung der Frauen zu feiern.

Ich habe die Ehre, oben dargelegtes Eurer Exzellenz zu melden.

Der Chef der Abteilung, Generalmajor
(Unterschrift)

Ostritzer Stahlhelmmoral

In dem Basaltsteinbruch der Firma Rudolf in Ostritz arbeiten u. a. auch einige Stahlhelmbrüder. Interessant ist der Verkehr untereinander. Eine Beleidigung folgt der anderen. Das Ende vom Lied war kürzlich, daß ein ganz besonders Treudeutscher seinem Stahlhelmkameraden eine Ohrfeige gab, daß die Tabakpfeife aus dem Munde flog. — Ist das die vielgerühmte Stahlhelmmoral? Typisch ist auch, wie die Stahlhelmleitung die Beiträge eintreiben muß. Da die meisten Stahlhelmer ihrer Bewegung gleichgültig gegenüberstehen, wenn nicht noch mehr, so bezahlen sie natürlich auch ihre Beiträge nicht. Um das Geld aber hereinzubekommen, ist man jetzt dazu übergegangen, an jedem Zahltag gleich bei der Auszahlung des Lohnes einen Stahlhelmer zum Eintreiben der Beiträge herumzuschicken. Darüber herrscht bei den Stahlhelmproleten natürlich Empörung. Ob letztere aus diesen Vorgängen lernen werden, daß ihr Platz nicht in der Front der Unternehmer sein kann? Wir wagen es vorläufig noch zu bezweifeln. Den klassenbewußten Arbeitern aber sollten diese Beispiele eine recht gute Lehre sein. Je uneiniger diese Brüder sind, desto einiger und geschlossener müssen die klassenbewußten Arbeiter unter der roten Fahne zusammenstehen.

Der Lakai der Basaltwerke Rudolf

Der Vorarbeiter P. U. in obengenannter Firma hat schon oft von sich reden gemacht. Als die Stadt Ostritz noch den Bruch in eigener Regie hatte, war er der schlimmste Lohndrücker. Seitdem das Werk in Privathand übergegangen ist, entpuppt er sich immer mehr. Bereits beim Antritt der neuen Firma betätigte er sich als „Bierausgeber". Als Dank für seine Tätigkeit, die er im Interesse der Firma durchführte, wurde er zum Vorarbeiter befördert. Ein Protest der Belegschaft gegen solche Beförderungsmethoden wanderte bei der Firma in den Papierkorb. Selbst der Vorsitzende der Ostritzer Zahlstelle nahm scharf gegen diese verräterische Judaspolitik des P. U. Stellung und drohte, ein Verbandsausschlußverfahren gegen ihn einzuleiten. Auf Betreiben der Belegschaft legte er sein Betriebsratsamt nieder. Doch seine Lakaiendienste betreibt er um so eifriger. Kurz vor Feierabend sucht er Arbeiter zum Ueberstundenschieben zu überreden. Mit Vorliebe nimmt er solche, die auch Sonntags arbeiten. Dafür gibt es dann zum Lohn einige Flaschen Bier. Die tarifmäßigen Zuschläge werden natürlich nicht gezahlt. Charakteristisch für P. U. ist sein Verhalten im Steinbruch, wo die Belegschaft sich einen neuen Betriebsrat zu wählen hat. In raffinierter Form hat es P. U. verstanden, die Belegschaft zu zersplittern. Sein Ziel war, es zu keiner Wahl kommen zu lassen. Vorläufig hat er es erreicht. Doch möge er sich gesagt sein lassen, daß auch die Arbeiter, die seine Lakaiendienste für die Firma heute nicht erkennen, bald hinter seine schmutzige Handlungsweise kommen werden. Die Firma aber kann sich beglückwünschen ob eines so treuen Fridolin. Aufgabe der Belegschaft muß es aber sein, sich restlos im Verband zu organisieren und durch Zusammenhalten diesen Herrschaften den wohlverdienten Fußtritt zu geben.

Sozialdemokratische „Arbeitervertreter"

Ostritz. Wie sozialdemokratische Betriebsräte arbeiten, mögen folgende Zeilen der Arbeiterschaft von Ostritz vor Augen führen. In der Vereinigten Jutespinnerei und Weberei in Ostritz wurde in der vergangenen Betriebsratsperiode der Sozialdemokrat Goebel gewählt. Bis vor zirka einem Vierteljahr wußten die Jutearbeiter und -arbeiterinnen nur, daß sie einen Betriebsrat dem Namen nach hatten. Denn bis zu dieser Zeit bekam dieser „Arbeitervertreter" an Prämien allein 15 bis 18 Mark ausgezahlt. Seitdem die Abteilung Patscherei, in welcher dieser Betriebsrat arbeitete, durch Maschinen technisch vervollkommnet wurde, fielen diese hohen Extraprämien fort. Jetzt besann sich dieser Betriebsrat auf seine Pflicht, da er durch diese Umstellung an seinem Geldsacke geschmälert wurde. Doch jeglicher Einspruch scheiterte an dem Plane des jetzigen Direktors, der für vollständigen Abbau der Prämien war. Wahrscheinlich will er sich von diesen Geldern noch ein moderneres Auto, als er schon hat, auf Kosten der Arbeiter kaufen. Goebel hatte auf einmal jedes Interesse an seinem Amte verloren. Am Dienstag dem 8. März, sollten Betriebsversammlungen der beiden, dem Jutekonzern angehörenden Betriebe sein, in denen zur Betriebsratswahl Stellung genommen werden sollte. Jetzt hatte dieser saubere Betriebsrat nichts Eiligeres zu tun, als Anschläge, die zu dieser Versammlung aufriefen, von den Betriebstafeln abzureißen. Kollegen, bedenkt was dieser Arbeiterverräter tat. Als ein von euch gewählter Betriebsratsobmann boykottiert er eure Versammlungen! Wer Augen hat, der konnte diesen Sozialdemokraten und RB-Arbeiter noch am Sonntag im trauten Gespräch mit dem Stahlhelmmann Dittmar, der zugleich Werkmeister in der Jute ist, beobachten. Nun fragen wir, Herr Goebel, haben Sie mit diesem Stahlhelmmann schon Verschmelzungsverhandlungen getroffen, welche das Reichsbanner an den Stahlhelm verschachert oder haben Sie nur beraten, wie man den Roten Frontkämpferbund in seiner Tätigkeit behindern kann?

Reichsbannerarbeiter! Verlaßt die Brutstätte schwarz-blauer Reaktion und reiht euch ein in den Roten Frontkämpferbund. Jutearbeiter und -arbeiterinnen, seht euch eure Leute an, die eure Interessen vertreten sollen. Tretet ein in die Kommunistische Partei und setzt Vertreter derselben auf zur Betriebsratswahl.

Schlegel-Burkersdorf. Am vergangenen Sonntag führte die Freie Turnerschaft zum letztenmal im Gasthaus Zur deutschen Eiche in Burkersdorf das Theaterstück „Michael, wie kannst du nur" auf. Der Saal war auch diesmal wieder gut besetzt. Die Spieler verdienten sich auch diesmal wieder das größte Lob, denn das zeigte der reiche Beifall, den sie wieder ernteten. Möge es dem Verein vergönnt sein, diese Kräfte im Verein zu erhalten, so wird er auch weiterhin der Einwohnerschaft beider Orte genußreiche Stunden bieten können. Voraussichtlich wird der Verein nächsten Herbst wieder ein schönes Stück aufführen.

Die Vorgänge in der Flachsspinnerei

Hirschfelde. Seit einiger Zeit versucht die Betriebsleitung der Flachsspinnerei Hirschfelde den Betrieb zu rationalisieren. Dazu hat sie sich extra einen Engländer kommen lassen. Das neueste Ergebnis sollte sein, daß die Spinner auf zwei Seiten spinnen sollten. Die dadurch übrigwerdenden Spinner sollten entlassen werden. Die Spinner waren aber auf der Hut und nahmen rechtzeitig zu dieser Frage Stellung. Es wurde beschlossen, und zwar einstimmig, daß das Spinnen auf zwei Seiten abgelehnt und sämtliche Spinner ihr Arbeitsverhältnis kündigen sollten. Das wurde auch restlos durchgeführt. Das war für die Firma ein Schlag, den sie nicht erwartet hatte. Sie hat jetzt auf Grund dessen der gesamten Belegschaft gekündigt. Denn ohne Spinner ist ihre ganze Kraft vorüber. Interessant ist auch, welche Mühe sich die Firma gegeben hat, um die Kündigungen noch am Sonnabend nachmittag an den Mann zu bringen. Mit Autos und mit Radfahrern wurden die einzelnen Arbeiter aufgesucht und ihnen die Kündigung zugestellt. Die Arbeiterschaft wird sich aber nicht einschüchtern lassen, sondern wird den Weg, den sie jetzt beschritten hat; auch weitergehen. Die Arbeiterschaft hat erkannt, daß sie den schärfsten Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung aufnehmen muß, um nicht zugrunde zu gehen.

Sozialdemokraten für das Bürgertum

Olbersdorf. In der letzten Gemeinderatssitzung hatten sich wiederum zahlreiche Einwohner als Zuhörer eingefunden. Für sie wird die letzte Sitzung eine Lehre gewesen sein, wie die Sozialdemokraten die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Zum ersten Punkt, Gemeindeältestenwahl waren zwei Vorschläge eingegangen. Gewählt wurde Genosse Halang (KPD) sowie ein Sozialdemokrat und zwei Bürgerliche. Für die Wahl eines stellvertretenden Bürgermeisters waren nur zwei bürgerliche Vorschläge eingegangen. Die SPD als stärkste Fraktion wollte hier ganz offensichtlich die Stelle des stellvertretenden Bürgermeisters den Bürgerlichen zuschanzen. Genosse Hermann geißelte in scharfen Worten dieses Verhalten. Gewählt wurde ein Demokrat. Für die Kriegsgräberfürsorge wurde ein einmaliger Beitrag von 30 M. gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt. Zur Frage der Autolinie Johnsdorf—Oybin wurde der Vorlage des Gemeinderates zugestimmt. Ebenso wurde die Anschaffung eines Klaviers für die Schule einstimmig bewilligt. Dem Gesuch der Gemeinde Wittgendorf um eine Beihilfe für die Brandgeschädigten wurde so entsprochen, daß den zwei Nichtversicherten je 15 M. und den Versicherten je 10 M. überwiesen werden. Die Kosten für Schulzahnpflege wurden einstimmig von der Gemeinde übernommen. Mit dem Schulneubau soll sobald die Witterung es erlaubt, begonnen werden. Aus dem Bauprogramm für 1927 war zu ersehen, daß 32 Wohnungen gebaut werden sollen. Der Plan wurde genehmigt. Der Sparkassenzinsfuß wurde auf 7 Prozent herabgesetzt.

Sie scheuen das Licht der Oeffentlichkeit

Bertsdorf. Der Zuhörerraum war bei der letzten Gemeindeverordnetensitzung wiederum überfüllt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, verlangten unsere Genossen daß Punkt 12, betr. Amtsenthebung des Gemeindekassierers öffentlich behandelt werde. Bezeichnenderweise wurde dieser Antrag abgelehnt. Nach Kenntnisnahme einiger Mitteilungen wurden dem Brandgeschädigten in Wittgendorf 30 Mark und dem Verein deutscher Jugendherbergen 20 Mark bewilligt. Die Harmonie zwischen Bürgerlichen und SPD zeigte sich drastisch bei der Neuwahl des Schulausschusses. Der Vorschlag der SPD erhielt 12, der Demokraten 10 und der der Landwirte 7 Stimmen, während unser Vorschlag nur 5 Stimmen erhielt. Dem Gesuch des Bauarbeiters Eduard Kunze um Erlaß der Grunderwerbsteuer wurde zugestimmt. Eine lebhafte Diskussion rief das Gesuch der Sportvereine um Schaffung eines Sportplatzes hervor. Genosse Schubert geißelte gebührend das bisherige Verhalten der Bürgerlichen und verlangte, daß endlich mit der Verschleppungstaktik Schluß gemacht werde. Der Antrag wurde zur nochmaligen Prüfung dem Finanzausschuß überwiesen. **Es kann also weiter verschleppt werden.** Dieselbe Methode, ja noch schlimmer wandte der Bürgermeister an, indem er [illegible] ordnungsgemäß eingereichte Anträge unseres Stadtverordneten nicht zur Verhandlung brachte! — Die Einwohner von Bertsdorf können hieraus ersehen, wie das Bürgertum die Interessen der Werktätigen „vertritt". An ihnen wird es liegen, diesem Treiben durch gutes Zusammenarbeiten mit der kommunistischen Fraktion Einhalt zu gebieten.

Sozialdemokraten und Bürgerliche Arm in Arm gegen die Rote Hilfe

Reichenau. In der am 11. März stattgefundenen Gemeindeverordnetensitzung wurden die Beschlüsse des Schulausschusses ohne Aussprache genehmigt. Ebenso ging es einer Reihe anderer Ausschußberichte. Eine längere Diskussion schloß sich an den Bericht des Wohnungsausschusses. Genosse Böhme prangerte hier scharf gegen die Heraufsetzung der Mieten bei dem Gutspächter Hentels von 120 auf 180 M. Vor kaum einem Jahr erst hatte der Wohnungsausschuß den Mietwert auf 120 Mark festgesetzt. An der Wohnung ist indessen nicht ein Pinselstrich, geschweige denn etwas anderes gemacht worden. Und trotzdem bringt man es fertig, eine 50prozentige Steigerung der Miete durchzuführen, ungeachtet der allgemeinen Mietsteigerungen. Unsere Genossen werden im Wohnungsausschuß nichts unversucht lassen, damit dieser Beschluß baldigst wieder revidiert wird. Natürlich mußte der Oberpostsekretär Tränkler als Vorsitzender des Hausbesitzervereins wieder sein Liedlein von der Notwendigkeit der Mietsteigerung lallen. Charakterlich für ihn ist es, daß eine seit längerer Zeit freigewordene Wohnung noch heute leer steht und dies, obwohl Tränkler selbst Mitglied des Wohnungsausschusses ist. Alle Wohnungsuchenden wurden von ihm brüsk abgewiesen. Will er doch, wie man munkelt, auch den letzten Mieter bei ihm auf die Straße setzen. Wahrscheinlich wünscht sich der nervöse Herr einen Mieter, der das ganze Jahr seine Wohnung unbenutzt läßt, aber dafür pünktlich die 180 M. Miete mit der Post zuschickt. Was kümmert es diese Herren, wenn andere in elenden Löchern zugrunde gehen?!

Als nächster Punkt stand das Gesuch der Roten Hilfe um Bewilligung einer Beihilfe für das Kinderheim zur Diskussion. Trotzdem im Verwaltungsausschuß beschlossen worden war, eine Unterstützung von 20 M. zu bewilligen, sprachen die bürgerlichen Verordneten Niederlein und Anders dagegen. Natürlich erklärten sie: „Nur aus Sparsamkeitsrücksichten". Genosse Böhme geißelte scharf das Verhalten dieser Herrschaften, die für alle möglichen Klimbim Geld übrig haben, sobald aber die Arbeiterschaft Forderungen stellt, ist keins da. Auf die eigenartige Moral der „christlichen Nächstenliebe" der Bürgerlichen wies Genosse Otto Müller hin. Für den Antrag sprachen die Sozialdemokraten Franz und Ehrentraut. Bei der Abstimmung aber wurde das Gesuch der Roten Hilfe mit den Stimmen der Bürgerlichen **und der beiden Sozialdemokraten Zier und Fräulein Obst abgelehnt.** Letztere zeigten erneut, welch traurige Rolle sie spielen. Durch dick und dünn mit den Kapitalisten immer — das ist ihre Parole. Auf den dicht besetzten Tribünen rief diese Abstimmung große Entrüstung hervor. Die Arbeiter haben hier einen treffenden Anschauungsunterricht erhalten. Arbeiter von Reichenau, erscheint immer so zahlreich in den Gemeindeverordnetensitzungen und ihr werdet erkennen, wer eure Interessen ehrlich und rücksichtslos vertritt.

Gemeinsame Kampffront am 1. Mai 1927 in Seifhennersdorf

Ortsausschußsitzung vom 16. März 1927. Der Kollege Michel verliest unter Eingängen verschiedene Rundschreiben, darunter befand sich auch eine Eingabe des Mietervereins betr. Protestkundgebung. Diese Eingabe begründet eingehend Kollege Simm. In der Debatte beteiligen sich im befürwortenden Sinne die Kollegen Michel, Clemens, Simm. Dagegen spricht Kollege Hastmann. Einstimmig wird beschlossen, daß sich der Ortsausschuß aktiv an dieser Kundgebung gegen die Erhöhung der Mieten beteiligt. Der Ortsausschuß gibt seinen Namen unter den Aufruf des Mietervereins. Nachdem gibt Kollege Michel den Bericht von der Konferenz in Chemnitz. Er skizziert das Referat des Kollegen Körpel vom Bundesvorstand über das Arbeitsgerichtsgesetz in trefflicher Weise. Dieses Gesetz bringt gegenüber dem alten Verschlechterungen über Verschlechterungen und wird sich schwer zum Schaden der Arbeiterschaft auswirken. **Trotzdem haben die Sozialdemokraten für das Gesetz gestimmt.** Er schildert weiter die Sächsische Gewerkschaftszeitung als ein reaktionäres Blatt. Bei diesem Punkt ging es heiß her auf der Konferenz. Die Redaktion wird von Leipzig nach Dresden verlegt. Vom Bericht wird Kenntnis genommen. Punkt 2: Maifeier. Die Kommunistische Partei hat ein Schreiben betr. gemeinsamer Feier geschickt. **Nach kurzer Aussprache wird einstimmig beschlossen, die Maifeier wieder gemeinsam mit den politischen Parteien durch Demonstration und Versammlung abzuhalten.** Abends wird ein Konzert vom Arbeitergesangverein stattfinden. In die Maikommission werden die Kollegen Förster, Weigelt, Hocke, Michel, Hastmann und Clemens gewählt. Die Kommission tagt das erstemal Mittwoch, den 23. März, in der Kanone. Unter „Allgemeinem" gibt der Vorsitzende den Mitgliederbestand des Ortsausschusses bekannt. Er zählt 2800 Mitglieder. Weiter wird der schlechte Besuch des Theaterabends gerügt und deren Ursache untersucht. Desgleichen rügt der Vorsitzende das unproletarische Verhalten der freigewerkschaftlich organisierten Meister Scholz und Heckel der Firma Zimmermann, und ersucht den Kollegen Bitterlich vom Afakartell, die Sache zu untersuchen und im Kartell zu besprechen.

Seifhennersdorf. (Erwerbslosenversammlung.) Am Mittwoch, den 9. März, fand in der Krone eine Versammlung der Erwerbslosen statt. Als Gast war die kommunistische Gemeindeverordnetenfraktion anwesend. Gegenwärtig gibt es in Seifhennersdorf 650 Erwerbslose. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Erschienenen. Als 1. Tagesordnungspunkt wurde die Umschulung behandelt. Es entspann sich darüber eine ausgiebige Debatte, an der sich auch die Genossen Förster und Simm beteiligten. Es wurde festgestellt, daß eine Umschulung nur bei den schlechtbezahlten „Industrien (Textil, Bekleidung) vorgenommen wird. Die betr. Erwerbslosen werden nur als Ausbeutungsobjekte betrachtet, ja, es ist sogar schon vorgekommen, daß man Umgeschulte wieder entläßt, um wieder neuen Platz zu machen. Für solche Methoden bedankten sich die Versammelten. Die Genossen Simm und Förster zeigten in der Debatte den Erwerbslosen den Weg, der zum Sieg der Arbeiter führt. Sie machten weiter den Vorschlag, den Genossen Hertramp aus Neugersdorf, der auf dem Kongreß der Werktätigen und Reichserwerbslosenleitungen war, in der nächsten Versammlung ein diesbezügliches Referat halten zu lassen. Unter Punkt 2 (Lohnfragen) wurde auf die örtlichen Verhältnisse im allgemeinen eingegangen. Es wurde die Unternehmer- und Eigenregiearbeit eingehend beleuchtet. Die Löhne der jugendlichen Notstandsarbeiter wurden einer scharfen Kritik unterzogen und folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die jugendlichen Notstandsarbeiter fordern von der Gemeinde resp. dem Gemeindeverordnetenkollegium für alle über 18 Jahre alten Arbeiter denselben Lohn, wie für die über 21 Jahre alten Arbeiter. unter 18 Jahren 10 Prozent weniger." Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß von jetzt ab die Gemeinde die Familien- und Kinderzulage an die Notstandsarbeiter bezahlt. Desgleichen wurde die Akkordarbeit beim Wasserleitungsbau Brandmarkt. Weiter gibt der Erwerbslosenrat in Zukunft eine Erwerbslosenzeitung heraus.

Lehrlinge im Zimmererge[illegible]

Die Zahlstelle des Zimmererverbandes Neugersdorf schreibt uns folgendes: Die brennende Frage, die jedes Jahr zu Ostern auftaucht, wenn die aus der Schule entlassenen Söhne in Lehrstellen untergebracht werden sollen, ist für die Eltern immer schwer zu lösen. Es kommt dabei nicht allein darauf an, was der junge Mann lernen will oder soll, sondern ob der Beruf, den er ergreifen will, auch tatsächlich Mangel an Arbeitskräften hat. Der Zimmererberuf, der infolge seiner Eigenart und seiner erhöhten Unfallgefahr nur kräftige, gesunde Menschen gebrauchen kann, ist besonders in den letzten drei Jahren infolge Daniederliegens der Bautätigkeit von großer Arbeitslosigkeit betroffen worden. Wenige Zahlen mögen darüber den Nachweis führen. Die Zahl der im Gau wohnenden Zimmerer beträgt ungefähr 13 000. Die Zahl der organisierten Zimmerer, die dem Zentralverband der Zimmerer angeschlossen sind, betrug in den letzten drei Jahren im Durchschnitt 10 000 Mann. Durch genaue monatliche Feststellungen über die Arbeitslosigkeit im Berufe wurde folgendes festgestellt: **In den Jahren 1924 und 1925 waren fast ein Drittel aller Zimmerer erwerbslos.** Im Jahre 1926 betrug die Arbeitslosigkeit in den Monaten Januar bis mit April im Durchschnitt 41,7 Prozent, in den Monaten Mai bis September 18,9 Prozent und in den Monaten Oktober bis Dezember 27,1 Prozent.

Diese Zahlen zeigen mit aller Deutlichkeit, in welch erschreckendem Maße die Arbeitslosigkeit in den letzten drei Jahren im Zimmererberufe geherrscht hat. Das lag nicht allein an der geringen Bautätigkeit, sondern auch an der weit über den Bedarf hinaus übergroßen Einstellung von Zimmererlehrlingen. Nach Feststellungen im Dezember 1926 wollen wir nur einige Fälle kennzeichnen, wie die Lehrlingszüchterei von einzelnen Firmen betrieben wird. **In Bunzlau in Niederschlesien beschäftigt eine Firma 4 Gesellen und 25 Lehrlinge,** eine andere **einen Gesellen** und fünf Lehrlinge. In Görlitz beschäftigt eine **Firma 3 Gesellen** und 7 Lehrlinge. Im Kamenz i. Sa. hat eine Firma 3 Gesellen und 9 Lehrlinge, zwei andere Firmen haben je 2 Gesellen und je 7 Lehrlinge. In Königsbrück beschäftigt eine Firma keine Gesellen und 8 Lehrlinge, in Bautzen hat eine Firma 2 Gesellen und 10 Lehrlinge, in Kamenz 2 Gesellen und 9 Lehrlinge. In Riesa-Gröba beschäftigt eine Firma keinen Gesellen und 8 Lehrlinge, in Zittau eine Firma 2 Gesellen und 9 Lehrlinge, und zwei andere Firmen je einen Gesellen und 9 Lehrlinge.

Daß die Lehrlinge vielfach entweder monatelang arbeitslos sind, ist keine Seltenheit, sondern in sehr vielen Fällen sogar zur Uebung geworden. Bei einem solchen System muß natürlich

Sie kaufen
im Sitz und guten Stoffen, billig im Preis
Herren-, Damen- und Kinderbekleidung, tadellos
bei Hugo Schlesinger, Zittau, Weberstr.

... man das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinde zu der andern sucht

...hain. Auf Antrag der Kommunisten hatte das Ge... ...verordnetenkollegium die Zuschläge zur Grund- und Ge... ...abgelehnt. Die Vertreter der Deutschnationalen, ... Kleinbauern sind, mußten zugeben, daß eine größere ... Steuerzahler nicht mehr tragbar ist und stimmten ... Antrage zu. Aber es sollte anders kommen. Die Amts... ...mannschaft konnte es nicht dulden, daß die Gemeinde ... als einzige im Bezirk keine Zuschläge zur Grund... ...steuer erhebe. Deshalb wurde ein Vertreter zur ... der Gemeindekasse nach Königshain gesandt und der... ..., daß die Gemeinde ein Defizit von 6000 M. hatte. ... Amtshauptmannschaft nahm eine Entschließung der Amtshaupt... ...an, die Gemeinde Königshain anzuweisen, solange ... zu erheben, bis ein Darlehen von 4000 M., welches ... zu Bauzwecken aufgenommen hat und auch als verwendet worden ist, getilgt sei. Darauf beantragten ... eine öffentliche Einwohnerversammlung, die ..., den 5. März, stattfand. Zu derselben war auf ... ein Vertreter der Amtshauptmannschaft erschienen. ... Versammlung wurde von der Bürgerschaft den Ge... ...vertretern einstimmig das Vertrauen zu ihrer Haltung ... Grund- und Gewerbesteuerzuschuß ausgesprochen ... Forderung gestellt bei dem gefaßten Beschluß zu bleiben. ... Kommunisten erklärten, daß sie zu ihrem Antrag stehen wer... Auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien sagten dies, ... merkte schon, daß ihre Worte stärker waren als ihr ... Der GV Heidrich (Deutschn.) erklärte, daß er gar nie... ...für einen Zuschlag von 150 Prozent eintreten werde.

... Donnerstag fand nun eine öffentliche Gemeindeverord... ...statt, mit der Tagesordnung: Stellungnahme zur ... der Amtshauptmannschaft über Zuschläge zur Grund- ...werbesteuer. Zu dieser Sitzung waren sogar zwei Ver... Amtshauptmannschaft erschienen, diesmal ein Re... ...mit. Vor der Sitzung hatte schon eine Besprechung ... und man konnte bereits feststellen, daß der Umfall ... schon Tatsache war. Der Regierungsvertreter ... mit allen Mitteln auch unsere Vertreter um... Die Genossen Schäfer und Riedel gaben unsere ... in dieser ungerechten Steuer und die Belastung ... Masse in trefflichen Worten zum Ausdruck. Sie ... wahre Gesicht des heutigen Staates, daß derselbe ... Beschützer der Unterdrückten sei, sondern immer die ... auf jede Weise schone. Man solle sich ein Beispiel an ... nehmen, wo man die Schmarotzer und Ausbeuter zum ... habe. Sie erklärten, daß sie auch heute wieder ... Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer ablehnen. Der ... konnte die Ausführungen unserer Genossen nicht ... Hierauf folgte eine Fraktionsbesprechung der Bür... ...und nach zehn Minuten erklärten sie, daß sie einen ... von 150 Prozent annehmen werden für das Jahr 1926 ... für 1927 100 Prozent. **Die Erklärung gab der GV Heidrich ab, derselbe, der in der Einwohnerversammlung garantierte, einem Zuschlag von 150 Prozent nie zuzustimmen.** Also der Um... Tatsache. Nun ihr Wähler, die ihr eure Meinung ... Einwohnerversammlung zur Geltung gebracht habt, was ... jetzt? Es wird euch vielleicht gesagt werden, ihr braucht ... zu bezahlen, aber ihr werdet es ja spüren, wenn ihr ... bezahlen werdet. Der Zentrumsvertreter Deckwarz ... noch die Wohlfahrtseinrichtungen in der Gemeinde ... wissen. Sozial- und Kriegsrentner, genau so wie im ... sieht auch das Gesicht der bürgerlichen Vertreter in der ... aus!

Arbeiter und Kleinbauern, wer vertritt eure Interessen im Reich und in den Gemeinden? Die Kommunisten, weil sie nur eine Lösung aus der heutigen Wirtschaftsanarchie euch bringen können, natürlich mit eurer Unterstützung. Deshalb hinein in die rote Klassenfront! Helft mit an der Befreiung des Proletariats. Kleinbauern, denkt an eure Brüder im großen Bauernkrieg, ihr habt eine revolutionäre Tradition. Seht auf eure Brüder in Rußland und schließt die rote Front in Stadt und Land.

Werdet Leser der Lausitzer Bauernzeitung und der Arbeiterstimme, den einzigen Zeitungen, die eure Interessen rücksichtslos vertreten!

Arbeitersport

Arbeitersportkartell Dresden. Die Generalversammlung am 19. März findet nicht im Volkshaus, sondern im Volkswohl (Trianon), pünktlich 6 Uhr statt.

Arbeiter-Samariterkolonne Dresden, 4. Bezirk. Freitag, den 18. März: Uebungsabend in der Schule Melanchthonstraße, mit Vorführung des Aerztebestecks. — Montag, den 21. März: Vierteljahrsversammlung im Kurfürst Moritz, Eisenbergstraße.

Arbeiter-Samariterkolonne e. V. Dresden. Die Kolonne Dresden veranstaltet am kommenden Sonntag in den Alhambra-Lichtspielen eine medizinische Filmvorführung. Beginn 11 Uhr, Eintritt 50 Pf. Die Bezirksführer werden ersucht, die Karten zur Filmvorführung am Sonntag, vorm. 9 Uhr, in der Geschäftsstelle abzurechnen. — Die Bezirkskassierer müssen am 28. März unbedingt abrechnen, da Quartalsschluß.

Verein für volkstümlichen Wassersport, Abt. Altstadt-Ost. Sonnabend, den 19. März, abends 7.30 Uhr: Mitgliederversammlung im Volkshaus. Der SPD-Genosse Bielig aus Dresden-N. hält einen Vortrag über seine Erlebnisse in Rußland. Es wird gewünscht, daß alle Mitglieder die Versammlung besuchen. — Sonntag fährt unsere Abteilung nach Leipzig zur Besichtigung der Bundesschule. Der Zug fährt früh 5.02 ab Hauptbahnhof, 5.15 ab Neustädter Bahnhof. Treffen eine halbe Stunde vor Abgang des Zuges. Sonntagsfahrkarte lösen, kostet 5.20 M. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Seht euch eure Hochschule an!

Fußballabteilung Cotta Sonnabend, den 19. März, abends 8.30 Uhr im Luftbad Vortrag des Genossen Schreiber: „Wie kann man das Fußballspiel sozialistisch beeinflussen?"

Turn- und Sportverein Freital-Birkigt. Fußballabteilung. Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr: Versammlung bei Eichlers. Alles erscheinen betr. Mannschaftsaufstellung.

KJV 12 Cunnersdorf macht auf den am 19. März abends 7 Uhr stattfindenden Theaterabend „Der Weg zur Hölle" aufmerksam.

Fußballabteilung Radebeul. Sonnabend, den 19. März, 7.30 Uhr in der Rosenschänke, Radebeul, Versammlung. Vortrag des Genossen Kohl. Erscheinen aller ist Pflicht!

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgr. Zschachwitz. 19./20. März: Besuch des Lichtbildervortrages der Ortsgr. Pirna. „In der Schnee- und Eiswelt des Berner Oberlandes". Ref. Gen. Escher, Zürich. Anschließend an den Vortrag: Mondscheinwanderung nach dem Königsteiner Heim, daselbst Sonntag Arbeitstag. Abf. 19. März, 6.43 Uhr. F.: Max Pietsch. — 23. März: Vortrag: Renaissance in Italien. Ref. Gen. Fritsche.

Athletik-Sportklub Heidenau. Sonntag, den 20. März, nachmittags 2.30 Uhr im Schützenhaus Heidenau: Letzter Ausscheidungs-Ringkampf um die Sachsenmeisterschaft 1927. Es starten: 1. Ringermannschaft „Felsen 21" Leipzig gegen 1. Ringermannschaft Athletik-Sportklub Heidenau.

Rößlers Salon / Neugersdorf i. Sa.

Sonnabend den 19. und Sonntag den 20. März

Gr. Saalfest (Ein Volksfest am Rhein)

Große turnerische und sportliche Aufführungen
Herrliche Dekoration / Wundervolle Lichteffekte

In der Zwischenzeit **Oeffentlicher Tanz**

Anfang Sonnabend 7 Uhr / Sonntag 3 Uhr
Eintrittspreis (inklusive Steuer) 50 Pfennig

Um gütige Unterstützung durch zahlreichen Besuch bittet das Arbeiter-Sportkartell

Central-Theater Bautzen

Ab heute Freitag
Der Welt gewaltigster Film!

Ben Hur

12 Akte nach dem berühmten Roman von **Lew Wallace**
Der Film der 150000 Mitwirkenden

Täglich zwei getrennte Vorstellungen!

Beginn Punkt 1/2 7 u. 3/4 9 Uhr
Sonntag drei getrennte Vorstellungen und zwar um 5, 7 und 9 Uhr
Karten im Vorverkauf an der Kasse des Central-Theaters während der Zeit von 11 bis 1 Uhr vorm., 3 bis 5 Uhr und ab 6 Uhr abends.
Die gelösten Karten gelten nur zu der auf der Karte aufgestempelten Vorstellung. Während der Film läuft findet kein Einlaß statt.

Jugendliche haben Zutritt!
Ehren-, Dauer- und Vorzugskarten haben keine Gültigkeit

Palast-Theater Bautzen

Freitag bis mit Montag
Der Film der 1000 Abenteuer

Die Ratte von Paris

Ein Abenteuer in 7 Akten aus der Seine-Stadt, wo es am dunkelsten ist, Paris bei Tag und Nacht.
In den Hauptrollen: R. Scholz, Ivor Novello und Mae Marsh.

Außerdem:

Fräulein Mama

6 Akte aus dem Leben eines Gutsbesitzers und dessen Tochter.
In den Hauptrollen: Helene Haller, Grete Reinwald und Margarete Kupfer.

Beginn: Wochentags 1/2 5 Uhr, Sonntags um 4 Uhr

D **Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost-Sachsen** D

DRESDEN

Milch / Molkerei-Produkte — **Drema A.G. Dresden Würzburger Straße 9** — Sonstige Lebensmittel 26155

DRESDEN

Reserviert

TAUBENHEIM

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei **Emil Gärtner** 26120

GERMANIA-DROGERIE Farben und Drogen, Kolonial- und Tabakwaren 26121

Oswald Striegel Schnitt- und Manufakturwaren 26122

BEIERSDORF

E. W. Kretschmer Nachf. Max Hoffmann Kolonialwaren, Kurz- und Galanterie-, Spiel- und Zuckerwaren-Geschäft 26312

NEUSALZA-SPREMBERG

Max Erbe, Ofensetzmeister, Reparaturwerkstatt, Spezialität: Sparofen 26322

Kurt Pinkert Pelzwaren, Hüte, Mützen, Spezialität: RFB-Mützen 26321

Wilhelm Wünscher Gasthof grüner Baum 26320

Farben und Lacke E. Tietze 26319

NEUSALZA-SPREMBERG

Gustav Hofmann Musikhandlg., Spez. Schalmeien 26318

Wilhelm Böhmer Fleischerei 26317

Julius Scharf Kolonialwaren, Tabak und Zigarren 26316

Otto Fiedler Kolonial- und Feinkosthandlung 26315

C. A. Scheffler Woll- und Baumwollwaren 26314

Ad. Menzels Nachf., K. Fiebiger Größtes Lager und billigste Einkaufsquelle für Herren-, Damen- und Kinder-Manufaktur, Arbeiterbekleidung 26313

Otto Meißner Zigarren und Tabakwaren 26296

THAMS & GARFS Neusalza-Spremberg Obermarkt 26295

Ober-u. Niederfriedersdorf

Kurt Schuster, Oberfriedersdorf Fahrräder / Nähmaschinen / Reparaturen, Günstige Teilzahlung 26302

Kretscham, Oberfriedersdorf Inh. Otto Kasler 26300

Oskar Hensel, Oberfriedersdorf Fleischerei, Wurstwaren 26297

Hermann Lehmann Fleischerei mit elektr. Betrieb, Niederfriedersdorf 26299

Friedrich Thiele Kolonialwaren, Niederfriedersdorf 26298

Ernst Böhmer, Niederfriedersdorf Brot- und Weißbäckerei 26301

OPPACH

Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturen, Günstige Teilzahlung. **Oskar Förster / Oppach** 26304

OPPACH

OTTO GRUHLE Brot- und Feinbäckerei 26311

RICHARD DABERITZ / OPPACH Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren 26310

Adolf Völkel / Oppach Kolonialwaren / Zigarren / Tabake 26309

Kino Ebersbach Oppach-Sohland, bringt laufend die neusten Arbeiter-Filme 26307

Gasthof „Heiterer Blick" Inh.: Wilh. Seidemann / Oppach 26308

Herren-, Damen-, Kinder- u. Arbeiter-Bekleidung **Adolf Weirich / Oppach** 26306

Kaufhaus Kuscht / Oppach Die vorteilhafteste Einkaufsquelle für jedermann 26305

REINHOLD PIETSCHMANN Feine Fleisch- und Wurstwaren 26123

BISCHOFSWERDA

ff. Fleisch- und Wurstwaren **PAUL FRENZEL** Bahnhofstraße 9 27406

Hüte — Mützen — Herrenartikel **HEINRICH DRACH** Kirchstraße 15 27403

H. Urban, Hermannstraße 3 Lederhandlung — Ausschnitte 27455

FERD. DESSELBERGER Eisen- und Küchengeräte, Dresdner Straße 3 27419

Musikhaus Paul Biesold, Altmarkt 27402

MAX WEISE Schuhwaren, Konfitüren, ..., Lobe Markt 27424

Bischofswerdaer Käserei Inh.: Bruno Pretzsch. Täglich frische Milch, Butter, Sahne und Käse 27427

Grünwaren — Fischhandlung, Kleine Marktstraße, Bautzner Straße 1 27460

Gebr. Lohmann Färberei u. chem. Waschanstalt ... billigst und schnellstens 27420

Paul Seidel, Altmarkt 21 Modewaren — Konfektion 27400

HERMANN MEIER Damen- und Herren-Friseur, Bahnhofstraße 5 27408

Sanitätshaus Richter Gummiwaren, Babyartikel, Bahnhofstraße 27457

Martin Schreier, Schmiedegasse 2 Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen, Reparatur 27456

Zigarrenhaus Reinhold Melzer Bahnhofstraße und Kirchstraße 27428

Kohlen — Holz **B. Eisenbeiß & Sohn** 27421

WALTER MIETHE ff. Fleisch- u. Wurstwaren, Spez.: ff. Aufschnitte, Neustädter Str. 11 27464

SCHUHHAUS ELSNER Mechan. Reparaturwerkstatt 27426

Einkehrhaus Felsenkeller Neustädter Str. 10 — Radfahrerstation — ff. Biere 27425

GASTWIRTSCHAFT — FLEISCHEREI **ERWIN ZIEGENBALG** Bautzner Straße 5 27461

Gasthof „Zum neuen Anbau" Jeden Sonntag öffentl. Ball. 5—7 Uhr Tanz frei. Hedwig verw. Haufe 27463

FREIBERG

Neues Lichtspielhaus Stadtpark Freiberg, **Fischerstraße 21** Größtes Theater — 800 Plätze 26786

ARTHUR NEUBERT & Co. Stollenhausgasse 7, Fahrräder — Nähmaschinen — Sprechapparate, Neuzeitliche Reparaturwerkstatt 26788

KRÄUTERGEWÖLBE Robert Stahr, Weingasse 1 empfiehlt Tarragona Ltr. M 1.35, Malaga Ltr. M 2.00 26787

OTTENDORF-OKRILLA

Hermann Krüger Kolonialwaren 26783

Kreuz-Drogerie Fritz Jaekel Drogen — Farben, Parfümerien, Spirituosen, Sämereien 26784

HERMANN KNÖFEL Kolonialwaren, Delikatessen und Konserven. Radeberger Straße 26785

LAUSA b. Dresden

Max Sickert Lausa b. Dresden, Lohn-Lastkraftwagen, Spedition / Kohlen, Fernruf: Amt Hermsdorf Nr. 107 26678

KLOTZSCHE-HELLERAU

Georg Groß Brennmaterial / Getreide und Futtermittel, Klotzsche, Hauptstr. 12, Tel. 68 26686

DEMITZ-THUMITZ (SA.)

Herrenschneiderei, Maß- und Konfektionsgeschäft **JOHANN KREBS** 27432

GASTHOF ZUR ERHOLUNG Gastwirtschaft und Fleischerei. PAUL BEYER 27431

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, Nudelfabrikation **Arthur Lange, Nr. 40** 27430

Fuhrgeschäft **Max Meißner** 27429

CUNEWALDE

Drogerie M. Meißner, Nr. 129 Billigste Bezugsquelle für Drogen, Photo, Farben, Kolonialwaren, Schokoladen usw. 27618

GASTHOF „BLAUE KUGEL" Jeden Sonntag Tanzmusik 27619

Franz Haase Weiß- u. Feinbäckerei. Nr. 358 b 27620

ADOLF GRAF Eisenwaren und Küchengeräte. — Nr. 446 27621

SCHUHHAUS **JULIUS BERGER** Reparaturen werden bestens ausgeführt 27622

FLEISCHEREI CARL HEMPEL empfiehlt seine preiswerten FLEISCH- UND WURSTWAREN 27623

Kolonial- und Textilwaren **Gustav Kutscher, Nr. 22** 27624

KUTSCHKE'S ERBEN Gasthof / Konzert- und Ballsaal / Arbeiterheim 27625

TAUBENHEIM

Richard Wagner, Taubenheim-Sohland, Fahrzeuge und Maschinen, elektrische Artikel 27617

die Ausbildung der Lehrlinge leiden, sind es doch gerade die Junggesellen, die am meisten von der Arbeitslosigkeit in den letzten drei Jahren betroffen wurden. Selbst bei einer Besserung der Bautätigkeit ist nicht zu erwarten, daß irgendein Mangel an Zimmerern eintreten wird, sondern es wird auch noch ein Ueberfluß vorhanden sein.

Wir richten deshalb die dringende Bitte an die Eltern, die beabsichtigen, zu Ostern ihre aus der Schule entlassenen Söhne das Zimmererhandwerk erlernen zu lassen, es sich reiflich zu überlegen, bevor sie das tun. Der Lohn im Zimmerergewerbe ist, wenn man die Arbeitslosigkeit einrechnet, die sich auf mindestens 15 bis 20 Wochen im Durchschnitt pro Jahr auswirkt, keineswegs genügend, sondern stellt sich, umgerechnet auf die tatsächliche Beschäftigung, zum Teil unter den Lohn eines ungelernten Arbeiters, der nicht so von der Saisonarbeit abhängt wie die Zimmerer.

Die russische Revolution und die Gewerkschaften

Bautzen. In der letzten Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes sprach über obengenanntes Thema der Kollege Schönlank (SPD), Halle. Am Anfang seines Referats schilderte er die russischen Verhältnisse von dem Jahre 1908 bis zur russischen Revolution 1917. An Hand vieler Beispiele zeigte er, wie ungeheuer das russische Proletariat in den Großstädten, ebenso wie die Bauern auf dem Lande unterdrückt wurden. Diese ungeheure Unterdrückung hatte bekanntlich zur Revolution 1905 geführt. Nach diesen einigermaßen noch sachlich gehaltenen Ausführungen behandelte er das Rußland von heute. Dabei leierte er die übliche sozialdemokratische Walze herunter. Er glaubte feststellen zu können, daß in Rußland heute nicht mehr die Bolschewiki, sondern die Kulaken die Herrschaft hätten. An der gespaltenen Arbeiterbewegung seien natürlich die Kommunisten schuld. Nach diesen Ausführungen ging die offene Sowjetrußlandhetze los. An einem zukünftigen Krieg trage Sowjetrußland die Schuld, da es China und auch die anderen Ostvölker unterstützt. Die russischen Gewerkschaften sollten sich bedingungslos der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale anschließen, da sie das nicht tun, zeigen sie, daß sie keine Einigkeit wollen. Nachdem er diese schamlose Hetze entfaltet hatte, brachte Schönlank es fertig, den Ruf ertönen zu lassen: „Hände weg von Sowjetrußland!" Die Ehrlichkeit dieser Forderung hatte er ja durch seine vorhergehenden Worte genügend charakterisiert. In der Diskussion sprach Genosse Einert gegen den Granatenschwindel und über die drohende Kriegsgefahr. In seinem Schlußwort versuchte der Referent, seine haltlosen Behauptungen weiter an den Mann zu bringen. Dabei war ihm der Granatenschwindel ein willkommener Anlaß. Typisch war seine Art, die Arbeiter einzuseifen. Er erklärte zum Schluß, daß sich doch später einmal die SPD und KPD oder umgekehrt vereinigen werden, daß Thälmann und Weis sich später einmal die Hände drücken werden. Die KPD mache ja jetzt schon dieselbe Politik wie die SPD, nur daß sie die Anträge noch einmal so hoch wie die SPD stelle. Auch er sei mit der Politik seiner Partei nicht immer einverstanden. Man müsse mit den Kommunisten zusammenarbeiten. Leider vergaß der Referent, auf das Verhalten der maßgebenden Gewerkschaftsführer hinzuweisen, die immer und immer wieder die revolutionären Arbeiter von der Mitarbeit in den Gewerkschaften abstoßen. Wir glauben aber sagen zu können, daß auch dieser Abend dazu beigetragen hat, das Klassenbewußtsein der Bautzner Arbeiterschaft zu heben.

Blitzlichter von der Spreeregulierung in der Amtshauptmannschaft Bautzen

Wie die Rationalisierung praktisch aussieht, zeigt die uns schon bekannte Firma Kneuß, Bautzen. Die Firma hat bei der Spreeregulierung etwa 35 Arbeiter beschäftigt. Damit nun diese 35 Arbeiter tüchtig arbeiten, hat man zwei Bauführer, zwei Schachtmeister, einen Meister und einen Vorarbeiter angestellt! Diese 35 Arbeiter müssen also dermaßen würgen, daß der Lohn für die Antreiber und ein nicht geringer Profit für die Firma herausspringt. Alles natürlich auf Kosten der Arbeiter. Die Notstandsarbeiter erhalten pro Stunde 61 Pf. Mehr hat die Firma für die Arbeiter nicht übrig. Ein Beispiel, mit welchen Methoden die Antreibereien betrieben werden, zeigt folgendes: Zwei Arbeiter, die längere Zeit mit im Akkord geschuftet hatten, wurden plötzlich wegen ungenügender Leistung entlassen. Dies, wie wir schon festgestellt hatten, obwohl sie vorher im Akkord genügend geleistet hatten. Die Arbeiter müssen bei Wind und Wetter 15 Kilometer zu Fuß hin und 15 Kilometer zurücklegen, so daß sie, wenn sie morgens 4,30 Uhr von Hause weggehen, abends 7,30 Uhr glücklich wieder zu Hause sind. Eigenartig ist auch das Verhalten des Arbeitsnachweises Bautzen, bezw. der Nebenstelle Guttau. Kürzlich überwies sie zwei Arbeiter, der eine im Alter von 64 Jahren, der andere von 72 Jahren, zur Spreeregulierung! Natürlich schickte sie der Unternehmer, weil er aus den Knochen der Alten nicht mehr genügend herauspressen zu können glaubte, wieder nach Hause. Das sind einige Streiflichter, denen wir noch eine ganze Reihe hinzufügen könnten. Hier zeigt sich erneut, daß die Unternehmer für die Arbeiter nichts übrig haben, im Gegenteil, daß sie noch um genug aus den Knochen der Arbeiter herauszupressen, bei 35 Mann 6 (!) Antreiber anstellen. — Wie schrieb doch Heine: „Wenn du aber gar nichts hast, nun, so lasse dich begraben, denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben."

Fußballsport

Bezirk Oberlausitz.

Vorschau für den 2. Seriensonntag 29. März.

1. Klasse. Doberschau 1—Neugersdorf 1 (3). Kirschau 1—Löbau 1 (3). Zittau 1—Bautzen 1 (2).

2. Klasse, 1. Gruppe. Bautzen 2—Kirschau 1 (6). Wilthen 1—Löbau 2 (3:30). Gr.-Lomske 1—Doberschau 2 (3).

2. Klasse, 2. Gruppe. Zittau 2—Großhennersdorf 1 (1:30). Neugersdorf 2—Olbersdorf 1 (3). Reichenau 2—Oberseifersdorf 1 (1:30).

3. Klasse, 2. Gruppe. Reichenau 3—Großhennersdorf 2 (12). Oberseifersdorf 2—Zittau 3 (3).

Jugend-Klasse. Reichenau 1—Reichenau 2 (12). Neugersdorf 1—Oberoderwitz 1 (2).

Die eingenannten Vereine sind die benennenden Vereine.

Gesellschaftsspiele. Es zeigt sich, daß die Bemühungen zur Schaffung von Nachwuchs nicht erfolglos bleiben. So sind in Neugersdorf und Oberoderwitz Schülermannschaften gebildet worden, die am Sonntag in Neugersdorf zum ersten Male ihr Können erproben werden. Anstoß der Kleinsten ist vormittags 11 Uhr.

Passball. In Ebersdorf spielen nachm. 2,30 Uhr Ebersdorf 1—Leutersdorf 1.

Resultate vom 15. März. Das Serienspiel Wilthen 1—Kirschau 1 endete mit einem knappen 6:5-Sieg der Kirschauer. Letztere konnten erst 3 Minuten vor Schluß durch einen verwandelten Elfmeterball die zwei Punkte an sich reißen. — Reichenau 1—Markersdorf 1 2:2.

4. Turnbezirk, 5. Gruppe. Am Sonntag, den 6. März fand in Bischofswerda eine Gruppenlehrstunde für Frauenturnen statt. Dieselbe war bestimmt für die 4. und 5. Gruppe. Es waren vertreten von der 5. Gruppe die Vereine Bischofswerda, Neustadt, Demitz-Thumitz und Medewitz. Die 4. Gruppe fehlte ganz. Die Lehrstunde wurde eingeleitet mit einem Vortrag der Genossin Altus über unsere Bundesschule. Es folgten hierauf zwei Stunden Musikturnen. Es ging daraus hervor, daß dieses noch viel zu wenig in der 5. Gruppe gepflegt wird. Ebenfalls wurden noch verschiedene Schriften angezeigt, die gut empfohlen. Nachmittags war Geräteturnen. Es waren meistens Uebungen aus der Unterstufe, die aber, obwohl sie leicht waren, so mancher Turnerin recht schwer fielen. Darauf folgte die Sitzung, 3,30 Uhr. Sie begann mit einem Vortrag des Bezirksfrauenturnwartes Schmidt, der ebenfalls gute Lehren gab zur Anregung auf verschiedenen technischen Gebieten. Als erster Gruppenfrauenturnwart wurde Genosse Gühler, und die Genossin Schneider aus Medewitz als zweiter gewählt. Nach einer Aussprache über den Turnstoff schloß Genossin Schneider die Sitzung um 6 Uhr.

Verantwortlich: Fritz Einert, Bautzen.

Frühjahrs-Garderobe
für Damen, Herren und Kinder
Konfirmanden-Bekleidung
Bett- u. Leibwäsche, Gardinen usw.
erhalten Sie bei uns
auf Kredit
gegen bekannte, leichte Abzahlung
Winterware in Preise bedeutend ermäßigt
Kredit auch nach auswärts
Gebrüder Rosenzweig
Waren-Kredit-Geschäft
Zittau, Böhmische Straße 14
Jahrmarktsonntag geöffnet

Schuhmacherei Max Wehner
Bautzen, Schlachthofstr. 5
Sauberste Arbeit bei mäßigen Preisen

Gustav Böhme, Ostritz
Manufaktur-, Kurz-, Weiß- u. Wollwaren / Spezialität: Wäsche, Wäschestoffe u. Gardinen in erstkl. Qualitäten zu soliden Preisen

Zur Konfirmation!

Konfirmanden-Anzüge
in blau, schwarz, farbig und Nadelstreifen, ein- und zweireihig
Große Auswahl! Billige Preise!
45.– 34.– 27.– 22.– 19.75 15.50
Leiler
ZITTAU WEBERSTR. 1

Beachten Sie unsere billigen Jahrmarkts-Angebote
Schweizer-Bazar
Zittau

400 Damenhemden
prima Wäschetuche, gute Stickereien
2.75, 2.30, 2.10, 1.75, 1.50 **95 ₰**

300 Prinzeßröcke
gute Stoffe, reizende Garnierungen
4.25, 3.30, 2.95 **1.65 ℳ**

Foerder Zittau
Rathausplatz

Volksbuchhandlung für die Oberlausitz
ZITTAU, Amalienstraße 3

Revolutionäre und freigeistige Literatur
in reichhaltiger Auswahl

Geschäftsstelle für die **„Arbeiterstimme"**
mit Beilage
„Der arme Teufel"

Druckaufträge jeder Art werden angenommen, gut und sauber ausgeführt

Berichte für den **Armen Teufel** werden entgegengenommen

Auskünfte in Arbeiterrechtsfragen jeden Dienstag und Sonnabend von 5 bis 7 Uhr abds.

Bibliothek für prol. Freidenker. Ausgabe an Mitglieder d. V. f. F. u. F. täglich von 9 bis 7 Uhr

Die gegenwärtigen Hauptaufgaben der KPD.

Auszüge aus den Beschlüssen des XI. Parteitages der KPD. in Essen

Nachfolgend veröffentlichen wir aus den wichtigsten Beschlüssen des 11. Parteitages die Abschnitte, in denen die praktischen Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Periode behandelt werden. Der Gesamttext der Beschlüsse erscheint in kürzester Zeit in einer Broschüre zusammengefaßt, die den breitesten Kreisen der Mitgliedschaft zugänglich gemacht werden muß.

I.

Die politischen Aufgaben der Partei

Die vom Zentralkomitee vorgelegten und vom Parteitag fast einstimmig angenommenen Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei behandeln einleitend die internationalen Fragen, vor allen Dingen die kapitalistische Stabilisierung und die imperialistische Kriegsgefahr. Anschließend folgt ein Kapitel über die Entwicklung des neuen deutschen Imperialismus, das überleitet zu dem Abschnitt, der sich mit der Offensive des Kapitals und der kapitalistischen Rationalisierung beschäftigt. Die kapitalistische Rationalisierung wird als wichtigste und allgemeine Form der kapitalistischen Offensive festgestellt.

Im nächsten Abschnitt wird die Neugruppierung der Klassenkräfte und die Regierung des Bürgerblocks behandelt. Dann folgt ein Abschnitt über die Rolle der Sozialdemokratie. Er geht aus von der Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Regierungsfrage. In diesem Abschnitt wird festgestellt, daß die SPD. der Hauptfeind der Partei ist, und daß innerhalb der SPD. die „linken" Führer der Hauptfeind sind, den die Kommunisten vernichtend schlagen müssen, um die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse vom Joch der reformistischen Beeinflussung zu befreien. Im folgenden Abschnitt wird die Radikalisierung der Arbeiterklasse, ihr Bündnis mit allen Werktätigen und in einem weiteren Abschnitt die Perspektiven der deutschen Revolution behandelt.

Der letzte Teil der Thesen befaßt sich mit den innerparteilichen Fragen und zerfällt in drei Abschnitte. 1. Die Taktik, Erfolge und Fehler der KPD.; 2. die gegenwärtigen Hauptaufgaben der Partei und 3. der Kampf um die leninistische Linie der Partei.

Nachfolgend veröffentlichen wir den Absatz der Thesen, der sich mit den gegenwärtigen politischen Hauptaufgaben der Partei beschäftigt:

Die wichtigsten praktischen Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Situation sind folgende:

33. Erstens: **Kampf gegen die Kriegsgefahr.**

Enthüllung der drohenden Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges. Ergreifung aller Maßnahmen zur Bekämpfung seines Ausbruchs und Vorbereitung der Massen zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Bloßlegung der treibenden Kräfte, des Wesens und der Ziele des imperialistischen Krieges. Tägliche Entlarvung der Kriegspolitik des neuen deutschen Imperialismus und der sozialdemokratischen Führer. Bekämpfung des Völkerbundes, der pazifistischen, paneuropäischen, ultraimperialistischen und ähnlichen Illusionen. Unermüdlicher Nachweis an konkreten Beispielen, „wie der Krieg täglich ausbrechen kann" (Lenin). Kampf gegen die militärischen Rüstungen und die Kriegsvorbereitungen der Industrie. Größter Nachdruck auf die agitatorische und organisatorische Erfassung der Arbeiter in den Munitions- und Waffenbetrieben, besonders in der chemischen Industrie, sowie der Verkehrs- und Transportarbeiter. — Warnung vor den kleinbürgerlich-utopistischen Ideen der „Dienstverweigerung", des „Boykotts des Krieges", des „Friedensschlusses" durch die bürgerliche Regierung. Verfechtung der Leninschen Losungen gegen den imperialistischen Krieg (Herbeiführung der Niederlage der eigenen Regierung, revolutionärer Defaitismus, Agitation für die Massenverbrüderung der Soldaten an der Front; Teilnahme der Arbeiter an jedem reaktionären Kriege, um Waffen in die Hand zu bekommen, die Armee zu zersetzen und revolutionäre Bewegungen für den Sturz der eigenen Bourgeoisie zu organisieren).

34. Zweitens: **Stärkste Unterstützung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution.**

Schonungslose Bekämpfung der verräterischen sozialdemokratischen und ultralinken Antisowjethetze. Aufrüttelung der Massen zur Verteidigung des Staates der proletarischen Diktatur gegen die drohende imperialistische Intervention. Erläuterung der Friedenspolitik der Sowjetunion, ihres Rechts auf die revolutionäre Landesverteidigung und auf die Stärkung der proletarischen Wehrmacht. Klarstellung der Bedeutung des Verteidigungskampfes der Sowjetunion gegen eine imperialistische Intervention als des einzigen gerechten und revolutionären Krieges, des Krieges der Arbeiterklasse gegen ihre kapitalistischen Unterdrücker. Vorbereitung der Arbeiterklasse für ihre konkreten Aufgaben im Falle einer Intervention: Verhinderung aller Waffentransporte für die imperialistischen Armeen, aktiver Widerstand gegen ihren Durchmarsch durch Deutschland, Organisierung von Aktionsausschüssen, um die imperialistische Front im Rücken zu erschüttern, allseitige Unterstützung der Roten Armee. Breiteste Tätigkeit für die Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse und aller Werktätigen mit dem Land des sozialistischen Aufbaus, für die Solidarität mit der großen chinesischen Revolution und den anderen kolonialen Erhebungen gegen den bewaffneten Ueberfall der englischen und sonstigen Imperialisten. Unterstützung aller Kraftzentren der internationalen revolutionären Bewegung, aller Klassenkämpfe der Proletarier anderer Länder und aller Aktionen gegen den Imperialismus. Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen den internationalen Faschismus und den weißen Terror.

35. Drittens: **Organisierung des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals.**

Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse für diesen Kampf. Größte Aktivität der Kommunisten bei den Auseinandersetzungen über die Tagesfragen in den Betrieben und energischste Initiative im täglichen Kleinkampf gegen die praktischen Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung. Im Vordergrund: der Kampf um die Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsbedingungen und gegen Arbeitslosigkeit. Klare Herausarbeitung und Verteidigung von konkreten Teilforderungen der Arbeiterschaft. Erläuterung der prinzipiellen kommunistischen Losungen an Hand der wirklichen Erfahrungen der Massen.

36. Viertens: **Kampf für die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft und aller Werktätigen.**

a) Für die Arbeiter in den Betrieben: Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung, Ueberstundenunwesen, Lohnherabsetzung, Akkordsystem, besonders gegen den Abbau der Akkordlöhne, Antreiberei, Verschärfung des Arbeitstempos, arbeiterfeindliche Anordnungen, Maßregelungen, Entlassungen, Kurzarbeit, Betriebsstillegungen. Schärfster Kampf gegen den Raub des Streik- und Koalitionsrechts durch Zwangsschiedssprüche und Verbindlichkeitserklärungen. Restlose Zurückeroberung des Achtstundentages in den Betrieben und der Siebenstundenschicht unter Tage. Erkämpfung der 42-Stundenwoche. Lohnerhöhungen in allen Industriezweigen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Kampf für bessere Arbeitsbedingungen (Pausen, Urlaub usw.). Gleichstellung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit den Industriearbeitern in allen arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, gegen jede Beschränkung der Freizügigkeit und des Streikrechts.

b) Für die Erwerbslosen: Gegen Erwerbslosenversicherung, Lohnklassenstaffelung, Beschränkung der Unterstützungsdauer, Pflichtarbeit, gegen jede Sonderregelung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter usw., für Wiedereinstellung in die Betriebe, restlose Aufrechterhaltung des Unterstützungssystems, Erhöhung der Unterstützungssätze, Sonderbeihilfen, Gewährung von Mietzuschüssen, Lebensmittel- und Kohlenlieferungen usw.

c) Für alle Werktätigen: Beseitigung aller Massensteuern (Lohnabzug, Umsatz-, Verkehrs-, Verbrauchs-, Hauszinssteuern), Erhöhung und progressive Staffelung der Besitzsteuern (Körperschafts-, Kapitalertrags-, Luxus-, Börsen-, Einkommen-, Vermögens- und Vermögenszuwachs-, Erbschaftssteuer, unter Freilassung kleiner Vermögen bis 20 000 Mark und kleiner Einkommen bis 5000 Mark). Verhinderung jeder Steuerermäßigung für die Besitzenden und aller Subventionen für das Großkapital. Verbot aller Pfändungen und Zwangsvollstreckungen, Offenlegung der Steuerlisten, restlose Aufrechterhaltung des Mieterschutzgesetzes, Verbot jeder Mieterhöhung und planmäßiger Wohnungsbau auf Kosten der Besitzenden. Beseitigung der Schutzzölle.

d) Für das arbeitende Bauerntum: Kampf gegen die Ausplünderung der kleinen und mittleren Bauernschaft durch das Finanzkapital, den Großgrundbesitz und die Steuerpolitik des bürgerlichen Staates. Enteignung des Großgrundbesitzes und Zuteilung ausreichenden Bodens an die ärmeren Bauernschichten, Wirksamen Pächterschutz, zinslose langfristige Staatskredite zur Erhaltung und Verbesserung der Klein- und Mittelbetriebe. Sofortige ausreichende Hilfe an die unwetter- und seuchengeschädigten werktätigen Bauern. Befreiung der „Ackernahrung" von allen Vermögens-, Grund-, Gewerbe-, Erbschafts- und Grunderwerbssteuern, Verhinderung jeder Pfändung und Zwangsvollstreckung von bäuerlichen Produktionsmitteln und des Zwangsverkaufs von Boden.

37. Fünftens: **Kampf gegen die Regierung des Bürgerblocks, gegen Reaktion und Monarchismus.**

Aufrüttelung der gesamten Arbeiterklasse und der Werktätigen zum gemeinsamen Kampf gegen die Regierung des Bürgerblocks, gegen alle Koalitionsregierungen, gegen die staatliche Reaktion, den Unternehmerterror in den Betrieben, den wachsenden Betriebsfaschismus, die Vorstöße der monarchistischen und faschistischen Konterrevolution. Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse gegen den bayrischen Regierungsfaschismus, der in Bayern unsere Partei tatsächlich in die Illegalität gedrängt hat und dessen Methoden durch die Bürgerblockregierung immer mehr auf das gesamte Reich ausgedehnt und übernommen werden. Stärkste Unterstützung des Kampfes der KPD. in Bayern um die Legalität vor allem in der Presse und in der gesamten Agitation. Kampf gegen Reichswehr, Polizei, Wehrverbände, schwarzweißrote Organisationen, Klassenjustiz, reaktionäre Bürokratie und Kulturschmach unter den Losungen: Säuberung der Behörden von allen Monarchisten, Miliz aus dem werktätigen Volke, Vernichtung der faschistischen Verbände, Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiterklasse, entschädigungslose Fürstenenteignung, Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen.

38. Sechstens: **Schärfste Bekämpfung der Sozialdemokratischen Partei und Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeitermassen.**

Konsequenter unerbittlicher Kampf gegen die rechte und „linke" SPD. Entlarvung ihrer verräterischen Politik in allen Lebensfragen der Arbeiterklasse, ihres reaktionären Kampfes gegen die Herstellung der proletarischen Einheitsfront, ihrer Mitschuld an allen Erfolgen der kapitalistischen Bourgeoisie im Kampf gegen das Proletariat, ihrer Untätigkeit gegen die Regierung des Bürgerblocks. Durchkreuzung des Doppelspiels der „linken" Führer durch Aufrollung praktischer Tagesforderungen, vor denen sie nicht ausweichen können, Enthüllung ihrer Scheinopposition. Aktivste Förderung der revolutionären Arbeiteropposition in der SPD. mit dem Ziel der Loslösung breiter Mitgliedermassen aus der Sozialdemokratischen Partei. Direktes Herantreten an die sozialdemokratischen Arbeiter unter konsequenter Bekämpfung ihrer Illusionen und ohne Verwischen der politischen Gegensätze. Ueberzeugung der Massen von der Ehrlichkeit des kommunistischen Kampfes für die Einheitsfront, von der Bereitschaft der Kommunisten, auch in den kleinsten Tagesfragen zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Entfaltung der Methoden der organisatorischen Verbindung zwischen KPD.- und SPD.-Arbeitern. Herantreten an die lokalen Organisationen der SPD. Intensivste Unterstützung der begonnenen Fraktionsbildung des revolutionären Arbeiterflügels innerhalb der SPD., Ermutigung seiner oppositionellen Fraktionsarbeit.

39. Siebentens: **Sammlung und Festigung der gesamten Linksbewegung der deutschen Arbeiter.**

Sammlung aller revolutionären Tendenzen, Zusammenfassung aller Zwischenstufen und Uebergangsformen, die als Resultat der Radikalisierung der deutschen Arbeiterklasse entstehen, zu einer mächtigen Linksbewegung, deren Schwerpunkt in einer breiten Massenopposition in den Gewerkschaften liegt. Die volle Aufmerksamkeit ist dabei zu richten nicht nur auf die Zweckmäßigkeit der zusammenfassenden Losungen und der anzuwendenden, bisher unzulänglichen organisatorischen Methoden, sondern vor allem auf die konkrete Weiterentwicklung der Taktik des richtigen Herantretens an die sich erst allmählich radikalisierenden Arbeiter, um sie durch die kommunistische Beeinflussung vom Banne der sozialdemokratischen und bürgerlichen Traditionen zu befreien.

1. Umwandlung der Gewerkschaften in Industrieverbände,
2. Kampf für die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, für Achtstundentag und Lohnerhöhung,
3. gegen jede Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik,
4. Einheitsfront der Arbeiter im Betrieb mit den Erwerbslosen,
5. internationale Gewerkschaftseinheit, Solidarität mit der Sowjetunion,
6. Kampf gegen den Imperialismus und Kriegsgefahr.

40. Achtens: **Aeußerste Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit.**

Festigung und Verbreiterung der Opposition gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der reformistischen Gewerkschaftsspitzen, gegen die Abwürgung der Wirtschaftskämpfe, gegen die Verwandlung der Freien Gewerkschaften in Hilfsorgane des Kapitals und Werkzeuge des imperialistischen Staates. Hauptforderung im Kampf gegen das Trustkapital: Reorganisation nach Industrieverbänden und Abschluß von Kampfbündnissen zwischen den großen Verbänden. Sammlung der Mitgliedschaft unter den Losungen: Einleitung breiter Abwehrkämpfe gegen die Verschlechterung der proletarischen Lebenshaltung und gegen den Raub des Koalitionsrechts, Massenstreiks, gestützt auf die englischen Erfahrungen, Zusammenfassung der Betriebsräte gegen das Trustkapital, Zurückeroberung des Achtstundentages und höhere Löhne, Unterstützung der Erwerbslosenbewegung, Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse, Aufnahme der Erwerbslosen.

Kampf für die internationale Gewerkschaftseinheit. Forderung der Einberufung eines gemeinsamen Kongresses der Amsterdamer Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale. Entlarvung und rücksichtslose Bekämpfung des Sabotagefeldzuges der Reformisten, insbesondere der deutschen Gewerkschaftsführer gegen die internationale Einheit. Organisatorischer Ausbau der Einheitsbewegung.

Bildung von Werbeausschüssen für die hundertprozentige freigewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterschaft, schärfster Widerstand gegen die Ausschlüsse oppositioneller Arbeiter.

Enge Verbindung der Gewerkschaftsarbeit mit der politischen Gesamtarbeit der Partei. Restloser Gewerkschaftsbeitritt aller Kommunisten.

Bessere und elastischere Durchführung der Fraktionsarbeit unter weitgehender Hinzuziehung der Sympathisierenden. Verlegung des Schwergewichts der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit auf die Großbetriebe. Eroberung des unteren gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers in den Betrieben. Aktivste Beteiligung der Kommunisten am gesamten Gewerkschaftsleben. Ausmerzung aller opportunistischen Abweichungen der Kommunisten in den Gewerkschaften. Ausbildung geschulter, kampferfahrener kommunistischer Gewerkschafter, die das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzen und zu ihrer Führung fähig sind.

41. Neuntens: **Neubelebung der Betriebsrätebewegung.**

Zusammenfassung der Betriebsräte nach Industriezweigen, Trusts und Bezirken ohne Rücksicht auf die Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie. Erziehung der Betriebsräte zur Leitung des Abwehrkampfes gegen die Kapitalsoffensive, Herstellung enger, ständiger Verbindung zwischen Betriebsräten und Erwerbslosenausschüssen.

Erweiterung der Rechte der Betriebsräte durch den unversöhnlichen Klassenkampf. Erhöhte Aktivität der Kommunisten bei allen Betriebsrätewahlen.

42. Zehntens: **Führung des Kampfes der Erwerbslosen.**

Organisierung des Kampfes der Erwerbslosen für ihre Einreihung in den Klassenkampf der gesamten Arbeiterschaft, für ihren Zusammenschluß mit den Freien Gewerkschaften, für den Kampf um die Durchsetzung ihrer Forderungen. Entschlossene Abwehr aller Maßnahmen zur Verschlechterung ihrer Lage. Kampf gegen den reformistischen Verrat an den Erwerbslosen, der die Lohndrückerei und das Streikbrechertum fördert, ebenso wie gegen die anarcho-syndikalistischen, ultralinken und sonstigen gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen. Stärkere Auswertung der Parlamentsarbeit für die Sache der Erwerbslosen. Ausbau der Erwerbslosenausschüsse in Verbindung mit den Betriebsräten und Gewerkschaften. Führung aller Massenaktionen gegen die Erwerbslosigkeit.

43. Elftens: **Bündnis mit allen Werktätigen.**

Aufrechterhaltung und Ausbau der Verbindungen mit allen werktätigen Volksschichten, Unterstützung ihres Kampfes gegen das Finanzkapital, feste Sicherung der proletarischen Hegemonie innerhalb des Bündnisses mit allen Werktätigen. Energische Tätigkeit unter den Handwerkern, Gewerbetreibenden, Kleinhändlern, Sparern, Kleinrentnern, Kriegsopfern, Intellektuellen usw. Schwergewicht auf die Arbeit unter den Beamten, in den Mietervereinigungen und Aufwertungsverbänden. Bekämpfung demokratischer Illusionen und antiproletarischer Forderungen.

Größere Aktivität für das Bündnis zwischen Arbeiterschaft und Bauerntum. Bildung kommunistischer Parteizellen auf dem Dorf. Unterstützung des Reichsbundes der Kleinbauern, verstärkte Arbeit in den Landarbeiter-, Kleinbauern-, Siedler- und Pächterorganisationen. Klassenkampf gegen Junker und Großbauern. Heranziehung der ärmeren Mittelbauern, Förderung der kleinbäuerlichen Opposition im Landbund, Bauernvereinen, Bauernbünden und landwirtschaftlichen Genossenschaften, Forderung der Enteignung des Großgrundbesitzes. Aufstellung und Vertretung der konkreten Kampflosungen der Werktätigen. Propaganda für die Arbeiter- und Bauernregierung.

44. Zwölftens: **Stärkung der sympathisierenden proletarischen Massenorganisationen.**

Richtige Einschätzung der außerordentlichen Bedeutung des Roten Frontkämpferbundes als Kampfinstrument der

Arbeiterklasse, Stützpunkt der proletarischen Einheitsfront und Kräftereservoir für die Kommunistische Partei. Gesteigerte Arbeit für die Ausbreitung und die innere Festigung des RFB., der RJ. und des RFMB. Verlegung des Schwergewichts dieser Organisationen in die Betriebe, zum Kampf gegen den wachsenden Betriebsfaschismus. Entwicklung der propagandistischen Tätigkeit und der politischen Aktivität dieser Organisationen unter Einschränkung der äußerlichen mechanischen Agitation. Schärfster Kampf gegen das Reichsbanner bei systematischer Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber seinen proletarischen Mitgliedern. Unterstützung der IAH. und der IRH. Unbedingte Verschärfung der Parteikontrolle über die Kommunisten in allen parteilosen Massenorganisationen und straffste Durchführung der Fraktionsarbeit.

45. Dreizehntens: **Erhöhte Tätigkeit unter der proletarischen Jugend und den proletarischen Frauen.**

Tatkräftigste Unterstützung der kommunistischen Jugendbewegung. Verteidigung der Forderungen der Jugend in den Gewerkschaften, in der Oeffentlichkeit, in den Parlamenten usw. Engste Verbindung mit der kommunistischen Jugend in der praktischen Arbeit.

Durch die Rationalisierungspolitik der deutschen Bourgeoisie wächst die Rolle der jugendlichen Arbeiterschaft innerhalb des Produktionsprozesses. Die Fordisierung und Taylorisierung der Betriebe ermöglicht den Unternehmern, mehr als bisher die billige Arbeitskraft der Jugendlichen, besonders der ungelernten Arbeiter auszunutzen, sie als Lohndrücker gegen die gesamte Arbeiterschaft zu gebrauchen. Die Rechtlosigkeit der Jungarbeiter und die Politik der reformistischen Gewerkschaftsführer, die die Interessen der Jugendlichen vollkommen außer acht lassen, erleichtern den Unternehmern die Durchführung ihrer Politik, die auf die Herabdrückung des Lebensniveaus der Gesamtarbeiterschaft und die Differenzierung der Fachausbildung zum Zwecke der Züchtung einer Betriebsaristokratie und Herabdrückung des Niveaus der breiten Arbeitermassen gerichtet ist.

Stärkere Aufmerksamkeit für die proletarische Frauenbewegung (RFMB., Frauendelegiertensystem). Unterstützung ihres wirtschaftlichen und politischen Kampfes, Vertretung ihrer Forderungen. Viel aktivere Hilfe der Gesamtpartei vom ZK. bis zur letzten Parteiorganisation als bisher für die kommunistische Arbeit unter den Frauen. Stärkere Unterordnung der gesamten Frauenarbeit unter die allgemeine politische Arbeit der Partei und stärkere Verlegung des Schwergewichts auf die Gewinnung der Industriearbeiterinnen als bisher.

II.

Die innerparteilichen Aufgaben

In der vom Parteitag angenommenen Resolution über: „Die Ergebnisse der Parteidiskussion und die innerparteilichen Aufgaben" wird zusammenfassend über die Ergebnisse der Diskussion und die innerparteilichen Aufgaben festgestellt:

Der Offene Brief der Exekutive der KJ. ermöglichte der KPD. eine neue Periode des Aufstieges. Die Durchführung des Offenen Briefes und die damit verbundene Umstellung der KPD. erleichtert es der Partei, die Radikalisierung der Arbeiterschaft im Interesse der Revolution auszunutzen. Die erdrückende Mehrheit, neun Zehntel der Partei, entschied sich in freier offener Diskussion der Mitgliedschaft für die Parteiführung und die Kommunistische Internationale.

Die Grundfragen wurden richtig gestellt und von der Partei in breitem Umfange und in noch nicht dagewesenem Maße begriffen. Dies gilt bei allen noch vorhandenen Schwächen und Fehlern, insbesondere für die Einheitsfronttaktik und für die Gewerkschaftsarbeit, sowie auch für die Probleme der Sowjetunion. Die Verbundenheit mit der Komintern und den anderen Sektionen wurde gestärkt, die Parteidemokratie und das geistige Leben der Partei erfuhren eine Erweiterung.

Die Renegaten wurden ohne Mitgliederverlust ausgeschlossen. Die noch verbleibenden Gruppen sind Splitter, deren endgültige Liquidierung nach dem 11. Parteitag erfolgen muß.

Als Ergebnis der Diskussion ergibt sich als die wichtigste innerparteiliche Aufgabe die Sicherung und die völlige Herstellung der ideologischen und organisatorischen Einheit der Partei nach den Grundsätzen des Leninismus. Die Vollendung dieser Aufgabe ist an zwei wichtige Voraussetzungen geknüpft: die Liquidierung der Reste der Fraktionen und jeglichen Fraktionsgeistes und die Vollendung der Konzentration der Partei durch Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte der früheren Gruppierungen oder Fraktionen im aktiven Kampf für die Linie der Partei und der Kommunistischen Internationale.

Ein gemeinsames Ziel aller ultralinken Fraktionen war die Zerstörung der Grundprinzipien des kommunistischen Parteilebens, des demokratischen Zentralismus und der Parteidemokratie. Nach dem Mißlingen ihrer Spaltungsabsichten versuchten die Fraktionsführer, den demokratischen Zentralismus durch „das Recht auf Fraktionen und Gruppierungen" zu ersetzen. Ihr Angriff gegen den demokratischen Zentralismus wurde abgeschlagen. **Zu den wichtigsten Erfahrungen des Kampfes der Partei gegen die Fraktionen gehört es, daß nur die völlige Vernichtung der Fraktionen die Voraussetzungen schafft für die volle Entfaltung des demokratischen Zentralismus. Vier Hauptaufgaben stehen in dieser Beziehung vor der Partei:**

1. **Schaffung einer festen, einheitlichen und breiten Parteiführung;**

2. **Vertiefung des Bewußtseins von der führenden Rolle der Kommunistischen Partei in den breiten Mitgliedermassen;**

3. **Entwicklung der revolutionären Parteidemokratie und Parteidisziplin auf allen Gebieten des Parteilebens;**

4. **Vergrößerung des Einflusses der Betriebszellen auf die Leitung der Partei.**

8. Nach dem Siege des leninistischen Standpunktes über alle kleinbürgerlich-opportunistischen Abweichungen ist jetzt die Verstärkung der Arbeit, die Zusammenfassung aller Kräfte, die Konzentration der Partei die wichtigste Voraussetzung zur Lösung der Aufgaben. Konzentration bedeutet nicht die Zusammenfassung aller möglichen Strömungen, sondern die Herstellung der Einheit auf Grund der klaren, eindeutigen politischen Linie der Kommunistischen Internationale mit allen denjenigen, die die Beschlüsse der Partei und der KJ. durchführen und einen Kampf gegen alle Abweichungen und Fraktionstätigkeit führen.

Die in diesem Sinne erfolgte Mitarbeit der ehemaligen Gruppe des Genossen Meyer und seine Erklärung nach der 7. Erweiterten Exekutive bedeuteten wichtige Schritte in der Konsolidierung der Partei und zur Verbreiterung der verantwortlichen Parteikaders und der Führung der Partei. Diese Konsolidierung muß gegen alle Widerstände auch in den einzelnen Bezirken durchgeführt werden. Die in der Vergangenheit entstandenen Gruppierungen, die noch in die Gegenwart hineinragenden Fraktionsreminiszenzen müssen vollständig liquidiert werden. Genossen, die noch aus Furcht vor rechten Gefahren gegen die Konzentration der Partei kämpfen, müssen zum Aufgeben ihrer Vorbehalte veranlaßt werden. Wenn sich hinter diesem Kampf eine andere politische Linie zeigen wird, die eine Brücke zu den ultralinken Abweichungen schlägt, muß dagegen der entschiedenste Kampf geführt werden. Die Genossen aber, die, wie Genosse Böttcher auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz und auf dem Bezirkstag Westsachsen gegen die Erklärung des Genossen Meyer Stellung nehmen und die politischen Fehler Brandlers und Thalheimers abzuschwächen versuchen, stören die Konzentration der Partei, verlangsamen ihre Entwicklung, bringen Unruhe in die Partei und stärken alle Arten von Abweichungen. Gleichzeitig birgt eine solche Stellungnahme die Gefahr zu einer neuen rechten Gruppenbildung in sich. Der 11. Parteitag verurteilt diese Stellungnahme und fordert alle Genossen auf, auch gegen solche Strömungen den Kampf zu führen.

Der 11. Parteitag appelliert an die gesamte Mitgliedschaft, die Einheit der Partei mit allen Kräften zu verteidigen, die Reste der Fraktionsarbeit zu liquidieren und die gesamte Kraft auf die Lösung der großen revolutionären Aufgaben zu werfen. Für jeden Revolutionär ist die Partei das höchste. Für ihre Stärkung, Geschlossenheit und Einheit muß jedes Parteimitglied unermüdlich arbeiten.

Ohne Ueberwindung der Fraktionen keine einheitliche Führung der Arbeiterklasse.

Ohne [illegible] Partei keine [illegible] Revolution.

III.

Unsere nächsten Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung

Im Mittelpunkt der gesamten gegenwärtigen gewerkschaftlichen Tätigkeit steht die Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung. Das Augenmerk der wieder zum Klassenkampf erwachenden Massen muß gerichtet werden auf die Wiederherstellung des Achtstundentages durch den aktiven unmittelbaren Kampf an allen Plätzen, wo eine längere Arbeitszeit als acht Stunden besteht, weitere Verkürzung der Arbeitszeit in den rationalisierten Betrieben und am laufenden Band, auf die Erhöhung der Löhne, Verminderung der Lohnspannen zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien, Bezahlung nach dem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Leistung, Verbesserung des Arbeiterschutzes, besonders für Arbeiterinnen und Jugendliche.

Die notwendige planmäßige Verbindung der Kämpfe verschiedener Industriegruppen und eine dementsprechende Verbreiterung der Bewegungen darf nicht zu einer Ablehnung und Verneinung von Teilkämpfen führen. Im Gegenteil, es muß jede Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes, auch des kleinsten, ausgenützt werden. Vielfach lassen sich große Kämpfe überhaupt nur durch Teilkämpfe auslösen. Wir sind keine Gegner von Teilkämpfen, sondern nur Gegner der Methode der isolierten und planlosen Kampfführung.

Mit größtem Ernst muß die Partei daran gehen, alle Mängel unserer Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung zu beseitigen und eine größere Systematik in unsere Gewerkschaftsarbeit zu bringen. In dieser Richtung ergeben sich folgende nächste Aufgaben:

1. Die restlose Organisierung der Kommunisten in den freien Gewerkschaften.

2. Die Aktivisierung unserer Parteigenossen für die gewerkschaftliche Kleinarbeit. Jeder Kommunist muß ein Gewerkschaftsfunktionär werden.

3. Die in den Gewerkschaften und Betrieben eroberten Positionen müssen planmäßig zur Erweiterung unseres Einflusses auf die Arbeitermassen ausgebaut werden, unsere Funktionäre müssen durch Veranstaltung von Kursen und Diskussionsabenden eine gründliche Durchbildung zur praktischen revolutionären Gewerkschaftsarbeit bekommen.

Die Gewerkschaftsfunktionäre des Jugendverbandes sind deshalb zur Teilnahme zu diesen Kursen und Diskussionsabenden heranzuziehen. Die von den Gewerkschaften veranstalteten Kurse müssen systematisch besucht werden. Den dort verbreiteten falschen Theorien ist scharf entgegenzutreten. Sie sind in der Oeffentlichkeit zu bekämpfen.

4. Die Betriebszellen müssen die Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben lebendig machen, unsere Gewerkschaftsgrundlage unter den Arbeitern verbreiten, eine gründliche Werbeaktion für die Stärkung der Gewerkschaften in ihrem Betrieb durchführen, sich mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den besten parteilosen Gewerkschaftsmitgliedern zu Lohnausschüssen, Buchkontrollkommissionen und Einheitskomitees vereinigen, um alle Arbeiter im Betrieb in den freien Gewerkschaften zu organisieren, den Betriebsfaschismus (Werkgemeinschaftsvereine) und gelbe Organisationsgebilde auszurotten.

Zur Durchführung einer systematischen Gewerkschaftsarbeit unter den Land- und Forstarbeitern müssen die größeren Zellen Patenschaften über Landarbeiterorte übernehmen.

5. Die Wiederbelebung der Betriebsrätebewegung, ihre Zusammenfassung im Ort, im Bezirk und im Reich, industriegruppenweise und in den Trusts und den Konzernen. Gründlichere Vorbereitung der Betriebsrätewahlen.

6. Noch bessere Erfassung der Erwerbslosen und Aktivisierung derselben. Druck auf die Gewerkschaften, die Erwerbslosen zu organisieren. Mitbeteiligung der Erwerbslosen im Kampf gegen das Ueberstundenwesen und für den Achtstundentag.

7. Verbesserung der Arbeit unserer Gewerkschaftsfraktion, Aufbau der Bezirks- und Reichsfraktionsleitungen in allen Verbänden.

8. Konzentrierung unserer Hauptkraft auf die wichtigsten Industriezentren, besonders auf die Arbeiter in den Schlüsselindustrien (Metallindustrie, Bergbau, Verkehr, Chemische Industrie).

9. Ausbau unserer Gewerkschaftsliteratur und des gewerkschaftlichen Teiles der Parteipresse. Heranziehung der Gewerkschaftsangestellten- und Gewerkschaftsfunktionäre zur Mitarbeit an der Presse.

10. Bei der mit der Rationalisierung verbundenen Verdrängung der erwachsenen männlichen Arbeiter durch jugendliche und weibliche Arbeitskräfte ist eine systematische Werbearbeit zur Organisierung der Arbeiterinnen und Jugendlichen in den Gewerkschaften durchzuführen. Engste Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen Jugendfraktionen mit den Fraktionen der Erwachsenen. Die Jugendfraktion eines Verbandes muß zu einem Glied der Gesamtfraktion werden. Verstärkung der Arbeit unter den Frauen, Förderung der Arbeiterinnenkommissionen.

11. Genaues Studium aller Bedingungen, unter denen die Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Kämpfe mit Erfolg gegen die Unternehmer durchführen können.

12. Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsstrategie. Forderung eines festen Zusammenschlusses aller Gewerkschaften im ADGB., wodurch ermöglicht wird, daß die Kräfte der gesamten organisierten Arbeitermassen gegen die Kapitalisten planmäßig und rücksichtslos eingesetzt werden können.

13. Propaganda und Kampf für den Zusammenschluß mehrerer Verbände zu Kampfbündnissen zur Durchführung gemeinsamer Abwehr- und Angriffsbewegungen der Gewerkschaften, besonders in den Schlüsselstellungen des Proletariats (Metallindustrie, Bergbau, Verkehr, chemische Industrie und Licht- und Krafterzeugung).

14. Führung einer breiten Massenkampagne unter den Arbeitern für die Umgestaltung der Gewerkschaften auf der Basis von Industrieverbänden, nach dem Prinzip: in jedem Betrieb nur ein Verband, eine Industrie, eine Gewerkschaft.

15. Kampf um die proletarische Demokratie in den Verbänden (Verhältniswahl zu allen Körperschaften der Organisation), Heranziehung der breitesten Mitgliederschichten zur Mitarbeit und Mitbestimmung bei allen wichtigen Entscheidungen der Verbände.

16. Eintreten für Anschluß der DAV.-Zahlstellen an die Ortsausschüsse des ADGB. zwecks engerer Verbindung des Land- und Industrieproletariats.

17. Zusammenfassung der sympathisierenden, in den christlichen, Hirsch-Dunckerschen und sogenannten neutralen Gewerkschaften organisierten Arbeiter, Förderung ihrer oppositionellen Tätigkeit, systematische Propaganda für die Vereinigung der christlich- und Hirsch/Dunckersch-organisierten Arbeiter mit den freien Gewerkschaften.

18. **Verstärkung des Kampfes um die internationale Gewerkschaftseinheit und seine Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiterschaft (englischer Bergarbeiterkampf, Kriegsgefahr, Kolonialkämpfe). Niederringen des Widerstandes der deutschen Gewerkschaftsbürokratie, die die verbissensten Saboteure der Gewerkschaftseinheit und gegen die Bildung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale auf dem Boden des Klassenkampfes sind.**

In der Erringung dieser Ziele und Erfüllung der hier gestellten Aufgaben müssen die kommunistischen Gewerkschafter die Berater und Führer der Massen werden. Sie müssen durch die Tat beweisen, daß sie nicht nur als gute Revolutionäre sondern auch als die besten Gewerkschafter in den Gegenwartskämpfen gelten und sich so das Vertrauen der Massen erringen, um den Reformismus zu schlagen, die Gewerkschaften zu erobern und damit den Sturz des kapitalistischen Systems vorzubereiten.

Bedürftigkeitsprüfung auch bei der Arbeitslosenversicherung!

Der angebliche „Rechtsanspruch" ein großer Schwindel

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags sollte heute der Bericht des Unterausschusses über die Beratungen der seit längerer Zeit dem Reichstag vorliegenden Anträge auf Erhöhung der Invalidenrenten und Herabsetzung der Altersgrenzen gegeben werden. Statt dessen wurde erklärt, daß der mit der Beratung dieser Anträge am 18. Februar beauftragte Unterausschuß bisher überhaupt zu keinem Resultat gekommen sei. Vor allem das Zentrum entschuldigte diesen Skandal damit, „daß die finanziellen Wirkungen noch nicht zu überblicken seien."

Genossin Arendsee stellte daraufhin fest, daß die Regierung und die Regierungsparteien mit dieser Ausrede lediglich ihre Sabotage verschleiern wollten. Für andere Angelegenheiten, die im Interesse der Besitzenden liegen, habe die Regierung immer Zeit übrig. So seien unter anderem die Vertreter des Landbundes, die kürzlich bei der Regierung die Ansprüche der Junker vorgebracht hätten, sofort empfangen worden.

Genossin Arendsee stellt den Antrag, nunmehr sofort im Vollausschuß die Fragen der Invalidenrenten zu beraten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Beratungen über die zu den Invalidenrenten gestellten Anträge sind also abermals vertagt worden.

Anschließend setzte der Ausschuß die Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz fort. Angenommen wurde gegen die Stimmen der Kommunisten **der § 54, nach dem Erwerbslose, die sich der Umschulung entziehen, auf die der Dauer der Weigerung folgenden vier Wochen keine Unterstützung erhalten.**

Der § 55 wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen, nachdem einige Abänderungen der Regierungsvorlage durch einen Zentrumsantrag vorgenommen worden waren. In seiner jetzigen Fassung sieht der § 55 vor, **daß solchen Erwerbslosen keine Unterstützung zu gewähren ist, die noch nach eingetretener Erwerbslosigkeit infolge eigenen Besitzes oder von Nebenarbeit den Lebensunterhalt bestreiten können.** Dieser Paragraph kennzeichnet den „Rechtsanspruch" auf Unterstützung, den nach Darstellung der Sozialdemokraten das Gesetz bringen soll. In Wirklichkeit bedingen die Bestimmungen des § 55 die Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung, die auf diesem Wege in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen werden soll.

Die flammende Fackel der Geschichte

Von: P. Lepeschinski, Moskau, Vorsitzender des Präsidiums des ZK der IKH.

Der triumphierende Feind stand vor den Toren von Paris. Die französische Bourgoisie (Fabrikanten, Gutsbesitzer, Bankiers) dachten mehr daran, den französischen Arbeitern das Gewehr abzunehmen, als an die Verteidigung ihrer prächtigen Hauptstadt gegen die Deutschen. Die Bourgeoisie legte es sich folgendermaßen zurecht: Die Deutschen sind uns nicht so schrecklich, wie unsere eigenen bewaffneten Arbeiter. Mit dem deutschen Adel und ihrem politischen Führer Bismarck werden wir irgendwie übereinkommen und die Vorteile, die uns zufallen, mit ihm teilen, dagegen müssen wir den Pöbel zur Arbeit mit uns zwingen. Falls aber dieser Arbeiterpöbel — das Pariser Volk — gegen uns dieselbe Waffe erhebt, mit der es sich gegen die Deutschen verteidigt, wenn ihm der unsinnige Gedanke einfällt, für sich selbst zu arbeiten und nicht für uns, nicht für seine Wohltäter — die Kapitalisten — dann fiele wohl der Himmel über unseren Köpfen zusammen.

Am 18. März 1871 verlangte die Regierung, mit dem blutdurstigen Thiers an der Spitze, von der Pariser Nationalgarde, die hauptsächlich aus Arbeitern bestand, alle vorhandenen Waffen abzuliefern. Das Pariser Proletariat antwortete auf diese gemeine Forderung mit einem allgemeinen Aufstand. Die in Schrecken gesetzte Regierung Thiers beeilte sich, Paris zu verlassen, da sie nicht genügend Kraft hatte, den Aufstand zu unterdrücken. Sie flüchtete in das nahegelegene Städchen Versailles, mit seinen prächtigen königlichen Schlössern und Parks, in denen ehemals das bunte Leben Tausender Müßiggänger, die mit ihren preisgekrönten Gesetzgebern des liederlichen Lebenswandels und der Unzucht, wie ein ewiger Frühling dahinfloß.

Nicht nur die Herren Adligen der Epoche des Ludwig des XVI. liebten das ausschweifende Leben, sondern auch die nichtsnutzige Bourgeoisie, die mit dem Schweiß und Blut des französischen Volkes vom nichtswürdigen Napoleon dem III. genährt worden war. Die nach Versailles geflüchteten Pariser Weißgardisten zogen mit sich eine Menge Falschspieler, Diebe, Gauner, Inhaber von Spielhäusern, Bordells, Hetären (Prostituierte), Kuppler, Kaffeehaussängerinnen und dergleichen Abfall der Menschheit, die den unzertrennlichen Besitz der bourgeoisen Gesellschaft bildeten.

Paris, welches sich die weltbekannte Reputation der babilonischen Sünderin errungen hat, — dasselbe Paris, wo das abscheuliche Laster Tag und Nacht durch die Straßen und Stadtviertel wanderte — hörte plötzlich auf, sich selbst ähnlich zu sein. Auf den Straßen wurde es still. Mord und Diebstahl hörten auf. Die blauen Blusen, die bisher nur soviel Recht zum Leben hatten, als ihre schwieligen Hände unendliche Reichtümer ihren Herren schafften, wurden die Gründer und Leiter des gesellschaftlichen Lebens. Die am 28. März verkündete Pariser Kommune in der Person der neuen Regierung zeigte sofort ein noch nie gesehenes Bild der Organisation eines Arbeiter-Staates. Sie erklärte in den ersten Tagen ihrer Existenz: Das Volk braucht keine Armee, welche die Macht der Gutsbesitzer, Fabrikanten und Bankiers stützen. Möge die Volksmiliz, das heißt das bewaffnete Volk seine Revolutions-Eroberungen gegen die Räuber, die ihnen ans Leben gehen, selbst verteidigen. Und weiter verkündete die Kommune: Nieder mit der Polizei, die jeden Armen, der den Herren verdächtig erscheint, an den Kragen greift. Mögen die Ärzte, auf eine kurze Frist vom Volke gewählt und einer allgemeinen Kontrolle unterworfen, selbst Ordnung schaffen. Sogar die Glieder der Arbeiterregierung bildeten keine Ausnahme von der allgemeinen Regel. Sie wurden auf Jahresfrist gewählt und ihre Aufgabe bestand darin, daß sie nicht nur Gesetze herausgaben, sondern sich auch um deren Erfüllung bemühen sollten. Die Kommune hatte zum Unterschied zu den Parlamenten der Bourgeoisie nur eine Deputiertenkammer. Der Arbeiter wurde Mitglied der Regierung, ohne sich in der neuen Rolle groß zu machen, bekam kein größeres Gehalt als sein Arbeitslohn (nicht mehr als 6000 Francs im Jahre) und arbeitete auf seinem Posten, wie es nur ein echter Proletarier versteht: ernst, gewissenhaft und mit ganzer Seele sich der Arbeit hingebend. Demselben Gesetz der Auswahl und Absetzbarkeit unterlagen auch die Richter. Im Gegensatz zur Bourgeoisie-Regierung wandte die Kammer sofort ihre ganze Aufmerksamkeit den Armen der Stadt zu. Besonders schwer war es der Armut, aus den Mietsschulden herauszukommen, die auf ihren Schultern schwer lasteten. Die gierigen Hausbesitzer versuchten von den armen Mietern das letzte Stück Haut zu ziehen und zwangen sie, ihr armseliges Hab und Gut zu verkaufen. Die Kommune befreite die Armen auf einige Monate von der Wohnungsmiete, damit sie freier aufatmen konnten und verbot den Verkauf der im Leihhaus versetzten Sachen. Auch die Arbeitsbedingungen der Arbeiter wurden erleichtert: zum Beispiel, die Nachtarbeit der Bäcker wurde verboten. Im Kampf mit der Arbeitslosigkeit befahl die Kommune alle ohne Arbeit stehenden Fabriken zu registrieren und ein Projekt auszuarbeiten, wie sie mit Hilfe der Arbeiterkorporative in Betrieb zu setzen seien.

Die Kommune vergaß auch nicht, das Volk aus der Geistesverwirrung und der Macht der Pfaffen zu befreien. Zu allererst wurde die Kirche vom Staate getrennt. Alle Staatsausgaben für die Kirche wurden gestrichen, der Besitz der Geistlichkeit wurde als Nationaleigentum erklärt. In der Schule wurde der Religionsunterricht und das Beten verboten. Es wurde angeordnet, daß alle Heiligenbilder und dergleichen aus der Schule entfernt werden; mit einem Wort, die Schule wurde von all dem, was mit dem Glauben einzelner Persönlichkeiten zu tun hatte, befreit.

Die Pariser Kommune versuchte nicht, den angefangenen Bau des Sozialismus zu vollziehen. Sie existierte nur zwei Monate. Der Führer des deutschen Adels, Besieger der Franzosen — Bismarck — beeilte sich, der französischen Bourgeoisie einen Dienst zu erweisen und befreite 100 000 französische Soldaten aus der Gefangenschaft, die der Versailler Regierung zur Verfügung standen, um die Kommune niederzuwerfen. Die französischen Bauern vermochten nicht, das revolutionäre Paris zu unterstützen. Außerdem war der historische Augenblick für die Entwicklung und Verstärkung des ersten Arbeiter-Staates nicht günstig. Auch die Kommune selbst beging in ihrer Unerfahrenheit eine Reihe Fehler: sie ließ den Versailler alles Geld aus der Reichsbank mitnehmen, ging nicht energisch genug gegen die weiße Bande vor und führte gegen Versailles nicht den entscheidenden Schlag, als Thiers noch nicht die Militärkraft gesammelt hatte. Mit einem Wort, die Tage der Kommune waren gezählt. Im Laufe der blutigen Woche, 21. bis 28. Mai 1871, ertränkten die Versailler die Pariser Kommune im Blut der Arbeiter. Sieben Tage lang bombardierten die Mietstruppen die heldenmütigen Beschützer der Kommune mit einem ununterbrochenen Bleiregen. Die Straßen von Paris wurden mit Leichen von Arbeitern bedeckt. Und als die letzte Fahne des Proletariats sich niedergesenkt hatte, begann eine wilde, schauderhafte Metzelei der gefangenen Kommunarden durch die wildgewordene Bourgeoisie. Zehntausende niedergeschossen, viele Tausende in der Zwangsarbeit zu Tode gequält, im ganzen nicht weniger als 100 000 vernichtete Proletarierleben — das war das Ende des Versuches der kühnen Pariser Arbeiter, die alte Welt zu vernichten und ein Stückchen der neuen Welt zu zeigen.

Ungeachtet der Mißerfolge spielte die Pariser Kommune eine gewaltige Rolle im weiteren Gang der Geschichte. Sie leuchtete den Proletariermassen der ganzen Welt als ein glänzender Leitstern. Mit lebendem Beispiel vermochte sie zu zeigen, welche Bedeutung der Uebergang der Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände der Proletarier und Halbproletarier für die Werktätigen (das heißt die Mehrzahl der Bevölkerung) hat. Auch Lenin, den größten revolutionären Führer des Weltproletariats und der Bauernschaft begeisterte sie in dem Bestreben, durch Organisierung solcher Kommunen-Staaten die Umwälzung in der ganzen Welt durchzuführen. Sie diente als Vorbild des sozialistischen Aufbaues auch dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution 1917; das Andenken an sie bringt auch einen Lichtstrahl in die kapitalistischen Folterkammern, wo abermals Tausende Kämpfer für die Weltrevolution schmachten.

Die Versailler rächten sich zu ihrer Zeit an den Pariser Arbeitern mit Kugeln. Aber die Geschichte lachte über die Sieger: Die toten Helden der Kommune fahren fort, sich an allen „Wölfen, Schweinen und gemeinen Hunden zu rächen (nach der Charakteristik von Karl Marx) und flößen in die Herzen immer neuer und neuer Kämpfer für die Sache der Pariser Kommune die Freude der Hoffnung auf den Sieg der proletarischen Revolution ein.

Es lebe die aufgehende Sonne der Proletarischen Kommune der Welt!

Die besondere Bedeutung der Betriebsratswahlen in den Werken der Chemie

Jeder Arbeiter und Angestellte, der im Chemietrust beschäftigt ist, muß sich darüber klar sein, daß dieser Trust das stärkste kapitalistische Gebilde in Deutschland ist. Die Führer dieses Trusts besitzen auf Grund ihrer wirtschaftlichen Machtstellung einen übertragenden Einfluß auf die gesamte Politik des deutschen Unternehmertums und der Reichsregierung. In ihren Händen konzentriert sich die Produktion der gesamten kriegschemischen Industrie, angefangen von den verschiedensten Arten des Sprengstoffes bis zu den schrecklichsten Giftgasen. Noch nie war die chemische Kriegsindustrie in so wenige Hände vollständig konzentriert, als dies beim deutschen Chemietrust der Fall ist.

Jeder Arbeiter und Angestellte im Chemietrust muß daher auch verstehen, daß alle Erfolge, die dem Unternehmertum hier abgerungen werden, eine ganz andere Bedeutung haben als die Erfolge, die von Arbeitern und Angestellten in nicht konzentrierten Unternehmungen erreicht werden. Jeder größere Erfolg in der Lohn- und Arbeitszeitfrage im Chemietrust wird die stärksten Auswirkungen auf die soziale Lage der Arbeiter in anderen Industriezweigen haben. Es führt zur Schwächung des Einflusses der Trustausbeuter nicht nur auf die eigene Arbeiterschaft, sondern schwächt auch ihre Stellung innerhalb des gesamten Unternehmertums. Damit sinkt aber auch ihr politischer Einfluß auf die politische Staatsgewalt. Daher werden auch alle Kämpfe der Arbeiter und Angestellten im Chemietrust einen sehr viel größeren Widerstand von seiten der Unternehmer finden, der nur durch die umfassende organisierte Kraft aller im Chemietrust beschäftigten Arbeiter überwunden werden kann.

Die Erfolge für die Arbeiterschaft können nur auf dem Boden des Klassenkampfes erreicht werden und nicht mit Hilfe einer liberalen Verständigungspolitik, wie sie seit Jahren von den Führern der freien Gewerkschaften angewandt wird. Ihre Verständigungs-Arbeitsgemeinschafts-Politik führte faktisch dazu, daß der kapitalistische Wiederaufbau und die politische Stärkung der Bourgeoisie gefördert worden ist, während das Proletariat eine Errungenschaft nach der anderen verloren hat.

Vorwärtsschreiten kann das Proletariat nur dann, wenn es sein Vertrauen solchen gewählten Vertretern schenkt, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Gelegenheit, solche Vertreter zu wählen, ist jetzt bei den Betriebsratswahlen gegeben. Entsprechend der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung, die im Chemietrust zum Ausdruck kommt, haben auch die Betriebsratswahlen in diesem Trust eine außerordentliche hohe Bedeutung. Darum müssen alle Arbeiter an diesen Wahlen den regsten Anteil nehmen und dafür sorgen, daß die Betriebsräte ausgeschaltet werden, die ein friedliches Zusammenarbeiten mit den Unternehmern im Sinne einer reformistischen Gewerkschaftspolitik anstreben. Gelingt das und das muß im Interesse der Chemiearbeiter und der gesamten deutschen Arbeiterklasse gelingen, wenn sie nicht in vollständiger wirtschaftlicher und politischer Versklavung untergehen will, dann haben die Arbeiter und Angestellten im Chemietrust einen großen Fortschritt in der Vorbereitung des organisierten Widerstandes gegen ihre Ausbeuter erzielt.

Sozialdemokratisch-altsozialistische Einheitsfront im Zimmererverband Dresden

(Arbeiterkorrespondenz.)

Auf Grund einiger Vorkommnisse, die sich in der Zahlstelle Dresden des Zimmererverbandes zugetragen haben, wurde in einer Vorstandssitzung eine Parteibuchkontrolle durchgeführt. Diese ergab die Feststellung, daß sich 10 Mitglieder der EVD., zu denen der 1. Vorsitzende und der 1. Kassierer gehören, und 3 Mitglieder der ASPS, zu denen sich der 2. Vorsitzende und der 2. Kassierer Birk, der Kolporteur des „Volksstaat" in Coswande zählen, im Zahlstellenvorstand befinden. Als die Vorschläge für die Zahlstellen gemacht wurden, stimmten 5 gegen die Wiederwahl der Angestellten, während 8 dafür stimmten. Es haben also 5 Sozialdemokraten einschließlich der 2 Angestellten mit den 3 ASPS-Leuten die Wiederwahl erzwungen. Ein Zeichen, daß die linken sozialdemokratischen oberen Funktionäre entgegen dem Willen der klassenbewußten Mitglieder die Einheitsfront mit den verräterischen ASPS-Leuten aufrechterhalten. Die Delegierten müssen daraus ihre Konsequenzen ziehen und in der Zahlstellenversammlung am 29. März Kommunisten in den Vorstand wählen. Oppositionelle Zimmerer! Kämpft in einheitlicher Front mit den Kommunisten gegen die Saboteure der Revolutionierung der Gewerkschaftsbewegung!

Gewerkschaftliches

Textilkonferenz für die Lausitz

findet am Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr in Stadt Leipzig statt.

Unterbezirk Dresden, Freital und Pirna:

Am Sonnabend, den 19. März, und Sonntag, den 20. März findet der erste Gewerkschaftsfunktionärwochenendkursus statt. Außer den Gewerkschaftsfunktionären sind von jeder Gruppe 2—3 befähigte Genossen zu delegieren. Beginn Sonnabend abends 7 Uhr im Restaurant Brandenburger Hof, Berliner Straße (Nähe Wettiner-Bahnhof).

Bezirksleitung des KJVD Ostsachsen.

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(46. Fortsetzung)

An solchen Tagen ging Jewsej, um einer Prügelei auszuweichen, unbemerkt heim in sein einsames Zimmer und dachte dort über das Leben der Spione nach. Es waren ihrer so viele, und es wurden ihrer immer mehr, und sie alle erschienen Klimkow als Unglückliche. Es gefiel ihm, unter diesen Leuten zu weilen und ihre Reden zu hören. Wenn Sascha bei der Unterhaltung anwesend war, brauste er jedesmal auf und schimpfte:

„Ihr Mißgeburten! Ihr begreift den Sinn der Dinge nicht, könnt ihn überhaupt nicht begreifen! Mißgeburten seid ihr!"

Ihm zur Antwort lächelten die einen wie zur Entschuldigung, während die andern finster schwiegen. Zuweilen sagte jemand leise:

„Für vierzig Rubel im Monat kann man nicht viel begreifen . . . ."

„Ausrotten sollte man euch," kreischte Sascha weiter.

Klimkow sah, daß niemand Sascha liebte, und so wandte auch er sich immer mehr von ihm ab.

Viele krankten an einer beständigen Furcht vor Schlägen und vor dem Tode, und etliche, wie den Agenten Elisar Titow, brachte diese Furcht sogar ins Irrenhaus.

„Spiele ich da gestern im Klub," erzählte Peter einmal ganz erregt, „und fühle plötzlich, wie mich von hinten etwas würgt und mir ein Schauer über den Rücken läuft. Ich sehe mich um — in der Ecke steht ein hochgewachsener Mann und schaut auf mich, als wolle er mich mit seinen Blicken auf Zoll und Strich messen. Ich konnte nicht weiter spielen! Ist stand vom Tische auf und sah, wie auch der Mann in der Ecke sich bewegte. Ich eilte die Hintertreppe hinunter auf den Hof und die Straße. Weiter konnte ich nicht gehen, ganz unmöglich! Immer schien es mir, als ginge er hinter mir her. Ich rief eine Droschke an, setzte mich seitwärts hinein und sah immer nach hinten. Plötzlich erschien er von irgendwoher und schritt über die Straße, gerade vor dem Pferde — vielleicht war er es auch nicht, aber in dem Moment denkt man nicht weiter nach. O, wie ich nun aufschrie! Er blieb stehen, und ich sprang aus der Droschke und lief davon. Der Kutscher setzte mir nach — aber ich lief, lief, hol' mich der Teufel!"

„Kommt wohl vor," sagte lächelnd Grochotow. „Ich hab' mich auch mal so auf dem Hofe versteckt, aber da ward mir noch ängstlicher zumute. Zuletzt kroch ich aufs Dach und saß da bis zur Morgendämmerung hinter einem Schornstein . . . . Der Mensch muß sich vor dem Menschen fürchten, das ist Naturgesetz . . . ."

Krassawin kam einst bleich und schweißbedeckt an, seine Augen blickten starr, und während er die Hände gegen die Schläfen preßte, erzählte er mit leiser Stimme:

„Denkt euch . . . sie gingen mir nach . . ."

„Wer?"

„Irgend wer . . . sie gingen, gingen . . ."

Siolowjow versuchte, ihn zu beruhigen.

„Alle Leute müssen doch gehen, Gawriluschka . . ."

„Ich hörte es an den Schritten, daß es mir galt . . ."

Und über zwei Wochen bekam Jewsej Krassawin nicht zu Gesicht. Die Spione behandelten Jewsej nicht schlecht, und wenn sie gelegentlich über ihn lachten, so beleidigte ihn dieses Lachen nicht. Wenn er sich einmal selbst über seine Fehler ärgerte, so trösteten sie ihn.

„Wirst dich gewöhnen. Das vergeht!"

Er wußte nicht, wann eigentlich die Spione ihrem Dienst oblagen — es schien ihm, daß sie den größten Teil des Tages in Wirtshäusern zubrachten und die Auskundschaftungen den Neulingen und so bescheidenen Leuten wie ihm überließen.

Es war ihm bekannt, daß hinter allen denen, die er kannte, noch andere Spione standen: tolltühne, furchtlose Leute, die sich unter den Revolutionären selbst bewegten, und die man Provokateure, Lockspitzel nannte. Sie arbeiteten angestrengter als alle anderen, sie lenkten die ganze Arbeit. Ihrer gab nur wenige, die Obrigkeit schätzte sie ganz besonders, die gewöhnlichen Straßenspione aber mochten sie nicht weil sie stolz waren, und beneideten sie.

Eines Tages zeigte Grochotow Jewsej auf der Straße solch einen Hauptkerl.

„Schauen Sie, Klimkow, rasch . . ."

Auf dem Trottoir entlang ging ein breitschultriger blonder Mann von hoher Statur. Sein zurückgekämmtes Haar quoll unter dem Hute hervor und fiel auf die Schultern herab, sein Gesicht hatte große, edelgeformte Züge, und ein üppiger Schnurrbart zierte es. In dem soliden Anzug machte er ganz den Eindruck eines vornehmen, satten Herrn.

„Da sehen Sie ihn!" sagte Grochotow mit Stolz. „Ein stattlicher Bursche, was? Unsere Garde, ja—a! Zwölf Bombenwerfer hat er denunziert, hat selbst mit ihnen Bomben gemacht — sie wollten einen Minister in die Luft sprengen! Er hat sie selbst angelernt und dann angezeigt. Eine pfiffige Sache, wie?"

„Ja—a!" sagte Jewsej und wunderte sich über die Vornehmheit dieses Menschen, der dem ruhelosen Straßenspion an seiner Seite so unähnlich war.

„So also sehen sie aus, unsere Matadore," sagte Grochotow. „Er taugt selbst zum Minister, hat die Gestalt und das Gesicht danach. Und wir? Was sind wir? Eines verhungerten Herrn armseliges Volk!"

Jewsej seufzte — der stattliche Spion machte den Neid in ihm rege.

Bereit, allen und jedem für ein gutes Wort und einen freundlichen Blick gefällig zu sein, lief er emsig in der Stadt umher, beobachtete, fragte aus, denunzierte, und wenn er es recht gemacht hatte, dann freute er sich von Herzen und wuchs in seinen eigenen Augen. Er arbeitete fleißig bis zur Ermüdung und hatte keine Zeit, lange nachzugrübeln.

Der zurückhaltende, ernste Matlatow schien Jewsej besser, reifer als all die Leute, die er bis dahin gesehen hatte. Er hatte stets das geheime Verlangen, ihn über etwas zu befragen, ihm irgend etwas von sich zu erzählen — so sinnend-ernst und vertrauenerweckend erschien ihm das Gesicht des jungen Spions.

Einmal fragte er ihn:

„Timolei Wassiljewitsch, wieviel Gehalt bekommen wohl so die Revolutionäre?"

Ueber Matlatows helle Augen huschte ein leichter Schatten.

„Sprich keinen solchen Unsinn, Junge," versetzte er leise, in ärgerlichem Tone.

(Fortsetzung folgt.)

Billiger Jahrmarkts-Verkauf!

Für wenig Geld gute Waren in unserem Jahrmarkts-Angebot

Damenhemden Trägerform, aus gutem Wäschestoff . . . . . Stck. 1.20 **88** ₰	**Jumper-Untertaillen** Trägerform . . . . Stück 98, **68** ₰	**Damen-Schürzen** Jumperform aus gestreiftem Stoff . . . . . Stück 1.15 **85** ₰	**Damen-Strümpfe** Baumwolle, englisch, lang, schwarz u farbig Paar 68, **20** ₰	**Herren-Socken** gras. starke Qualität Paar 30, **28** ₰	**Herren-Eins.-Hemden** prima Qualitäten, in modernen Streifen oder Farben, Stück 2.75, **1.95**
Damen-Beinkleider aus gutem Wäschestoff mit breiter Stickerei . . Paar 1.45 **1.25**	**Damen-Prinzeßröcke** Trägerform . . . . Stück 2.75, **1.95**	**Damen-Schürzen** Jumperform, aus bunter Cretonne . . . . . Stück 1.75, **1.15**	**Damen-Strümpfe** Kunstseide, in allen modernen Farben . . . . Paar 1.35 **95** ₰	**Herren-Hosenträger** prima Gummi, mit Lederzeug . . . . . Paar 1.10 **78** ₰	**Herren-Mako-Hosen** in nur guten Qualitäten Paar 1.95 **1.75**

S. Kiewe & Co., Zittau, Innere Weberstraße, Ecke Markt ! Sonntag geöffnet !

Zigarren
Zigaretten
und
Tabak
kauft jeder Arbeiter in der Geschäftsstelle
Zittau
Amalienstr. 3
beim Genossen
Martin Wehnert

Herren-Artikel
Oberhemden-Anfertigung
Bräuer, Bautzen
Moltkestraße

Vogtländ. Künstler-Madras-Gardinen
Etamine, Stores, Kanten, Vitragen kaufen Sie sich preiswert bei
K. Erler, Bautzen, Kornmarkt 11
geg. Rest. Goldn. Stern Tel. 5819

Gardinen
Stores, Vitragen
empfiehlt
Bräuer, Bautzen
Moltkestraße

Man kauft bei

FLIESS

Arbeiter!
kauft bei den
Inseranten
der
Arbeiter-stimme

Herren-Artikel
Oberhemden-Anfertigung
Bräuer, Bautzen
Moltkestraße

Roll- und Bade-Decken, Tisch- u. Tafel-Decken, Bettdamaste, Stangenleinen, Sofa-, Tisch- u. Diwandecken, gr. Auswahl, sehr preiswert
K. Erler, Bautzen, Kornmarkt 11
gegenüb. Rest. Goldn. Stern

Bett- Leib- Tisch- **Wäsche**
empfiehlt
Bräuer, Bautzen
Moltkestraße

Waschwannen / Waschmaschinen
Wäschekörbe / Reisekörbe
Leiterwagen
Hermann Vollprecht, Zittau
Breite Straße, Ecke Baderstraße

Schuhwaren für alle!
Deutsches Schuhwarenhaus
Zittau
Weberstraße 22 — Weberstraße 22

Herren- und Jünglings-Bekleidung
jeder Art finden Sie bei uns in einer
Riesenauswahl zu ganz besonders niedrigen Preisen.
Wir bringen in allen Preislagen nur durchweg moderne gute Waren in solidester Bearbeitung.
W. Balzar, Zittau
Breite Straße 26

Ungewöhnliche Jahrmarktsangebote am Kaiser-Wilhelm-Platz
Reinwoll. Kleider- und Kostümstoffe, kariert und einfarbig
Meter M. 5.00, 4.00, 3.40, 2.40, 1.90, **1.50**
Und immer wieder billig:
Blusen- / Wäsche- / Gardinen- / Schürzen- / Futterstoffe usw. usw.
Spezialität: gebleichter Nessel für Leib- und Bettwäsche
Steppdecken, Bade- und Frotteehandtücher, fertige Damenwäsche usw. usw.
Zephirs für Sport- und Oberhemden, garantiert echtfarbig
Meter M. 1.20, 0.90, 0.70, 0.60, **0.50**
Joseph Stürzekarn, Zittau

Textilhaus Richard Schuppe
Zittaus größter Webwarenausschnitt
Bahnhofstraße 2 ★ Theodor-Körner-Allee 2
Kleiderstoffe / Kostümstoffe / Seidenstoffe / Baumwollwaren
Herrenstoffe
Gelegenheitsposten ★ Fabrikreste

Nur Mark 2.50
wöchentliche Raten!
Konkurrenzlose Preise!
Direkt ab Fabrik
beziehen wir unsere
Fahrräder
und sind somit in der Lage, die denkbar günstigsten Preise und Konditionen zu bieten
Serie I **Herrenräder**
56.–, 61.–, 76.–, 87.– 120.– M.
Serie II **Damenräder**
82.–, 94.– 111.–, 125.– M.
Rennräder
97.–, 103.–, 11?.–, 170.– M.
Auf jedes Rad leisten wir Garantie. Bei Bezug Zubehörteile gratis. 500 verschiedene Modelle ständiger Markenräder stets am Lager. Unsere Räder werden komplett mit Torpedolaufmantel (außer den Modellen für 75 und 81 Mark) p. Gummi u. Glocke geliefert.
Schlauch ab 1.20 M., Decke 2.70 M., Pedale ab 1.80 M., Laterne 2.50 M.
Fahrrad- u. Nähmaschinenhaus
EDEL & HALANK
Zittau, Albertstr. 16 u. Oppelner Str. 4
Fernsprecher 3955

Künstlerspiele „Libelle"
Zittau
Frauenstraße 20
Fernruf 2784
★
Das neue große März-Variete- u. Cabaret-Programm
spielt täglich ab 8 Uhr abends
Jeden Sonntag nachmittag 4—7 Uhr:
Fremden- und Familien-Vorstellung
Kein Weinzwang!
Im Libellen-Café (Parterre-Restaurant) täglich Konzert des
Damen-Stimmungs-Orchesters Denk
Eintritt frei! **Eintritt frei!**

Alles schreit: billig!
Besonders gut und vorteilhaft müssen Sie Ihre **Schuhwaren** kaufen
im gut bekannten
Schuhhaus Novotny
Zittau, Aeußere Weberstraße 37
Wir führen in großer Auswahl die richtige Ware für Sie!